

DIE ERSTE KONZERNBILANZ

EINES DEUTSCHEN BUNDESLANDES



Freie und Hansestadt Hamburg

Geschäftsbericht 2007



KURZBILANZ 2007

AKTIVA	EB* 01.01.2007 in Mio. Euro	31.12.2007 in Mio. Euro
A. ANLAGEVERMÖGEN	56.418	55.083
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5.777	5.484
II. Sachanlagen	45.706	45.730
III. Finanzanlagen	4.935	3.869
B. UMLAUFVERMÖGEN	8.022	10.437
I. Vorräte und zum Verkauf bestimmte Grundstücke	530	515
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.720	7.688
III. Wertpapiere des Umlaufvermögens	452	0
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.320	2.234
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	309	307
D. AKTIVE STEUERABGRENZUNG	0	–
BILANZSUMME	64.749	65.827

* EB = Eröffnungsbilanzwert

PASSIVA	EB* 01.01.2007 in Mio. Euro	31.12.2007 in Mio. Euro
A. EIGENKAPITAL	2.700	3.773
B. SONDERPOSTEN	2.202	2.061
I. Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.938	1.802
II. Sonderposten für Beiträge und Gebühren	243	230
III. Sonstige Sonderposten	21	29
C. RÜCKSTELLUNGEN	22.753	22.983
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	20.921	20.016
II. Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen und Steuerrückstellungen	58	59
III. Sonstige Rückstellungen	1.774	2.908
D. VERBINDLICHKEITEN	36.989	36.912
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	105	98
BILANZSUMME	64.749	65.827

* EB = Eröffnungsbilanzwert

ERGEBNISRECHNUNG 2007

KERNKENNZAHLEN	2007 in Mio. Euro
Summe der Erträge	18.897
Summe der Aufwendungen	16.869
ERGEBNIS DER LAUFENDEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	2.028
FINANZERGEBNIS	-1.147
ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	881
AUSSERORDENTLICHES ERGEBNIS/STEUERN	-83
JAHRESÜBERSCHUSS	798

KONZERNSTRUKTUR

KERNVERWALTUNG		TOCHTERORGANISATIONEN, UNTERNEHMEN UND BETEILIGUNGEN	
Behörden und Ämter <ul style="list-style-type: none"> ▪ Fachbehörden ▪ Senatsämter ▪ Bezirksämter 	Sonderbereiche <ul style="list-style-type: none"> ▪ Selbstbewirtschaftungs-fonds ▪ Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO 	Öffentlich-rechtliche Organisationseinheiten <ul style="list-style-type: none"> ▪ Landeseinrichtungen nach § 15 LHO ▪ Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO ▪ Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO (allgemeine Sondervermögen und Rücklagen) ▪ Öffentlich-rechtliche Körperschaften ▪ Anstalten des öffentlichen Rechts ▪ Stiftungen des öffentlichen Rechts 	Privatrechtliche Organisationseinheiten <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kapitalgesellschaften ▪ Personengesellschaften

Mit diesem Geschäftsbericht wird erstmals eine Gesamtübersicht über die wirtschaftliche Betätigung der Stadt und ihrer 390 Unternehmen und Beteiligungen vorgelegt. Der Konzern Hamburg ist mit 89.000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber am Wirtschaftsstandort.

ECKDATEN KONZERN HAMBURG:

65,8 MRD. EURO BILANZSUMME

Diese Bilanzsumme entspricht derjenigen eines mittelgroßen deutschen DAX-Unternehmens.

3,8 MRD. EURO EIGENKAPITAL

2007 konnte ein Eigenkapital-Zuwachs von 1,1 Mrd. Euro erzielt werden.

797,5 MIO. EURO JAHRESÜBERSCHUSS

Dieses positive Ergebnis spiegelt die hohe wirtschaftliche Dynamik des Konzerns Hamburg wider. Auch die Kernverwaltung der Hansestadt schließt mit einem Überschuss von 102,2 Mio. Euro ab.

INHALT

Eckdaten Konzern Hamburg	I
Kurzbilanz 2007	II
Ergebnisrechnung 2007/ Konzernstruktur	III
VORWORT	01
HAMBURG – EINE STARKE STADT	02
LAGEBERICHT UND KONZERNLAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2007	20
KONZERNABSCHLUSS 2007	46
JAHRESABSCHLUSS FÜR DIE KERNVERWALTUNG 2007	86
WEITERE INFORMATIONEN	136

Ein detailliertes Inhaltsverzeichnis zum Ausklappen befindet sich in der hinteren Umschlagklappe.



HAMBURG – DIE ZUKUNFT BEWEGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

als erstes deutsches Bundesland legt Hamburg eine konsolidierte Konzernbilanz für seinen öffentlichen Haushalt und seine Unternehmensbeteiligungen vor. Hamburg baut damit seine Vorreiterrolle bei der Haushaltsmodernisierung aus und tritt den Beweis an, dass staatliche Gebietskörperschaften mit kaufmännischer Buchführung ein positives Ergebnis erwirtschaften können. Der »Konzern Hamburg« mit einem Eigenkapital von 3,8 Mrd. Euro weist 2007 einen Jahresüberschuss von 797,5 Mio. Euro aus. Der Kernhaushalt der Stadt kommt ohne Neuverschuldung aus und schließt nach Abschreibungen und Rückstellungen mit einem Plus von 102,2 Mio. Euro ab.

Nur eine an Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit orientierte Rechnungslegung ermöglicht eine nachhaltige Finanzpolitik, die dauerhaft Verantwortung für kommende Generationen wahrnimmt. Hierzu soll die Konzernbilanz Hamburgs einen Beitrag leisten.

Mein besonderer Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die diesen Geschäftsbericht mit großem Engagement gestaltet haben.

Ihr

Senator Dr. Michael Freytag



HAMBURG – EINE STARKE STADT



Hamburg ist eine Stadt im Aufwind. Hamburg ist Hafenstadt, Wirtschaftszentrum und zugleich Lebensraum mit hoher Lebensqualität für viele Menschen. Hamburg steht erfolgreich im Wettbewerb der internationalen Metropolen. Ob beim Wirtschaftswachstum oder bei der Einwohnerentwicklung: im bundesweiten Vergleich ist Hamburg sehr gut positioniert. Solide Finanzen und wirtschaftliche Stärke sind die Basis einer erfolgreichen Stadt. Die langfristige Strategie des Senats trägt Früchte: **Hamburg wächst!**

HAUSHALTSKLARHEIT – HAUSHALTSWAHRHEIT

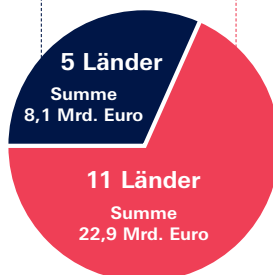
Grundlage von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit ist, ob ein Bundesland seinen Haushalt aus eigener Kraft ausgleichen kann oder nur mit fremder Hilfe (durch Zahlungen des Bundes = Bundesergänzungszuweisungen oder durch Zahlungen der Länder = Länderfinanzausgleichszuweisungen).

Hamburg gleicht den Haushalt aus eigener Kraft ohne Neuverschuldung/Nettokreditaufnahme aus, trotz einer Zahlungsleistung von 402 Mio. Euro in den Länderfinanzausgleich.

Länderfinanzausgleich (LFA) und Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) 2007

Geberländer

	Zahlungen in den LFA	
	Summe	(Je Einwohner)
Hessen	3.164 Mio. Euro	(-521 Euro)
Bayern	2.329 Mio. Euro	(-186 Euro)
Baden-Württemberg	2.135 Mio. Euro	(-199 Euro)
Hamburg	402 Mio. Euro	(-228 Euro)
Nordrhein-Westfalen	101 Mio. Euro	(-6 Euro)



Nehmerländer

	Einnahmen aus LFA und BEZ	
	Summe	(Je Einwohner)
Berlin	5.827 Mio. Euro	(1.711 Euro)
Sachsen	4.705 Mio. Euro	(1.188 Euro)
Sachsen-Anhalt	2.770 Mio. Euro	(1.143 Euro)
Brandenburg	2.671 Mio. Euro	(1.141 Euro)
Thüringen	2.629 Mio. Euro	(1.111 Euro)
Mecklenburg-Vorp.	2.004 Mio. Euro	(1.051 Euro)
Bremen	630 Mio. Euro	(950 Euro)
Rheinland-Pfalz	621 Mio. Euro	(252 Euro)
Niedersachsen	499 Mio. Euro	(153 Euro)
Schleswig-Holstein	283 Mio. Euro	(100 Euro)
Saarland	262 Mio. Euro	(62 Euro)

Ein seriöser **Vergleich der Haushalte**/Haushalts-Konsolidierungen der Länder muss die Zuweisungen des Bundes und der Länder transparent ausweisen. Dies geschieht oft nicht.

- Vergleichende **Statistiken verschleiern** i. d. R. den entscheidenden Tatbestand, **ob der Haushalt aus eigener Kraft konsolidiert wird oder auf Kosten anderer (Zahlungen aus LFA und BEZ).**
- So sieht ein tatsächlich **finanziell schwaches Bundesland wie Berlin statistisch gut** aus, weil es einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung ausweist und sogar noch alte Schulden tilgen kann. Ein **finanzstarkes Land wie Hessen sieht dagegen statistisch schlechter aus**, weil es seinen Haushalt nur mit neuen Schulden ausgleichen und auch keine Tilgung von Altschulden vornehmen kann.
- Die Statistik jedoch verschweigt, dass **Berlin 5,8 Mrd. Euro von Bund und Ländern (LFA und BEZ) erhält** und sich der ausgeglichene Haushalt daher mit fremden Federn schmückt. Demgegenüber zahlt **Hessen 3,2 Mrd. Euro in den LFA** ein und kann deshalb seinen Haushalt nicht aus eigener Kraft ausgleichen, weshalb es auch noch rd. 746 Mio. Euro neue Schulden aufnehmen muss.
- Daher werden in den Statistiken oft **Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit** in ihr Gegenteil verkehrt. Die Aussagekraft von Haushaltsstatistiken bedarf künftig einer deutlichen **Präzisierung, ob der Haushalt aus eigener Kraft oder mit fremder Hilfe ausgeglichen wird.**

SOLIDE STAATSFINANZEN – FUNDAMENT FÜR DEN STANDORT

Eine solide Finanzpolitik ist das Fundament für einen starken Wirtschaftsstandort Hamburg, der sich im Wettbewerb mit anderen Metropolen der Welt erfolgreich behauptet.

Hamburgs strikter Konsolidierungskurs führt zu jährlichen Einsparungen von 500 Mio. Euro. Die Eckpfeiler der hamburgischen Haushalts- und Finanzpolitik stehen fest: Der Etat ist aus eigener Kraft ausgeglichen. Die Haushaltsfinanzierung erfolgt ohne Netto-neuverschuldung. Die Tilgung von Alt-schulden wird fortgesetzt. Die Beibehaltung dieser Haushaltsgestaltung setzt voraus, dass es nicht konjunkturbedingt zu erheblichen Steuermin-dereinnahmen kommt.

Hamburg finanziert seinen Haushalt aus eigener Kraft – ohne Neuverschuldung. Dies unterscheidet Hamburg von anderen Ländern, die zum Teil ausgeglichene

Haushalte nur deswegen vorlegen können, weil sie jährlich finanzielle Unterstützungen in Milliardenhöhe vom Bund und anderen Ländern erhalten. Hamburg zahlt jedes Jahr dreistellige Millionenbeträge als eines der fünf Geberländer in den Länderfinanzausgleich ein. Trotz dieser Verpflichtungen gleicht Hamburg den Haushalt aus, ohne dazu auf Kredite zurückgreifen zu müssen.

So sichert Hamburg mit solider Haushalts- und Finanzpolitik Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Diese Position der Stärke wird weiter ausgebaut, denn der Verzicht auf neue Kredite führt zu erheblichen Zinsersparnissen und eröffnet somit neue Handlungsmöglichkeiten in den kommenden Jahren.

HAMBURG PULSIERT – DYNAMIK IN WIRTSCHAFT UND BESCHÄFTIGUNG

Kein Bundesland zeigt im Ländervergleich eine stärkere Wirtschaftsdynamik: Hamburgs Wirtschaft boomt.

Im Bundesländer-Ranking der Bertelsmann Stiftung hat Hamburg wiederholt Spitzenpositionen erreicht. Dieses Ranking zeigt exemplarisch den Status Hamburgs als Wirtschaftsmetropole: Die Stadt profitiert als internationale Hafenstadt in besonderer Weise von den wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen, die der Senat setzt. Eine Politik, die sich frühzeitig auf die veränderten Bedingungen im internationalen Warenaustausch eingestellt hat.

Hamburg verzeichnete in den Jahren 2004 bis 2007 einen Einwohnerzuwachs von 1,4 Prozent, während die Einwohnerzahl im Bundesdurchschnitt um 0,3 Prozent sank. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg in Hamburg in der Zeit von 2004 bis 2007 durchschnittlich doppelt so stark wie in den anderen Bundesländern. Auch bei den verfügbaren Ein-

kommen punktet Hamburg: Diese stiegen in der Zeit von 2004 bis 2006 um 6,4 Prozent. Bundesweit waren es nur 3,8 Prozent.

Aus der Verbindung von Tradition und Moderne entwickelt Hamburg die Antriebskraft für die Herausforderungen der Zukunft.

Hamburg ist als internationale Hafenstadt ein Global Player. Der Containerumschlag hat sich in den Jahren 2001 bis 2007 auf 10 Mio. TEU (Twenty Foot Equivalent Unit) verdoppelt. Eine weitere Verdoppelung wird bis zum Jahr 2015 erwartet. In der Luftfahrtindustrie zählt die Stadt zu den drei bedeutendsten Standorten weltweit. Der Luftfahrtcluster der Metropolregion Hamburg gehört bundesweit zur Spitze und demonstriert so als Netzwerk der zivilen Luftfahrtindustrie die internationale Wettbewerbsfähigkeit und den deutschen Anspruch auf Spitzentechnologie und -forschung.



+1,8 MIO. TEU

**ZUWACHS IM CONTAINER-
UMSCHLAG**

Hafen- und Logistikmetropole

Im Hamburger Hafen hat sich der Containerumschlag seit 2001 auf 10 Mio. Container verdoppelt. Bis 2015 werden es voraussichtlich 20 Millionen sein.

A380

HÖHENFLUG

Luftfahrtstandort

Hamburg ist zweitgrößter europäischer Standort der zivilen Luftfahrt, drittgrößter weltweit und führend im Cluster Technik und Forschung.

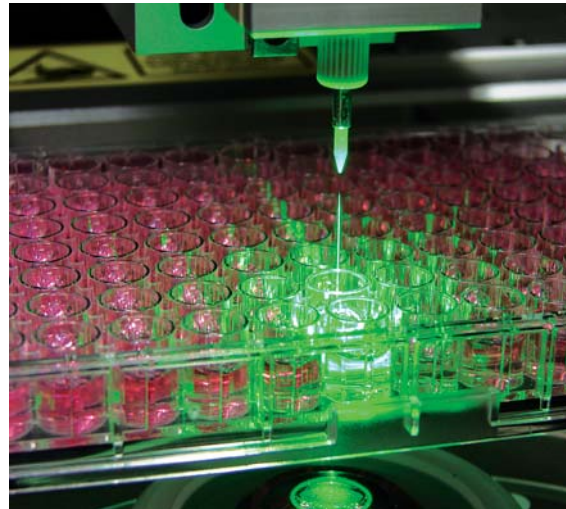


HOHE

DYNAMIK UND INNOVATION

Innovationsstadt Hamburg

Kein anderes Bundesland zeigt im Ländervergleich eine bessere Wirtschaftsdynamik – und punktet als Hafenstadt, Medienmetropole und bei der Spitzenforschung.



1. PLATZ

EINWOHNERENTWICKLUNG

Lebenswerte Stadt

Im Bundesdurchschnitt sinkt die Bevölkerungszahl, in Hamburg steigt sie. 1,77 Millionen Hamburgerinnen und Hamburger zeigen: Hamburg wächst!

TRADITION UND MODERNE – INNOVATION, BILDUNG UND KLIMASCHUTZ

Die Hauptstadt für Qualifizierte und Kreative

Der Anteil der Hochschulabsolventen an allen Beschäftigten lag in Hamburg von 2004 bis 2007 um ein Drittel höher als im übrigen Bundesdurchschnitt. Damit liegt Hamburg auf Rang 1.

Hamburg ist auch Medienmetropole: Hier sind Verlage, Sender, Werber und Filmproduzenten zu Hause. Das sind Unternehmen, die kreative Menschen anziehen. Der Mix aus Medien, Werbung, IT, Telekommunikation und Entertainment ist einmalig in Deutschland und führt dazu, dass Hamburg nicht mehr allein als Hafenstadt wahrgenommen wird, sondern auch als Standort für Informationstechnik und Innovation. Wissenstransfer und innovative Dienstleistungen, die in Hamburg intensiv gefördert werden, prägen auch den Logistik- und Technologiesektor der Stadt.

Moderner Klimaschutz für die Hansestadt: Ökonomie und Ökologie

Innovation ist auch für den modernen Klimaschutz ein zentraler Begriff. Hamburg hat bereits 2007 ein Klimaschutzkonzept mit einer Vielzahl von Maßnahmen verabschiedet.

Der jährliche CO₂-Ausstoß soll in Hamburg bis 2012 um zwei Mio. Tonnen pro Jahr und bis 2020 um insgesamt 40 Prozent reduziert werden.

Die Einzelmaßnahmen umfassen dabei alle relevanten gesellschaftlichen Lebensbereiche und Infrastrukturen: Bildung, Forschung, Wirtschaft und Industrie, Gebäude und Verkehr.



NEUE

LEHRER FÜR EINE BESSERE BILDUNG

Bildung hat Zukunft

Hamburg setzt auf Bildung: Immer kleinere Grundschulklassen und mehr Lehrkräfte steigern die Schul- und Unterrichtsqualität nachhaltig.

50 %

GRÜN- UND WASSERFLÄCHEN

Grüne Metropole am Wasser

Knapp die Hälfte der Stadt besteht aus Grün- oder Wasserflächen. Der Anteil von Naturschutzgebieten beträgt acht Prozent. Mit diesem Wert ist Hamburg im Vergleich zu allen anderen Bundesländern Spitzenreiter.





ÖPNV

FREIE FAHRT AUCH FÜR DAS KLIMA

Sehr gut erreichbar

Ein attraktives Angebot sorgt für jährlich steigende Fahrgastzahlen. Die Linie U4 verbindet ab 2011 die Hafencity mit der Innenstadt. Die S-Bahn zum Flughafen Fuhlsbüttel startet 2008. Mit der größten Flotte an Brennstoffzellenbussen gibt Hamburg bundesweit ein Beispiel für Klimaschutz im ÖPNV.

KITA

BALD AB 2 JAHREN

Herausragende Kinderbetreuung

Bereits jetzt ist Hamburg führend im Vergleich mit den westdeutschen Bundesländern. Die Zahl der in Hamburg betreuten Kinder steigt bis 2010 kontinuierlich auf 80.600. Damit erhalten 12.200 mehr Kinder ein Betreuungsangebot als noch 2001. Einen allgemeinen Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung ab 2 Jahren gibt es ab August 2010.



FREIE UND HANSESTADT HAMBURG – ERSTER KONZERNABSCHLUSS EINES DEUTSCHEN BUNDESLANDES

Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit sind die unverzichtbaren Voraussetzungen für eine dauerhaft solide und die Belange späterer Generationen berücksichtigende Finanzpolitik.

Aus diesem Grund hat die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) im August 2007 als erstes Bundesland einen kaufmännischen Jahresabschluss vorgelegt und damit eine Vorreiterrolle hinsichtlich Transparenz und Vergleichbarkeit in der Bundesrepublik übernommen. Die FHH hat diesen Weg gewählt, weil die historisch übernommene kamerale Darstellung des Haushalts nicht mehr den heutigen Steuerungsbedarfen entspricht. Die Kameralistik ist rein zahlungsorientiert und blendet finanzpolitisch wichtige Informationen, wie Abschreibungen und Pensionsrückstellungen, aus. Darüber hinaus bietet die Kameralistik nur unzulängliche Planungs- und Informationsgrundlagen, bildet lediglich Teil-

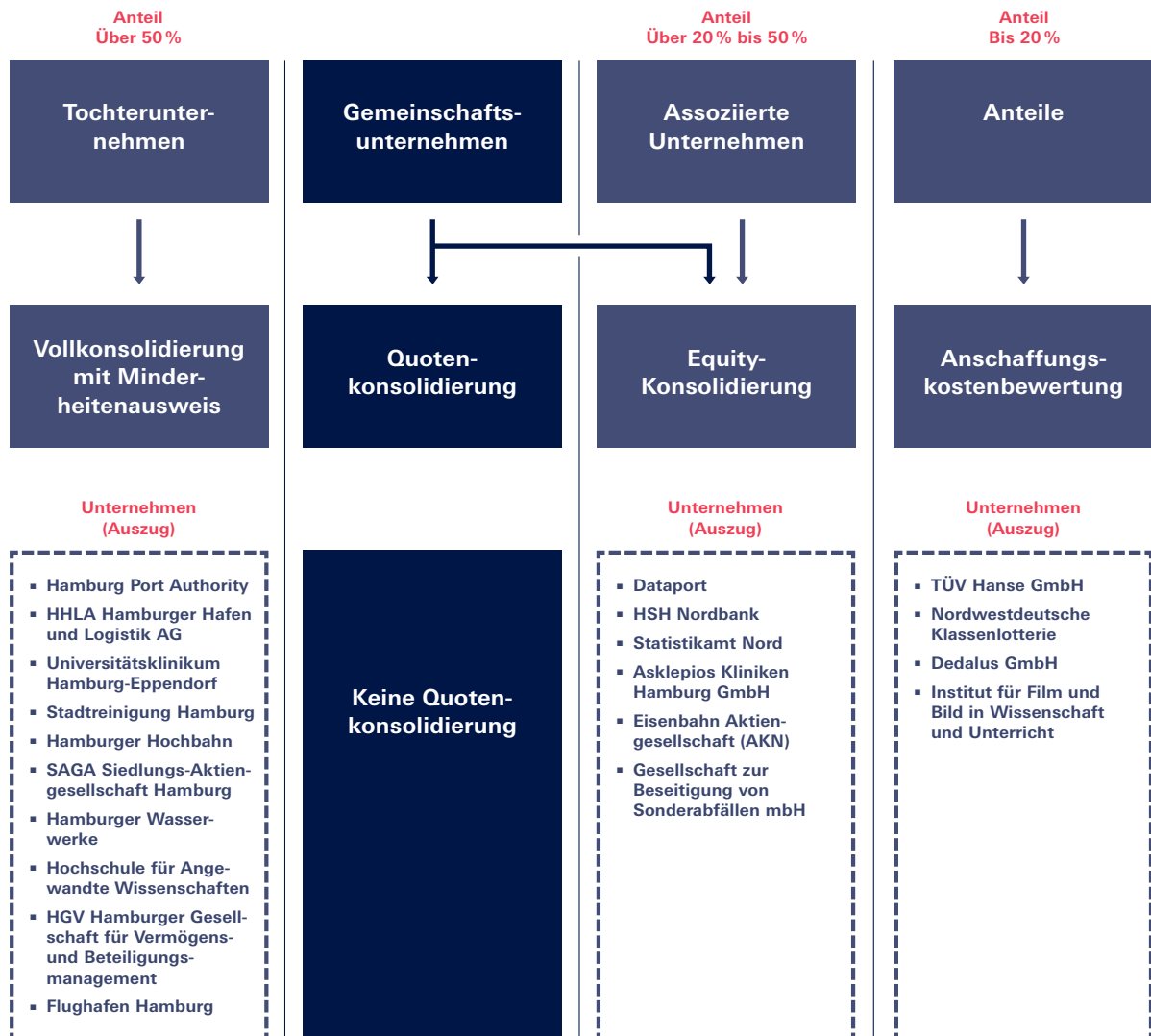
aspekte ab und stellt damit keine Gesamtschau der wirtschaftlichen Lage einer Gebietskörperschaft dar. Auch war anhand der bisher nur punktuell vorliegenden Informationen keine effiziente Portfoliosteuerung des Konzerns Hamburg möglich.

Mit der jetzt vorgelegten Konzernbilanz vollzieht Hamburg konsequent den nächsten logischen Schritt zu einer vollständigen Darstellung seiner Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, in der auch ausgegliederte Aufgabenbereiche und die Beteiligungen an Unternehmen in den Abschluss mit einbezogen werden.

Hierdurch wird eine nochmalige Steigerung des Informationsgehalts gegenüber dem bisher schon vorgelegten kaufmännischen Jahresabschluss der Kernverwaltung der FHH erreicht.

Die Aussage, dass nur private Unternehmen betriebswirtschaftlich nach Konzerngrundsätzen steuern könnten, gehört damit der Vergangenheit an.

Konzern FHH



HAMBURG IST VIELFALT – DAS ZEIGT DER KONZERNABSCHLUSS

Nur ein konsolidierter Konzernabschluss schafft Transparenz über die gesamte Vermögens-, Finanz- und Ertragslage einer öffentlichen Gebietskörperschaft.

Hamburg demonstriert: auch eine öffentliche Gebietskörperschaft kann einen Konzernabschluss erstellen. Dies ist auch notwendig, denn Länder und Kommunen können zwar aufgrund ihrer dem Gemeinwohl dienenden Aufgabenstrukturen nicht einem Unternehmen gleichgesetzt werden, sie sind aber durchaus Konzernen vergleichbar organisiert.

So hat die Hamburger Kernverwaltung in den vergangenen Jahrzehnten nach und nach immer mehr Aufgaben, die nicht zum Kernbereich hoheitlichen Handelns gehören, ausgelagert, um sie so deutlich effizienter und wettbewerbsfähiger zu erledigen. Daneben hält Hamburg Beteiligungen an privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen, um z. B. die Versorgung der hamburgischen Bevölkerung mit Dienstleistungen sicherzustellen, Arbeitsplätze zu schaffen oder abzusichern sowie den Wirt-

schaftsstandort Hamburg insgesamt zu stärken. Beispiele hierfür sind die Hamburg Port Authority AöR (HPA) und die HHLA Hamburger Hafen und Logistik AG als städtische Unternehmen, die wesentlichen Anteil am großen Erfolg der wirtschaftlichen Entwicklung im Hamburger Hafen haben. Auf dem Gebiet der Infrastruktur agieren die Flughafen Hamburg GmbH (FHG), der Landesbetrieb Verkehr und die Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft effizient am Markt. Dataport AöR als IT-Dienstleister, die Sprinkenhof AG, SAGA Siedlungs Aktiengesellschaft Hamburg und GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH in der Immobilienwirtschaft sind Ausgründungen und Beteiligungen, mit denen Hamburg den Bürgerinnen und Bürgern in einem Ballungsraum wie Hamburg unverzichtbare Dienste anbietet.

Die Rechenschaftslegung über den Konzern Hamburg zeigt die Vielfalt und Breite des Handelns der Stadt.

Die neue Qualität des Konzernabschlusses in Hamburg besteht darin, dass erstmals über das gesamte Portfolio des

wirtschaftlichen Handelns Rechnung gelegt wird. Neben der Kernverwaltung mit ihren Fachbehörden und Ämtern werden im Konzernabschluss 390 verbundene Tochterorganisationen, Beteiligungen und Anteile der FHH berücksichtigt. Die Gesamtschau umfasst somit das gesamte Vermögen, die gesamten Schulden und das tatsächliche Ergebnis, weil die Erträge und Aufwendungen der Beteiligungen mit erfasst werden.

Neben der klassischen Kernverwaltung erbringen eine Vielzahl von Hamburger Tochterunternehmen Dienstleistungen zum Wohle der Stadt.

Der Konzernabschluss macht transparent, ob sich bestimmte Leistungen besser über private Unternehmen am Markt realisieren lassen oder von der Kernverwaltung selbst. Einfacher gesagt: lohnt sich im Saldo eine bestimmte Beteiligung zur Erfüllung eines definierten politischen Zwecks. Gleiches gilt für die Mittelherkunft im Sinne einer Eigen- oder Fremdfinanzierung. Schließlich wird sichtbar, wie viel Hamburg insgesamt für die Bürgerinnen und Bürger und den Wirtschaftsstandort aufbringt. Der Konzernabschluss zeigt, wie die hamburgischen öffentlichen Unternehmen Verantwortung übernehmen und welche hohen Kostendeckungsbeiträge von ihnen erwirtschaftet werden. Die von der FHH vorgehaltene Dienstleistungsbreite für die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen dieser Stadt wird deutlich.

Senat und Bürgerschaft erhielten bislang lediglich Einzelberichte über die

wirtschaftliche Situation ausgegründeter Tochterunternehmen und Beteiligungen oder Berichte über Teilaspekte. Die seit vielen Jahren veröffentlichte, bundesweit erhobene Vermögensstatistik enthält zwar eine Vielzahl an Informationen, allerdings nur als additive Aufzählung von Einzelberichten, sodass eine Gesamtschau angesichts der Komplexität der internen Geschäftsbeziehungen nahezu unmöglich war.

Die öffentliche Gebietskörperschaft Hamburg ist mit ihrer Bilanzsumme mit der Größe eines mittleren DAX-Unternehmens vergleichbar.

Der vorgelegte Konzernabschluss 2007 entspricht mit einer konsolidierten Bilanzsumme von rd. 65,8 Mrd. Euro der Bilanzsumme eines mittelgroßen DAX-Unternehmens. Dafür wurde die Hamburger Verwaltung, für die seit 2006 ein Einzelabschluss vorgelegt wird, mit 70 vollkonsolidierten und 11 assoziierten Tochterorganisationen im Konzernabschluss zusammengeführt. Der Abschluss weist ein Konzerneigenkapital von rd. 3,8 Mrd. Euro aus.

Der Gesamtumsatz des »Konzerns FHH« beträgt 3,3 Mrd. Euro. Für 88.980 Konzernbeschäftigte ist Hamburg direkt oder indirekt Arbeitgeber.

Der Konzern Freie und Hansestadt Hamburg im Vergleich zu den 30 größten deutschen Wirtschaftsunternehmen

NAME DAX-UNTERNEHMEN	Bilanzsumme 2007 in Mio. Euro	Umsatz 2007 in Mio. Euro	Mitarbeiter 2007
1. Deutsche Bank AG	2.020.000	30.745	78.275
2. E.ON AG	1.374.294	68.731	87.815
3. Allianz SE	1.061.149	102.598	181.207
4. Commerzbank AG	616.474	25.948	36.767
5. Hypo Real Estate Holding AG	400.174	10.221	2.000
6. Deutsche Post AG	235.466	63.512	520.112
7. Deutsche Postbank AG	161.262	6.635	21.920
8. Volkswagen AG	145.357	108.897	329.300
9. Daimler AG	135.094	99.399	273.902
10. Deutsche Telekom AG	120.700	62.500	244.000
11. Siemens AG	91.555	72.448	430.000
12. BMW AG	88.997	48.310	107.539
13. RWE AG	83.631	42.507	63.500
14. Deutsche Börse AG	79.657	2.185	2.979
15. Münchener Rück AG	76.452	37.300	38.634
16. Bayer AG	55.891	32.385	106.200
17. BASF SE	46.802	57.951	95.175
18. ThyssenKrupp AG	38.074	51.723	191.350
19. METRO AG	33.872	64.337	280.000
20. Continental AG	27.737	16.619	149.113
21. Linde AG	24.955	12.306	50.485
22. Deutsche Lufthansa AG	22.320	22.420	105.261
23. Merck KGaA	14.922	7.057	30.968
24. Henkel KGaA	12.335	13.074	52.307
25. SAP AG	10.366	10.242	51.400
26. Fresenius Medical Care KGaA	9.645	7.125	61.406
27. Infineon Technologies AG	9.612	5.003	30.000
28. adidas AG	8.325	10.299	31.344
29. MAN AG	6.505	15.508	55.086
30. K&S AG	2.964	3.344	12.033
ZUM VERGLEICH: KONZERN FHH	65.827	3.312	88.980

HAMBURG GEHT NEUE WEGE – EIN BUNDESLAND MIT VORREITERROLLE

Ein Konzernabschluss ist das einzig geeignete Instrument, um eine Vergleichbarkeit verschiedener Aufgabenbereiche sowohl innerhalb der FHH als auch mit anderen Bundesländern herzustellen.

Bund, Länder und Kommunen haben in den vergangenen Jahrzehnten in unterschiedlichem Maße Aufgaben in selbstständige Einrichtungen, Unternehmen und Anstalten ausgegliedert. Neben Aufgaben sind dabei viele Vermögensgegenstände – aber auch Schulden – an öffentliche Unternehmen und andere Einrichtungen ausgelagert worden.

Die heutigen Vergleiche der öffentlichen Haushalte auf kameraler Basis krankten daran, dass die Unterschiede der Organisation der Aufgabenwahrnehmung in den Ländern und Kommunen nicht berücksichtigt werden. Solange nicht sämtliche ausgegliederten Verwaltungseinheiten unabhängig von ihrer Rechtsform in die Vergleichsbetrachtung einbezogen werden und der tatsächliche Aufwand für öffentliche

Leistungen kalkuliert wird und solange die Vermögenslage völlig außer Betracht bleibt, hinkt jeder Vergleich. Kameral werden lediglich Einnahmen und Ausgaben gezeigt, und das auch nur für den unmittelbaren Verwaltungsbereich. Die tatsächlichen Aufwendungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen, und zwar unter Einbeziehung ausgelagerter Aufgabenbereiche, bleiben außen vor.

Die Problematik ist hinlänglich bekannt. Sie zeigt sich auch in den Diskussionen über die Verteilungsgerechtigkeit unter den Ländern und zwischen Bund und Ländern. Die Statistiken, die als Grundlage für den Länderfinanzausgleich oder für Bundesergänzungszuweisungen dienen, sind unvollständig und zeichnen ein falsches Bild der finanziellen Lage der Länder. So bleiben die Gesamtschulden und das tatsächliche Gesamtvermögen der öffentlichen Gebietskörperschaften unberücksichtigt. Die doppelte Sicht auf die tatsächliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage versachlicht diese Diskussion.

HAMBURG IST EIN EFFIZIENTER DIENSTLEISTER FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER – DAS ZEIGT DER EINZELABSCHLUSS

Hamburg schließt sich mit der Erstellung eines kaufmännischen Jahresabschlusses der internationalen Entwicklung an.

Aussagen zur Effizienz lassen sich nur dann genau treffen, wenn bekannt ist, mit welchen Ressourcen welche Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger zu welchen Kosten erfüllt wurden. Zu diesem Zweck hat die FHH mit der Doppik zusätzlich zum kameralen Finanz- und Rechnungswesen eine ressourcenverbrauchsorientierte Buchhaltung für die Kernverwaltung eingeführt und legt jährlich im Einzelabschluss darüber Rechenschaft ab.

Durch Jahresvergleiche des Eigenkapitals, des Anlagevermögens oder des Schuldenstandes werden so die finanziellen Auswirkungen aller von den Behörden und Ämtern der Stadt im Geschäftsjahr erstellten Produkte und Dienstleistungen deutlich. Hamburg ist damit auf dem Weg, aussagekräftige Antworten auf die Fragen zu finden: Tun wir die richtigen Dinge? Tun wir diese Dinge richtig? Von Interesse für jede Hamburgerin und

jeden Hamburger ist die Zukunftssicherheit des Standorts Hamburg, die wesentlich von der Finanzlage, d. h. dem öffentlichen Haushalt, abhängt und Fragen der Generationengerechtigkeit. Mit dem kaufmännischen Abschluss werden Leistungen und Ressourcenverbrauch der Stadt transparent gemacht.

Ressourcenverbrauchsorientierung wird um Wirkungsorientierung ergänzt

Zur Zeit steht die kaufmännische noch neben der kameralen Abrechnung und Bewirtschaftung. Beginnend ab 2010 soll für die FHH auch die Haushaltsplanung, -steuerung und -bewirtschaftung vollständig auf eine Ressourcenverbrauchs- und Wirkungsorientierung umgestellt werden. Zu diesem Zweck hat der Senat das Projekt »Neues Hamburger Haushaltswesen/Neues Ressourcenverfahren« eingesetzt. Im Haushaltsplan sollen zukünftig die erwarteten bzw. geplanten Ergebnisse und Wirkungen dargestellt werden. Das bedeutet, dass Menge, Wert und Folgen der Leistungen

und Produkte ins Verhältnis zu den eingesetzten Ressourcen gesetzt werden.

Eine nach Produkten und Programmen gegliederte Darstellung des Haushaltsplans und der Haushaltsrechnung, ergänzt um leistungsbezogene Messgrößen, ermöglicht der Bürgerin und dem Bürger, dem Parlament und dem Senat, das Leistungsergebnis hinsichtlich seiner betriebswirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Wirkungen zu bewerten. Neue Instrumente für eine effiziente und effektive Steuerung der knappen Ressourcen werden geschaf-

fen, in dem die Bürgerschaft künftig nicht mehr einzelne Projekte, Einnahmen und Ausgaben der Verwaltung beschließt. Sie ermächtigt Gesamtaufwendungen für bestimmte Politik- bzw. Aufgabenbereiche (z. B. Kinderbetreuung) und verknüpft diese mit der Erreichung vorgegebener Ziele.

Senat, Bürgerschaft und jeder Bürger können dann auch ohne Spezialwissen feststellen, wie sich wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen im doppelten Jahresabschluss auswirken.

Das Geschäftsberichtsteam



Bei der Erstellung der Abschlüsse und des ersten Konzerngeschäftsberichts haben mitgewirkt (v.l.n.r.): Arne Trost, Petra Nickel, Wolfgang Marx, Holger Voß, Julia Sprei, Klaus Riebau, Senator Dr. Michael Freytag, Christian Heine, Stefanie Scholz, Birgit Mincke, Karin Seeger, Tanja Ehrlich, Olga Ott, Ralf Liesberg, Monika Heitmann

LAGEBERICHT UND KONZERN- LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2007

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

Finanzpolitische Rahmenbedingungen	22
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	24
Wirtschaftswachstum	24
Demografische Entwicklung	26
Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt	28
Unternehmensgründungen	29
Staatsverschuldung	29
Forschung und Entwicklung	30
Geschäftsverlauf und Lage des Konzerns Hamburg	30
Wesentliche Ereignisse im Jahr 2007	30
Vermögens- und Finanzlage	33
Ertragslage	35
Nachtragsbericht	38
Risiko- und Chancenbericht	38
Konjunkturabhängige Risiken	38
Strukturelle Risiken	39
Demografische Risiken	40
Sonstige Risiken	41
Risikomanagement	42
Chancen	42
Prognosebericht	43
Bilanzrechtsmodernisierung	43
Steuerschätzung und Steuergesetzesänderungen	44
Ausblick	44

LAGEBERICHT UND KONZERN- LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2007

Finanzpolitische Rahmenbedingungen

Mit diesem Geschäftsbericht legt die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) für das Geschäftsjahr 2007 neben dem Jahresabschluss für die Kernverwaltung die Konzernöffnungsbilanz und den ersten konsolidierten Konzernabschluss für die gesamte öffentliche Gebietskörperschaft vor.

Damit verfolgt die FHH unter dem Aspekt der »Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit« ein klar definiertes Ziel: eine dauerhaft solide und die Belange späterer Generationen berücksichtigende nachhaltige Finanzpolitik.

Hamburg erwirtschaftete 2007 im Konzern aus der laufenden Geschäftstätigkeit einen Überschuss in Höhe von 2.028 Mio. Euro. Das Finanzergebnis – in erster Linie die Zinsverpflichtungen Hamburgs und seiner Tochterorganisationen – minderte das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und das Außerordentliche Ergebnis um 1.147 Mio. Euro. Insgesamt erzielte Hamburg 2007 einen konsolidierten Jahresüberschuss in Höhe von 798 Mio. Euro.

Im Jahresabschluss der Kernverwaltung erwirtschaftete Hamburg 2007 im Verwaltungsergebnis einen Überschuss in Höhe von 931 Mio. Euro. Diesem Überschuss standen Kapitaldienste entgegen, die auf die Altschulden des Landes zu leisten

Erster konsolidierter Konzernabschluss
für die gesamte öffentliche Gebiets-
körperschaft FHH

Konsolidierter Jahresüberschuss für den
Konzern Hamburg von 798 Mio. Euro

Positives Verwaltungsergebnis
von 931 Mio. Euro

Jahresüberschuss im Abschluss der Kernverwaltung von 102 Mio. Euro

Finanzpolitische Zielsetzung: Ausgleich der doppischen Ergebnisrechnung in den nächsten sechs bis zehn Jahren

Deutlich beschleunigte Absenkung der Nettokreditaufnahme

waren. Das Finanzergebnis des Einzelabschlusses minderte somit das Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit 2007 um 829 Mio. Euro. Im Ergebnis wies Hamburg im Bereich seiner Kernverwaltung einen doppischen Jahresüberschuss 2007 in Höhe von 102 Mio. Euro aus.

Dieser Betrag bestätigt den im letzten Jahr vom Senat für 2007 prognostizierten Überschuss in der Kernverwaltung. Der Senat hat als erste Regierung eines deutschen Bundeslandes seine finanzpolitischen Vorgaben an den strengen Maßstäben des kaufmännischen Rechnungswesens ausgerichtet: In Abhängigkeit von der Entwicklung der Steuereinnahmen soll die doppische Ergebnisrechnung in den nächsten sechs bis zehn Jahren ausgeglichen sein.

Bereits mit dem Geschäftsjahr 2007 konnte dieses ambitionierte Ziel durch solide Finanzpolitik und gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen erreicht werden. Hamburg ist es gelungen, die Abschreibungen auf das Anlagevermögen zu erwirtschaften. Gleichwohl belasteten im Jahr 2007 aber hohe Aufwendungen für Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Höhe von 988 Mio. Euro das Ergebnis der Kernverwaltung.

Vor dem Hintergrund der guten Ertragslage im Jahr 2007 und im Jahr 2006 vorweggenommener Anpassungen der Pensionsrückstellungen war es realistisch, für das Geschäftsjahr 2007 eine positive Ergebnisrechnung zu prognostizieren. Obgleich die Ertragslage des Geschäftsjahres 2008 mit Risiken verbunden ist, strebt der Senat an, auch für diesen Abschluss eine ausgeglichene Ergebnisrechnung vorzulegen. Hierfür ist es jedoch erforderlich, dass der Senat seine erfolgreiche Politik einer qualitätsorientierten Haushaltskonsolidierung und einer verantwortungsbewussten Finanzpolitik konsequent fortsetzt.

Einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung dieses Ziels leistet die vom Senat mit Vorrang verfolgte Politik der beschleunigten Absenkung der Nettokreditaufnahme. Bereits ab dem Geschäftsjahr 2007 wurde die Nettoneuverschuldung der Kernverwaltung beendet.

Beschleunigte Absenkung der Nettokreditaufnahme gemäß Finanzplanung 2007 bis 2011 (vgl. Drucksache 18/7392) in Mio. Euro:

Nettokreditaufnahme	2007	2008	2009	2010	2011
Alt	450	350	450	400	350
Neu	0	0	0	0	0

Zugleich hat Hamburg damit begonnen, seine inzwischen auf rund 22 Mrd. Euro angestiegenen Altschulden im Kernhaushalt – zunächst mit einem symbolischen Betrag von 1 Mio. Euro pro Jahr – abzubauen. Der Senat trägt somit viel früher als bisher erwartet dem Beschluss der Bürgerschaft zur Änderung der Landeshaushaltsordnung Rechnung, ab dem Jahr 2013 den Haushaltsplan ohne neue Kredite auszugleichen. Zukünftig werden durch diese Finanzpolitik wieder Handlungsmög-

Hamburg – ein dem Sozialen
verpflichtetes Gemeinwesen mit
Ausrichtung auf das Wohl künftiger
Generationen und Substanzerhalt

lichkeiten durch Zinsentlastungen geschaffen und Impulse für Wachstum und Beschäftigung gesetzt.

Trotz dieser Zielsetzungen gilt es, die Belange Hamburgs nicht auf reine Rechengrößen zu reduzieren und die Menschen in der Stadt nicht aus dem Blick zu verlieren. Hamburg ist und bleibt ein dem Sozialen verpflichtetes Gemeinwesen. Begreift man jedoch die Bürgerinnen und Bürger als Anteilseigner ihrer Stadt, geht es darum, den Wert des Gemeinwesens in ihrem eigenen und dem Interesse ihrer Kinder und Enkel zu erhalten. Dazu muss erkennbar sein, ob heute zulasten künftiger Generationen gelebt und fortlaufend Substanz verzehrt wird. Der Herausforderung, den Vermögensverzehr zu beenden, muss sich ganz Hamburg stellen. Mit der Doppik und dem neuen Konzernrechnungswesen besitzt die FHH als erstes deutsches Bundesland heute einen Kompass, um diesen Weg konsequent beschreiten zu können.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Positive makroökonomische Rahmenbedingungen und eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik des Hamburger Senats sind die Voraussetzungen, um wachsende Anforderungen zu meistern und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt kontinuierlich zu stärken.

Wirtschaftswachstum

Charakteristisch für den Wirtschaftsstandort Hamburg ist die starke Verflechtung seiner Unternehmen mit internationalen Märkten. Auch die Tochterorganisationen des Konzerns FHH – darunter insbesondere die HHLA Hamburger Hafen und Logistik-Aktiengesellschaft, die Flughafen Hamburg GmbH (FHG), die HSH Nordbank AG und die Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft (HOCHBAHN) – sind nicht nur in der Metropolregion Hamburg oder in Deutschland tätig, sondern haben europa- oder weltweite Bezüge.

Obgleich sich die weltwirtschaftliche Entwicklung gegenüber den sehr dynamischen Bedingungen der vergangenen Jahre leicht abgeschwächt hat, blieb sie in 2007 insgesamt robust. Trotz der Belastungen durch die Entwicklung der Energiekosten, der gestiegenen Volatilität an den Aktienmärkten und bei den Wechselkursen ist die globale Wirtschaft nach Schätzungen der Weltbank im Jahr 2007 preisbereinigt um 5,2% gewachsen. Zu den Wachstumsmotoren der globalen Ökonomie zählten die anhaltende Dynamik in China (+11,3%) und die positive Entwicklung in Europa (+2,7%), denen eine verlangsamte Entwicklung in den USA (+2,2%) gegenüberstand.

In der zweiten Jahreshälfte 2007 wurden die tiefgreifenden Auswirkungen der Krise am US-amerikanischen Subprime-Hypothekenmarkt immer deutlicher. Insbe-

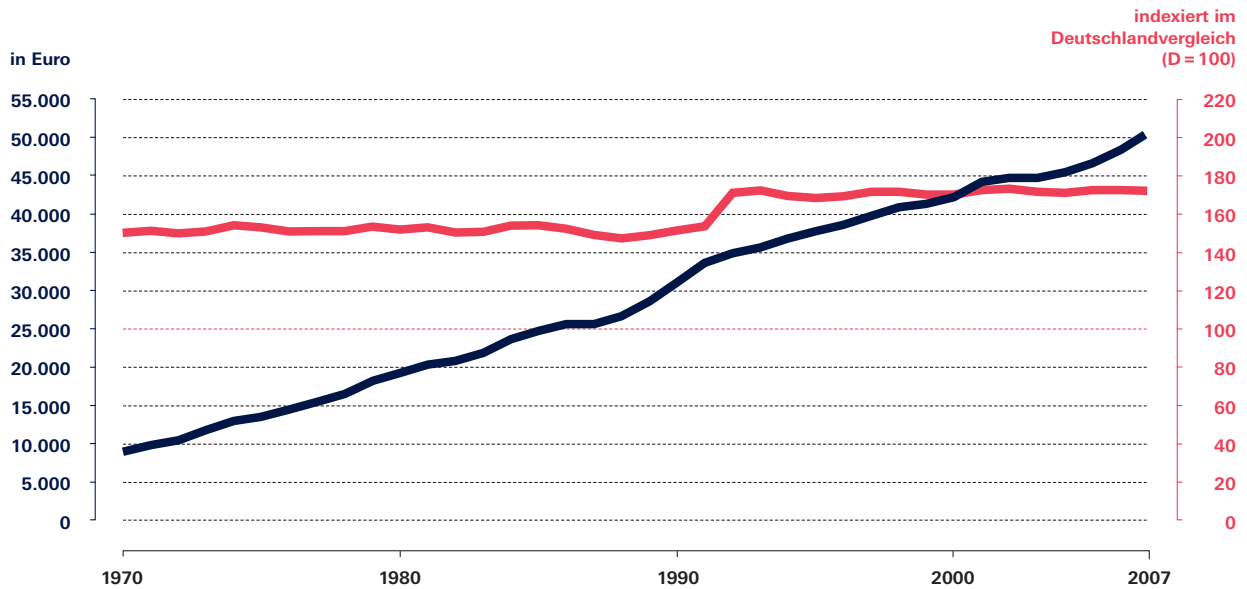
Starke Verflechtung Hamburger Unter-
nehmen mit internationalen Märkten

Weltwirtschaftliche Entwicklung 2007
abgeschwächt, aber insgesamt robust

**Finanzmarktkrise belastet weiterhin
Finanzmärkte und Realwirtschaft**

sondere die Bedingungen für die Bereitstellung von Krediten und Liquidität im globalen Finanzsystem verschlechterten sich rapide. Die Subprime-Krise und ihre weitreichenden Folgen machten sich besonders im Bankensektor bemerkbar. Nicht nur in den USA, sondern auch in Europa waren Banken, die sich direkt in Subprime-Krediten und verwandten Produkten engagiert hatten, in ihrer Ertragsrechnung stark betroffen. Die Krise hat sich 2008 ausgeweitet und belastet weiterhin sowohl die Finanzmärkte als auch die Realwirtschaft.

Bruttoinlandsprodukt der FHH in jeweiligen Preisen je Einwohner



Quelle: Arbeitskreis »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder«

Bundesweites Wirtschaftswachstum in 2007

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2007 erneut kräftig gewachsen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im Vergleich zum Vorjahr um 2,5%. Dabei trugen alle Wirtschaftsbereiche positiv zum Anstieg bei. Die Wachstumsimpulse kamen aus dem In- und Ausland. Der Außenhandel präsentierte sich erneut dynamisch. Mit einem Zuwachs von 8,3% stieg die Exportleistung auch im Jahr 2007 stärker als der Import, dessen Wachstum mit einem Plus von 5,7% deutlich hinter dem des Exports zurückblieb. Im Inland war die Investitionstätigkeit der Unternehmen mit einem Zuwachs von 8,4% erneut Wachstumstreiber. Die Konsumausgaben trugen mit 0,2% zum BIP-Wachstum bei. Dieser Effekt ist unter anderem auf die gestiegenen Konsumausgaben des Staates (+ 2,0%) zurückzuführen, da die privaten Konsumausgaben aufgrund von Vorzieheffekten durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer um rd. 0,3% niedriger ausfielen als im Vorjahr.

Anstieg des Preisniveaus 2007 um 2,2% gegenüber Vorjahr im Bundesgebiet

Das Preisniveau in Deutschland stieg 2007 gegenüber dem Jahr 2006 um 2,2%. Damit lag die Jahresteuersatzrate deutlich über dem Vorjahreswert von 1,7%. Verantwortlich für die Preisentwicklung waren vor allem die Energiepreise und die Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln.

Das Staatsdefizit konnte 2007 deutlich gesenkt werden. Es betrug nach letzten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes 0,2% des Bruttoinlandsprodukts. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze hat in Deutschland um 1,9% zugenommen. Gleichzeitig sank die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt deutlich von 2006 auf 2007 um 1,8 Prozentpunkte auf 9,0%.

Hamburg mit höchstem BIP pro Einwohner von 50.557 Euro und klar überdurchschnittlichem Wirtschaftswachstum

Hamburg hat zur positiven wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland beigetragen und hatte im Jahr 2007 nicht nur das höchste BIP pro Kopf aller Bundesländer (mit einem BIP pro Einwohner von 50.557 Euro und einer Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigem von 70.880 Euro liegt Hamburg auf dem 1. Platz), auch das Wachstum der Wirtschaftskraft war überdurchschnittlich. Die Veränderung des BIP im Vergleich zum Vorjahr betrug 2007 nominal 4,6%.

Das Niveau des realen Wirtschaftswachstums im Ländervergleich lag deutlich über dem Durchschnitt. Je Hamburger Einwohner lag der reale Zuwachs ebenfalls über dem Bundesdurchschnitt.

1,77 Mio. Einwohner in Hamburg**Demografische Entwicklung**

In 2007 lebten in Hamburg 1,77 Mio. Menschen. Das ist der höchste Stand seit 1974. Die Einwohnerzahl ist von 2004 bis 2007 um 1,4% gestiegen und hat damit die höchste Wachstumsrate im Bundesländervergleich. Vor allem Hochqualifizierte und Kreative sind zugewandert. Auch für die Zukunft werden im Bundesländervergleich für Hamburg weiterhin hohe Zuwanderungsraten prognostiziert.

Beim Umlandwanderungssaldo in die sechs umliegenden Kreise erfolgt bis 2020 eine schrittweise Reduzierung von derzeit rund -6.000 auf -4.500 Personen pro Jahr. Der Wanderungssaldo Hamburgs mit dem übrigen Bundesgebiet verringert sich bis 2020 sukzessive von derzeit rund +11.000 auf +3.800 Personen pro Jahr.

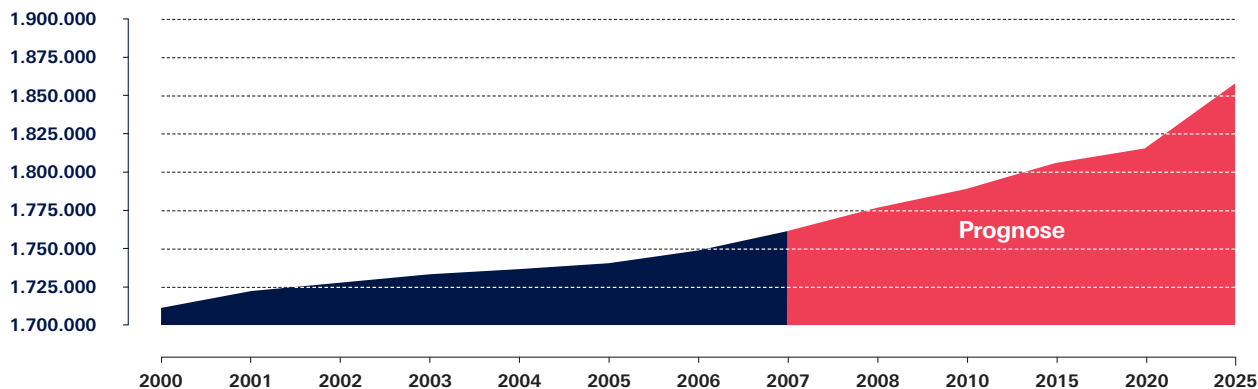
**Hamburg wächst – Zuzug
vor allem junger Menschen**

Nach wie vor kommen insbesondere junge Leute aus dem übrigen Bundesgebiet nach Hamburg. Der entsprechende Wanderungssaldo der über 16- bis unter 35-Jährigen lag in den Jahren 2000 bis 2002 bei durchschnittlich +11.500 pro Jahr. Dies zeigt, dass Hamburg für diese Bevölkerungsgruppe als attraktiver Standort gilt.

Insgesamt wird deutlich, dass Hamburg stetig wächst. Neben positiven Auswirkungen auf das Steueraufkommen Hamburgs und auf den Länderfinanzausgleich bedeutet das prognostizierte Bevölkerungswachstum für den Arbeitsmarkt eine weitere Angebotssteigerung vor allem an jungen, qualifizierten Arbeitskräften.

Bevölkerungsentwicklung der FHH 2000 – 2007 und Prognose

Personen



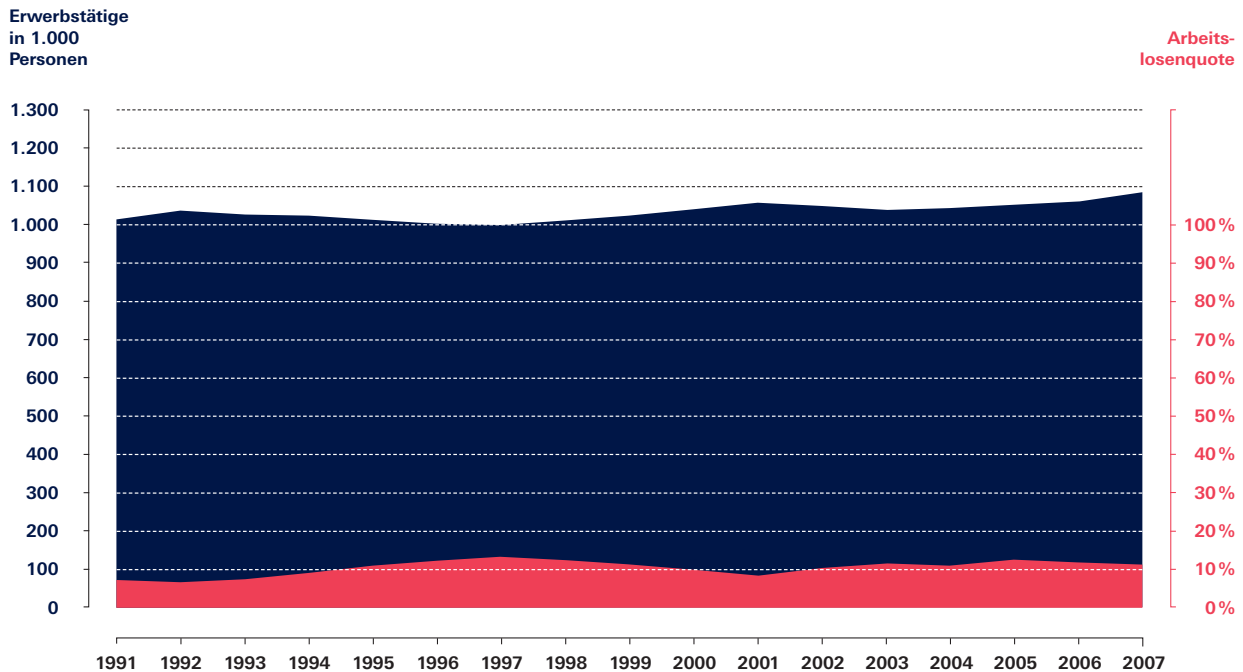
Quelle: Arbeitskreis »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder«

Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Per 31.12.2007 waren insgesamt 1.085.800 Hamburgerinnen und Hamburger erwerbstätig, davon waren 772.007 sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Dies bedeutet einen Anstieg um 2,1 % (2,6 % bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) zum Vorjahr. Zuwächse verzeichnete in den letzten Jahren vor allem der Dienstleistungssektor, hier insbesondere Dienstleistungen im Gastgewerbe und in Privathaushalten. Der Dienstleistungssektor entwickelte sich in Hamburg überdurchschnittlich. Der Wirkungsfaktor aus dem Anteil der Beschäftigten am tertiären Sektor ist der zweithöchste nach Berlin.

Überdurchschnittlich positive
Entwicklung des Dienstleistungssektors

Erwerbstätige und Arbeitslosenquote der FHH



Quellen: Arbeitskreis »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder«; Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Steigerung der Erwerbstätigenzahlen
von 4,0%

Die Arbeitslosenquote Hamburgs betrug in 2007 10,5%. Sie befand sich damit knapp oberhalb des Bundesdurchschnitts.

Die Steigerung der Erwerbstätigenzahlen von 2004 bis 2007 lag bei 4,0% (Platz 2 im Ländervergleich). Im Bereich der Beschäftigung erreichte Hamburg aufgrund seiner überdurchschnittlichen Erwerbstätigenquote (87,6%) im Bundesländervergleich den besten Wert. Bei der Betrachtung der Anteile der Beschäftigten in schnell wachsenden Branchen (Beschäftigungswachstum von über 5,0%) lag Hamburg mit 28,9% ebenfalls auf Rang 1.

Kontinuierliche Steigerung der Zahl
der Unternehmensneugründungen

Unternehmensgründungen

Die Zahl der Selbstständigen nimmt in Hamburg stetig zu. Die Zahl der Unternehmensneugründungen ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen: von 17.000 Gewerbeanmeldungen im Jahr 2003 auf 21.918 im Jahr 2007. Darunter fielen neben Zuzügen und Übernahmen rund 19.000 Neugründungen. Auf der anderen Seite gab es in 2007 insgesamt 14.890 Gewerbeabmeldungen und 4.110 Insolvenzen Hamburger Unternehmen.

Keine Nettokreditaufnahme 2007

Staatsverschuldung

Politische Handlungsfähigkeit setzt finanzielle Handlungsspielräume voraus. Die finanzpolitische Zukunftsfähigkeit eines Bundeslandes ist dabei umso größer, je eher Einnahmen und fest determinierte Ausgaben noch Spielräume für politisch gewünschte Ausgaben zulassen.

Die Ausweitung der Staatsverschuldung in Hamburg erfuhr Anfang der 1970er-Jahre einen deutlichen Schub. Damals wurden erstmals substanzielle Nettokreditaufnahmen getätigt. In den 1980er- und 1990er-Jahren kam es zu stark schwankenden, jedoch in der Tendenz deutlich ansteigenden Kreditfinanzierungen. Ab 1999 verstetigte sich die Neuverschuldung auf hohem Niveau. Beginnend mit dem Jahr 2003 konnte sie dann schrittweise zurückgeführt werden – bis im Jahre 2007 keine neuen Kredite mehr aufgenommen wurden.

Da mit Ausnahme der Jahre 1977 und 2007 während des ganzen genannten Zeitraums keine Schulden getilgt wurden, summierten sich die Staatsschulden mehr und mehr auf. Zwischen 1970 und 1975 verdoppelte sich der Schuldenstand ein erstes Mal, zwischen 1975 und 1985 ein zweites Mal und zwischen 1985 und 1999 schließlich ein drittes Mal. Seit 2005 stabilisierte sich der Schuldenstand dann zunehmend und sank 2007 leicht auf 21,9 Mrd. Euro ab.

Entsprechend der lange Zeit zunehmenden Staatsverschuldung wurden die finanzpolitischen Handlungsmöglichkeiten der Stadt mehr und mehr eingeschränkt. Der Anteil der Steuern, der für Zinszahlungen verwendet werden musste, wuchs von weniger als 6% (1970) bis auf 17% (1997) an und erreichte auch im Jahr 2001 noch knapp 16%. Erst infolge der Absenkung der Nettokreditaufnahme, des spürbaren Zuwachses der Steuereinnahmen und der niedrigen Kreditzinsen sank die Zins-Steuer-

Quote. Im Jahr 2007 lag sie trotz des bereits wieder angestiegenen Zinsniveaus auf dem Kapitalmarkt bei nur noch 12,2%.

Forschung und Entwicklung

Im Zuge des fortschreitenden Strukturwandels hin zur Wissensgesellschaft wird zukünftig die technologische Leistungsfähigkeit der Bundesländer an Bedeutung gewinnen. Die Unternehmensdynamik in forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen ist eine wesentliche Komponente des technologischen Strukturwandels. Dies verdeutlichen neben Indikatoren wie Anzahl der Unternehmensgründungen und Patentanmeldungen vor allem die Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Wissensintensive Dienstleistungen sind bereits heute insbesondere in den Stadtstaaten Hamburg und Berlin mit einem Beschäftigungsanteil von jeweils etwa einem Drittel sehr bedeutsam für die technologische Leistungsfähigkeit. Die Ausgaben der Behörde für Wissenschaft und Forschung für den Bereich der Hochschulen und der Förderung der außeruniversitären Forschung stiegen im Vergleich zum Vorjahr. Sie betragen in 2007 insgesamt rd. 869 Mio. Euro.

Hohe Unternehmensdynamik in
forschungs- und wissensintensiven
Wirtschaftszweigen

Geschäftsverlauf und Lage des Konzerns Hamburg

Wesentliche Ereignisse im Jahr 2007

Konzernabschluss (Konsolidierungskreis)

Gründung von Tochterorganisationen und Unternehmen

- Zum 01.01.2007 wurde das Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB) gegründet. Das HIBB hat im Geschäftsjahr 2007 noch kameral Rechnung gelegt. Nach Vorlage der Eröffnungsbilanz auf den 01.01.2008, wird das HIBB ab dem Geschäftsjahr 2008 als eigenständige Tochter einbezogen.
- Am 18.08.2006 wurde die Winterhuder Werkstätten GmbH gegründet. Der Landesbetrieb Winterhuder Werkstätten ging in 2007 mit seinem Betriebsvermögen auf diese GmbH über, der Wirtschaftsplan des Landesbetriebes entfällt. In 2007 hielt die FHH direkt 64,6% der Gesellschaftsanteile, die ebenfalls in 2007 neu gegründete Pier Pro Integration Entwicklung und Rehabilitation Holding GmbH (Pier Holding) hielt 35,4%. Die FHH ist über die Berufsförderungswerk GmbH mit 34,2% an der Pier Holding beteiligt. In 2008 soll eine Übertragung weiterer Anteile der FHH auf die Pier Holding stattfinden (94,7%, FHH 5,3%).
- Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) wurde in 2007 ausgegliedert und als vollkonsolidierte verbundene Organisation in den Konzern einbezogen.
- Im Februar 2007 gründete die FHH die HamburgMusik gGmbH – Elbphilharmonie

und Laeiszhalle Betriebsgesellschaft. Als Eigentümerin und Bauherrin des Konzerthauses wurde in 2007 die Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG gegründet. Beteiligt an ihr ist neben der FHH mit 95,2 % auch eine neue Stiftung Elbphilharmonie mit 4,8 %.

- Mit Gesellschaftsvertrag vom 31.08.2007 wurde die European ScreeningPort GmbH aus einer Vorratsgesellschaft gegründet. An dieser ist die FHH direkt und indirekt über die Centrum für Angewandte Nanotechnologie GmbH mit 40,9% beteiligt.
- Die FHH hat sich in 2007 als neue Gesellschafterin an der Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH (DEGES) mit 8,9% beteiligt.

Konzerngeschäftsvorgänge im Zusammenhang mit der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH

**Teilbörsengang der HHLA Hamburger
Hafen und Logistik-Aktiengesellschaft**

- Im Zuge des Teilbörsengangs der HHLA Hamburger Hafen und Logistik-Aktiengesellschaft am 02.11.2007 hat die HGV über ihre 100-prozentige Tochter, die HHLA-Beteiligungsgesellschaft mbH, 27,1 % des Grundkapitals der HHLA Hamburger Hafen- und Logistik-Aktiengesellschaft veräußert. Einschließlich der durch eine Kapitalerhöhung ausgegebenen jungen Aktien wurden insgesamt 22 Mio. A-Aktien (Teilkonzern Hafenlogistik) an die Börse gebracht (30,3% des Grundkapitals der HHLA Hamburger Hafen- und Logistik-Aktiengesellschaft). Die nicht börsennotierten S-Aktien (Teilkonzern Immobilien) wurden vollständig bei der HGV konzentriert.
- Die SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft wird in mehreren Abschnitten 94,9% der Geschäftsanteile an der GWG – Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH von der HGV bzw. ihrer 100-prozentigen Tochter, der GWG-Beteiligungsgesellschaft mbH erwerben. 5,1% der Anteile wurden bereits per 01.01.2007 von der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg erworben. Per 31.12.2007 wurden weitere 13,9% von der GWG-Beteiligungsgesellschaft mbH übernommen. Mit dieser Tranche geht eine Mehrheitsstimmrechtsvereinbarung zugunsten der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft einher, wodurch die umsatzsteuerliche Organschaft im SAGA-GWG Unternehmensverbund hergestellt worden ist.
- Die FHH hat Ende 2007 einen Anteil von 24,2% an der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft an die HGV verkauft, sodass der direkt von der FHH gehaltene Anteil nunmehr noch 62,1% beträgt. Für die folgenden Jahre sind weitere Anteilsverkäufe geplant.
- Ihre 10-prozentige Beteiligung – entsprechend 25,2 Mio. Aktien – an der Beiersdorf AG hat die HGV im Januar 2007 im Wege eines Bookbuilding-Verfahrens verkauft.
- Im Frühjahr 2007 hat sich die HGV mit einem Anteil von 10,0% zusammen mit mehreren Investoren aus dem öffentlichen und Bankenbereich an der Dedalus GmbH & Co. KGaA beteiligt, die mittelbar 7,5% der Anteile (rd. 61 Mio. Aktien) an der European Aeronautic Defence and Space Company EADS N.V. hält. Die Anschaffungskosten betragen 155,5 Mio. Euro.

- Die über ihre 100-prozentige Tochter HGL Hamburgische Luft- und Raumfahrt Beteiligungsgesellschaft mbH gehaltene 6-prozentige Beteiligung an der Daimler Luft- und Raumfahrt Holding AG (DLRH; vormals DaimlerChrysler Luft- und Raumfahrt Holding AG) hat die HGV Ende 2007 veräußert.
- Ende Dezember 2007 wurden stille Einlagen bei der HSH Nordbank AG in Höhe von 326,4 Mio. Euro in Aktienkapital gewandelt. Außerdem hat die HGV Aktien im Umfang von rd. 1% des Grundkapitals der HSH Nordbank AG vom Hamburgischen Versorgungsfonds AöR (HVF) erworben.

Sonstige Ereignisse

- Die vorherige pflegen & wohnen AöR hat ihren Namen per 01.01.2007 in pflegen & wohnen AöR geändert. Das Geschäftsfeld »Pflege« wurde seit dem 01.11.2005 von einer Tochtergesellschaft der pflegen & wohnen AöR, der pflegen & wohnen Betriebs-GmbH, betrieben. Mit Wirkung ab 01.01.2007 hat die Vitanas Hamburg GmbH 100,0% der Geschäftsanteile an der pflegen & wohnen Betriebs-GmbH erworben. Nach Ausgliederung des Pflegebereiches sind bei der Anstalt die Geschäftsbereiche »Wohnen« und »Eingliederungshilfe« sowie Teile der bisherigen Hauptverwaltung verblieben.
- Zum 01.01.2007 wurden weitere 25,0% der LBK Hamburg GmbH (seit 24.04.2007 Asklepios Kliniken Hamburg GmbH) an die Asklepios Kliniken GmbH abgetreten.
- Die Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft gründete zur Übernahme der Expansionsverkehre die BeNEX GmbH. Eine Minderheitsbeteiligung von 49% wurde an einen privaten Investor veräußert.

Jahresabschluss der Kernverwaltung (Kernbilanzierungskreis)

Die Kernverwaltung der FHH beschäftigt rd. 64,9% der gesamten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Konzerns.

Die Summe aller Beschäftigungsverhältnisse der Kernverwaltung betrug per 31.12.2007 57.765. Die Abnahme im Bereich der Fachbehörden und Ämter der Stadt um 4.385 und die Zunahme um 3.934 Beschäftigungsverhältnisse bei den Landesbetriebs nach § 26 LHO beruht hauptsächlich auf der Gründung des Landesbetriebs Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB) und des Landesbetrieb für Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG). Aufgrund der Privatisierung des ehemaligen Landesbetriebs Krankenhäuser sind im Jahr 2007 1.612 Rückkehrerinnen und Rückkehrer und 55 Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus dem ehemaligen Hamburger Weltwirtschaftsarchiv (HWWA) in den internen Arbeitsmarkt der FHH zu integrieren.

Seit Januar 2008 bietet die FHH allen Rückkehrenden mit Ablauf einer individuellen Ein-Jahres-Frist einen Arbeitsvertrag in ihrer derzeitigen Entgeltgruppe an. Die Personalkosten der Rückkehrerinnen und Rückkehrer werden sich beginnend ab Januar 2008 im hamburgischen Haushalt niederschlagen.

Rd. 64,9% der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kernverwaltung

Interner Arbeitsmarkt der FHH

Konzernbilanzsumme
zum 31.12.2007 von 65,83 Mrd. Euro

Konzern-Anlagevermögen
zum 31.12.2007 von 55,08 Mrd. Euro

Konzern-Umlaufvermögen
zum 31.12.2007 von 10,44 Mrd. Euro

Konzern-Eigenkapital
zum 31.12.2007 von 3,77 Mrd. Euro

Vermögens- und Finanzlage

Konzernabschluss (Konsolidierungskreis)

Die Konzernbilanzsumme erhöhte sich zum 31.12.2007 mit 65.827 Mio. Euro deutlich gegenüber der Eröffnungsbilanz (EB) des Konzerns (64.749 Mio. Euro).

Auf der Aktivseite sank das Anlagevermögen geringfügig auf 55.083 Mio. Euro und erreichte eine Anlagenintensität von 83,7 % (EB 87,1 %). Die Sachanlagen betragen 45.730 Mio. Euro und die Finanzanlagen 3.869 Mio. Euro. Es wurden Firmenwerte in Höhe von 2.830 Mio. Euro aktiviert (EB 3.120 Mio. Euro). Die Abschreibungsquote (die prozentuale Höhe der Abschreibungen bezogen auf das Anlagevermögen) betrug 2,8%.

Das Umlaufvermögen stieg gegenüber der Konzernöffnungsbilanz um 30,1 % auf 10.437 Mio. Euro an. Dies hatte insbesondere den Grund darin, dass die Forderungen um 1.968 Mio. Euro sowie die liquiden Mittel um 914 Mio. Euro anstiegen.

Auf der Passivseite nahm das Eigenkapital um 1.073 Mio. Euro auf 3.773 Mio. Euro zu und erreichte damit eine Eigenkapitalquote von 5,7%. Lang- und kurzfristige Fremdmittel wurden in Höhe von 36.912 Mio. Euro (EB 36.989 Mio. Euro) zur Finanzierung des Vermögens herangezogen. Die Fremdkapitalquote betrug damit 56,1%.

Vermögens- und Finanzlage

BILANZPOSITIONEN	31.12.2007 in Mio. Euro	Prozent	01.01.2007 in Mio. Euro	Prozent
Anlagevermögen	55.083	83,7	56.418	87,1
Umlaufvermögen	10.437	15,8	8.022	12,4
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	307	0,5	309	0,5
SUMME AKTIVA	65.827	100,0	64.749	100,0
Eigenkapital	3.773	5,7	2.700	4,2
Sonderposten	2.061	3,1	2.202	3,4
Rückstellungen	22.983	35,0	22.753	35,1
Langfristiges Fremdkapital	29.849	45,3	29.702	45,9
Kurzfristiges Fremdkapital	7.063	10,7	7.287	11,2
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	98	0,2	105	0,2
SUMME PASSIVA	65.827	100,0	64.749	100,0

**Pensionsrückstellungen im Konzern
zum 31.12.2007 von 20,02 Mrd. Euro**

Für Pensionsrückstellungen wurden im Konzern FHH insgesamt 20.016 Mio. Euro ausgewiesen. Im Berichtsjahr wurden Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von 904 Mio. Euro aufgelöst. Der Anteil der Pensionsrückstellungen an der Bilanzsumme beträgt 30,4 %.

Die übrigen Rückstellungen waren mit 2.967 Mio. Euro um 1.134 Mio. Euro höher als zur Eröffnungsbilanz (1.833 Mio. Euro).

**Bilanzsumme der Kernverwaltung
zum 31.12.2007 von 49,64 Mrd. Euro**

Jahresabschluss der Kernverwaltung (Kernbilanzierungskreis)

Die Bilanzsumme belief sich zum Stichtag auf 49.644 Mio. Euro und lag damit um 558 Mio. Euro oder 1,0 % über dem Vorjahreswert (49.086 Mio. Euro).

**Anlagevermögen der Kernverwaltung
zum 31.12.2007 von 45,83 Mrd. Euro**

Auf der Aktivseite sank das Anlagevermögen leicht auf 45.832 Mio. Euro (Vorjahr: 46.004 Mio. Euro). Davon wurden unter den Immateriellen Vermögensgegenständen 3.328 Mio. Euro, im Sachanlagevermögen 32.150 Mio. Euro und unter den Finanzanlagen 10.354 Mio. Euro ausgewiesen.

**Umlaufvermögen der Kernverwaltung
zum 31.12.2007 von 3,53 Mrd. Euro**

Das Umlaufvermögen stieg gegenüber dem Vorjahr um 26,3 % auf 3.534 Mio. Euro an. Ursächlich dafür ist eine Zunahme bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 412 Mio. Euro und um 361 Mio. Euro bei den liquiden Mitteln.

**Eigenkapital der Kernverwaltung
zum 31.12.2007 von 2,39 Mrd. Euro**

Das Eigenkapital erhöhte sich aufgrund des positiven Jahresüberschusses leicht auf 2.390 Mio. Euro (Vorjahr: 2.287 Mio. Euro); dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 4,8 %.

**Pensionsrückstellungen der
Kernverwaltung zum 31.12.2007
von 18,07 Mrd. Euro**

Für Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden im Jahresabschluss der Kernverwaltung 18.067 Mio. Euro passiviert (Vorjahr: 18.962 Mio. Euro).

Das Kredit- und Zinsmanagement sowie die Schulden- und Forderungsverwaltung werden von der Finanzbehörde zentral durch das Vermögens- und Beteiligungsmanagement durchgeführt.

Die FHH finanziert ihr Fremdkapital überwiegend aus der Ausgabe von Landesobligationen (per 31.12.2007: 7.342 Mio. Euro) und Schuldscheindarlehen (per 31.12.2007: 14.313 Mio. Euro).

Liquide Mittel werden im Rahmen eines Finanzmanagements der Finanzbehörde zinsbringend angelegt. Hierbei werden ausschließlich konservative, weitgehend kurzfristige Anlageformen als Tages- oder Termingelder gewählt. Spekulative Geschäfte werden nicht abgeschlossen.

**Keine spekulativen Geschäfte
mit liquiden Mitteln**

Die FHH als öffentliche Gebietskörperschaft unterliegt nicht wie ein Privatunternehmen dem Risiko der Insolvenz. Dementsprechend werden bei Finanzierungsvorhaben der Kernverwaltung der FHH keine Sicherheiten benötigt.

**Gesamtsumme der Bürgschaften
zum 31.12.2007 von rd. 9,7 Mrd. Euro**

Im Zuge der Ausgliederung von Tochterorganisationen hat die FHH Bürgschaften und Garantiezusagen übernommen; zum Teil haftet sie als Gewährträger. Die Gesamtsumme der Bürgschaften betrug zum 31.12.2007 rd. 9,7 Mrd. Euro. Für die zu erwartende Inanspruchnahme ist nach Auswertung der Einzelfälle eine Rückstellung in Höhe von 20 Mio. Euro gebildet worden.

**Gesamterträge 2007 im Konzern
von 18,90 Mrd. Euro**

**Gesamtaufwendungen 2007 im Konzern
von 16,87 Mrd. Euro**

Ertragslage

Konzernabschluss (Konsolidierungskreis)

Die Gesamterträge betragen 18.897 Mio. Euro. Die wesentlichen Posten auf der Ertragsseite stellten mit 8.474 Mio. Euro die Steuererträge und steuerähnlichen Erträge sowie mit 5.085 Mio. Euro die sonstigen Erträge dar. Von den sonstigen Erträgen stammt der größte Anteil mit 2.818 Mio. Euro aus der Auflösung von Rückstellungen.

Im Geschäftsjahr 2007 lag der Außenumsatz (Umsatzerlöse) des Konzerns Hamburg bei 3.312 Mio. Euro.

Die Gesamtaufwendungen betragen 16.869 Mio. Euro. Die wesentlichen Posten stellten mit 6.086 Mio. Euro die Personalaufwendungen, mit 3.684 Mio. Euro die sonstigen Aufwendungen und mit 3.435 Mio. Euro die Transferleistungen dar. Im Saldo erwirtschaftete Hamburg aus der laufenden Geschäftstätigkeit einen Überschuss in Höhe von 2.028 Mio. Euro.

Die 10 größten Tochterorganisationen nach Umsatzerlösen (nach Konsolidierung)

TOCHTERORGANISATION	Umsatzerlöse 2007 in Mio. Euro
SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg	531
Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft	272
Stadtreinigung Hamburg AöR	260
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – KöR	254
HSE Hamburger Stadtentwässerung AöR	208
GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH	205
Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt AöR	196
Flughafen Hamburg GmbH	172
Hamburger Wasserwerke GmbH	158
Hamburger Messe und Congress GmbH	47

Die Umsatzerlöse der HHLA-Töchter werden in dieser Aufstellung nicht dargestellt. Es wird auf den Konzernabschluss der HHLA verwiesen.

Jahresüberschuss 2007 für den Konzern
von rd. 798 Mio. Euro

Die durchschnittlichen Personalkosten des Konzerns lagen bei 68.398 Euro pro aktiven Mitarbeiter. Der Anteil des Personalaufwands an den Gesamtaufwendungen (Personalaufwandsquote) betrug 36,1 %.

Insgesamt weist Hamburg einen Jahresüberschuss 2007 für den Konzern FHH in Höhe von 798 Mio. Euro aus. Der Verlustvortrag aus dem Vorjahr sowie die Gewinnverwendung über die Einstellungen in Rücklagen hatten im Ergebnis einen negativen Effekt auf das Konzernergebnis. Die Ergebnisrechnung schließt daher mit einem Konzern-Bilanzergebnis in Höhe von 896 Mio. Euro ab. Im Ergebnis erhöhte sich das Eigenkapital jedoch im Vergleich zum Vorjahr.

Aufstellung aggregierter Aufwände und Erträge (Konzernabschluss)

ERTRÄGE	31.12.2007 in Mio. Euro	AUFWENDUNGEN	31.12.2007 in Mio. Euro
Steuererträge und steuerähnliche Erträge	8.474	Materialaufwendungen	1.207
Erträge aus Transferleistungen	812	Personalaufwendungen	6.086
Erträge aus Betriebsmittelzuschüssen	4	Aufwendungen für Transferleistungen	3.435
Umsatzerlöse	3.312	Aufwendungen für Betriebsmittelzuschüsse	117
Gebühren und ähnliche Erträge	960	Aufwendungen für den Länderfinanzausgleich	367
Aktivierete Eigenleistungen	42	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.274
Bestandsveränderungen	33	Aufwendungen aus Mieten und Pachten	699
Erträge aus Mieten und Pachten	175	Sonstige Aufwendungen	3.684
Sonstige Erträge	5.085		
SUMME	18.897	SUMME	16.869

Gesamterträge der Kernverwaltung
von 13,58 Mrd. Euro

Jahresabschluss der Kernverwaltung (Kernbilanzierungskreis)

Die Ertragslage der Kernverwaltung der FHH stellte sich im Jahr 2007 aufgrund der günstigen Rahmenbedingungen positiv dar. Die Gesamterträge betragen 13.581 Mio. Euro. Den wesentlichen Posten auf der Ertragsseite stellten die Steuererträge dar. Diese summierten sich unter Beachtung von Periodisierungseffekten auf 8.474 Mio. Euro. Der wichtigste Grund für die gestiegenen Steuereinnahmen war der bundesweite Konjunkturaufschwung im Jahr 2007. Die Entwicklung hatte in 2007 zu einer erkennbaren Belebung des Arbeitsmarktes geführt, die für einen Zuwachs bei der Einkommensteuer sorgte. Dabei liegt Hamburg beim Zuwachs sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse mit deutlichem Abstand vor anderen Bundesländern.

Die Erträge aus Verwaltungstätigkeit stammen im übrigen aus Gebühren, Beiträgen, Geldbußen und Zwangsgeldern sowie privatrechtlichen Entgelten. Die hieraus erzielten Erträge betragen insgesamt rd. 873 Mio. Euro.

Neben den hauptsächlich vom Bund stammenden Transfererträgen in Höhe von 812 Mio. Euro leisteten die sonstigen Erträge einen positiven Beitrag zum Jahresergebnis. Diese bestehen in erster Linie aus der Auflösung von Rückstellungen und Sonderposten.

Trotz des positiven Ergebnisses sind die Sach-, Fach- und Personalaufwendungen weiterhin hoch und dominieren mit insgesamt rd. 9.934 Mio. Euro die Aufwandsseite. Der Anteil des Personalaufwands an den Gesamtaufwendungen (Personalaufwandsquote) betrug 33,5%. Hinzu treten Abschreibungen in Höhe von 564 Mio. Euro und Sonstige Aufwendungen in Höhe von 2.152 Mio. Euro (u.a. Zuführungen zu Verbindlichkeitsrückstellungen sowie Wertberichtigungen auf Forderungen).

Positives Verwaltungsergebnis der FHH

Das Verwaltungsergebnis der FHH ist positiv. Die Erträge der Stadt übersteigen die laufenden Aufwendungen für Personal, Transferleistungen, den Länderfinanzausgleich und die sonstigen Aufwendungen um 931 Mio. Euro. Diesem Überschuss im Verwaltungsergebnis steht das Finanzergebnis entgegen. Dieses enthält neben den Erträgen aus Beteiligungen in erster Linie die auf Altschulden zu leistenden Zinszahlungen. Im Ergebnis weist die FHH einen doppelischen Jahresüberschuss in Höhe von 102 Mio. Euro aus. In Höhe dieses Jahresüberschusses erhöht sich das Eigenkapital.

Nachtragsbericht

Anfang 2008 hat die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH mit rd. 2 Mio. Aktien einen Anteil von 5 % an der Norddeutschen Affinerie AG erworben. Die Anschaffungskosten betragen rd. 59 Mio. Euro. Die Beteiligung sollte nur temporär gehalten werden und wurde Anfang August 2008 mit Gewinn verkauft.

Mit Gesellschaftsvertrag vom 09. 01. 2008 wurden von der FHH die Fischereihafenentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG (FEG) und die Fischereihafenentwicklungsgesellschaft mbH als persönlich haftende Gesellschafterin der FEG gegründet, um Flächen im Hafengebiet zu entwickeln.

Seit Mai 2008 ist die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH an der Hamburgischen Seefahrtsbeteiligung »Albert Ballin« GmbH & Co. KG bzw. deren Komplementärin beteiligt. Die Gesellschaft hat sich am Bieterverfahren für die Hapag-Lloyd AG beteiligt und im Oktober 2008 den Kaufvertrag zum Erwerb der Hapag-Lloyd AG abgeschlossen. Nach Vollzug der Transaktion voraussichtlich Anfang 2009 wird Hamburg über die HGV mittelbar mit 23 % an der Hapag-Lloyd AG beteiligt werden.

Risiko- und Chancenbericht

Die Risiken des Hamburger Haushalts werden insbesondere durch kurz- und mittelfristige konjunkturelle Schwankungen, langfristige strukturelle sowie demografische Entwicklungen bestimmt. Zu den konjunkturabhängigen Risiken zählen etwa die Entwicklung des Steueraufkommens, der Zinszahlungen und der Transferzahlungen an Bezieher sozialer Leistungen. Langfristige strukturelle Risiken liegen vor allem in strukturellen Aufkommensrisiken, die maßgeblich durch Steuerrechtsänderungen begründet sind. Zudem erwachsen Risiken aus der demografischen Veränderung der Gesellschaft. Für das Jahr 2008 und die kommenden Haushaltsjahre ist mit folgenden wesentlichen Risiken, aber auch Chancen zu rechnen:

Konjunkturabhängige Risiken

Langfristige empirische Untersuchungen belegen, dass der Anstieg des Steueraufkommens in Deutschland grundsätzlich weitgehend parallel zum nominalen Wachstum des BIP verläuft. Abweichend von diesem Trend waren seit dem Jahr 2001 in Hamburg und auf Bundesebene u.a. aufgrund verschiedener Steuerreformen deutliche Einnahmever schlechterungen zu verzeichnen. Erst mit dem beginnenden Konjunkturaufschwung im Jahr 2005 haben sich die Steuereinnahmen wieder erholt und das Niveau des Jahres 2000 erreicht.

5 %-Anteils erwerb an der Norddeutschen
Affinerie AG und gewinnbringender
Verkauf im Jahr 2008

Anteils erwerb an Hapag-Lloyd
im Oktober 2008

Steuereinnahmen stark abhängig
vom Konjunkturverlauf

Leichte Verschlechterung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos für 2008 erwartet

Finanzmarktkrise – Zu erwartende geringere Steuervorauszahlungen im 4. Quartal 2008

Risiken aus der Zahllast zum Länderfinanzausgleich

Risiko der Zinsentwicklung

Steigende staatliche Transferleistungen

Risiken aus Steuerrechtsänderungen

Insgesamt ist im laufenden Jahr 2008 mit einer leichten Verschlechterung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos zu rechnen. Diese Verschlechterung wird vor allem aus den zusätzlichen Belastungen durch die Unternehmensteuerreform und die erneute Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung resultieren. Vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise und einer konjunkturellen Abkühlung im 4. Quartal 2008 sind voraussichtlich geringere Steuervorauszahlungen der Unternehmen im November und Dezember zu erwarten.

Neben Steuereinnahmerisiken besteht ein noch nicht genau quantifizierbares Risiko aus der Zahllast zum Länderfinanzausgleich. Die Zahllast Hamburgs hängt maßgeblich vom Steueraufkommen der übrigen Bundesländer ab.

Hamburg trägt den zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung erkennbaren Risiken bei der Entwicklung der Steuereinnahmen durch eine risikobewusste und vorsichtige Veranschlagung der Steuereinnahmen Rechnung. Risiken aufgrund von Steuerrechtsänderungen oder erwarteten Steuerrückerstattungen werden durch entsprechende Abschläge vom insgesamt geschätzten Aufkommen berücksichtigt.

Ebenfalls abhängig vom Konjunkturverlauf ist das Risiko der Zinsentwicklung. Seit Dezember 2005 stieg der Leitzins der Europäischen Zentralbank (EZB) von 2,25 auf zwischenzeitlich 4,25 %. Wegen der andauernden Finanzmarktkrise ist er derzeit auf 3,75 % abgesenkt worden. In 2007 hatte die FHH rd. 988 Mio. Euro für Zinsaufwendungen aufzubringen. Eine Zinserhöhung um einen Prozentpunkt würde zu einer Mehrbelastung von etwa 30 bis 50 Mio. Euro jährlich führen. Hamburg begegnet dem Zinssteigerungsrisiko durch eine vorausschauende Veranschlagung der Zinsausgaben im Haushalt und eine zinskostenoptimierte Kreditaufnahmepolitik.

Eine direkte Auswirkung der konjunkturellen Entwicklung sind die steigenden staatlichen Transferleistungen. Die Ausgaben für gesetzliche Leistungen sind in den letzten 20 Jahren überproportional gestiegen. So betragen z.B. die Ausgaben für Sozialhilfe im Jahr 1988 noch rund 668 Mio. Euro, während sie im Jahr 2007 mit 1.239 Mio. Euro fast doppelt so hoch waren. Dies ist im Wesentlichen auf zweistellige Steigerungsraten in den Jahren von 1988 bis 1994 zurückzuführen. Auch eine leicht rückläufige Tendenz in den Jahren 1995 bis 1999 hat nichts daran ändern können, dass weitere Steigerungen in den Folgejahren zu obiger Verdoppelung führten. Geänderte Leistungsgesetze (SGB II und XII), demografische Effekte und großstadtspezifische Leistungsausweitungen (u.a. für Kindertagesbetreuung) lassen auch weiterhin einen Anstieg erwarten.

Strukturelle Risiken

Neben dem konjunkturabhängigen Risiko bestehen strukturelle Aufkommensrisiken, die vor allem durch Steuerrechtsänderungen begründet sind. Die ab dem 01.01.2008 wirkende Unternehmensteuerreform wird zumindest in den ersten Jahren nach Inkrafttreten erhebliche Steuermindereinnahmen für alle Gebietskör-

perschaften auslösen. Ursächlich hierfür ist, dass die Gegenfinanzierungsmaßnahmen erst zeitverzögert greifen, während die Tarifsenkung ihre steuerentlastende Wirkung sofort entfaltet. Der hamburgische Anteil an den finanziellen Auswirkungen wird auf 3 % des Länder- und Gemeindeanteils geschätzt. Da die im Gesetz enthaltenen Maßnahmen jedoch überwiegend die in Hamburg überproportional aufkommensstarken Steuerarten der Körperschaft-, Einkommen- und Gewerbesteuer betreffen, wird der Hamburger Anteil an den Steuerausfällen vermutlich bei rund 4 % des Länder- und Gemeindeanteils liegen; das sind für 2008 und die Folgejahre jeweils rund 150 Mio. Euro.

Weitere Risiken bestehen vor allem durch die noch ausstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale, zur Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum steuerlichen Abzug von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen, laufende Gesetzgebungsverfahren und mögliche künftige Steuerrechtsänderungen sowie der weiteren konjunkturellen Entwicklung. Die finanziellen Auswirkungen der Finanzmarktkrise wurden in der Bundessteuerschätzung in den Prognosen zur Körperschaft- und Gewerbesteuer berücksichtigt und auch für Hamburg entsprechend regionalisiert. Letztlich kann derzeit aber noch kein gesichertes Urteil über das genaue Ausmaß der steuerlichen Effekte getroffen werden.

Weitere Risiken aus Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, aus laufenden Gesetzgebungsverfahren und künftigen Steuerrechtsänderungen

Derzeit kein gesichertes Urteil zu steuerlichen Effekten aus Finanzmarktkrise möglich

Demografische Risiken

Die künftige Aufwands- und Ertragsentwicklung Hamburgs wird auch von demografischen Faktoren beeinflusst, in erster Linie verursacht durch die Überalterung der Bevölkerung. Obgleich aktuelle Studien die demografische Entwicklung für Hamburg positiver bewerten als die in anderen bundesdeutschen Regionen, ist mit spürbaren Veränderungen bei den Erträgen und Aufwendungen zu rechnen. Auch wenn es in Hamburg einen geringeren Rückgang von Bevölkerung und Erwerbstätigkeit gibt, fallen auf Landes- und Kommunalebene insbesondere für die Altersgruppen der über 60-Jährigen Aufwendungen für Pflege und Krankenhäuser an. Bei steigendem Durchschnittsalter ist tendenziell mit einer Entlastung bei den Aufwendungen für unter 30-Jährige (Kita, Schule und Universität) und mit steigenden Aufwendungen für ältere Menschen zu rechnen. Die deutlich wachsenden Kosten der alternden Gesellschaft sind in den bisherigen Langfristprognosen aller staatlichen Ebenen zu wenig berücksichtigt.

Überalterung der Bevölkerung

Wachsende Kosten der alternden Gesellschaft

Die Ausgaben des Staates für Renten, Pensionen, Gesundheit und Pflege werden in den kommenden Jahren stetig ansteigen. Bislang hat die Politik durch die Absenkung des Rentenniveaus und die Erhöhung des Renteneintrittsalters nur bei der Rentenversicherung erste Gegenmaßnahmen eingeleitet. Die Kranken- und Pflegeversicherungen sind dagegen noch nicht ausreichend auf den demografischen Wandel vorbereitet. Dies wird sich voraussichtlich negativ auf den staatlichen Haushalt auswirken.

Sonstige Risiken

Derzeit bilanziert Hamburg die Pensionsrückstellungen im Jahresabschluss der Kernverwaltung in Anlehnung an das Steuerrecht und an bundesweit einheitliche Regelungen mit einem Rechnungszinsfuß von 6,0%. Der Rechnungshof der FHH hat sich im Jahresbericht 2007 zur Bilanzierung der Pensionsrückstellungen geäußert. Nach Auffassung des Rechnungshofs bildet ein niedrigerer Diskontierungszinssatz, der auch zukünftige Gehaltssteigerungen einbezieht, die Pensionsverpflichtungen noch zukunftssicherer ab.

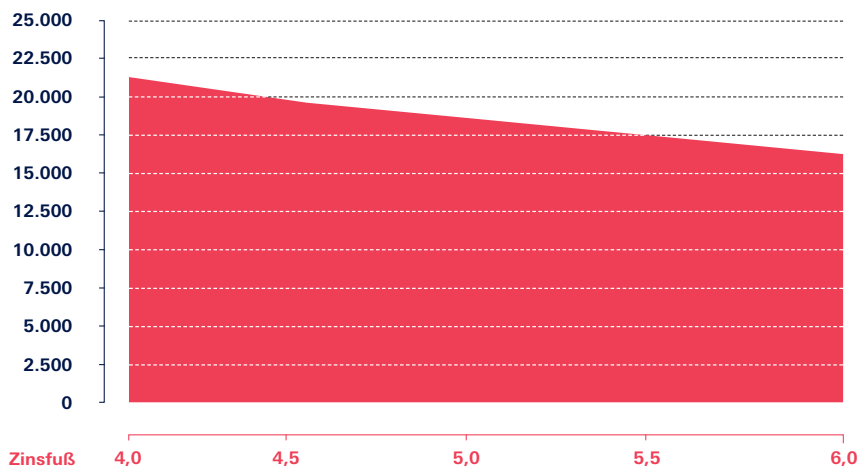
Bei Ansatz eines Diskontierungszinssatzes von 4,5% würde sich in der Bilanz der FHH ein eigenkapitalwirksamer Anpassungsbedarf in Höhe von rd. 3,45 Mrd. Euro ergeben.

Auch bei im Wesentlichen unveränderter Verschuldung der FHH ergeben sich aufgrund konjunkturbedingter Schwankungen der Zinssätze an den Kapitalmärkten Risiken bei der Refinanzierung zur Rückzahlung fälliger Landesschatzanweisungen oder Schuldscheindarlehen. Diese Risiken werden auf Basis von Regelungen der

Risiken bei der Refinanzierung
zur Rückzahlung fälliger
Landesschatzanweisungen oder
Schuldscheindarlehen

Pensionsrückstellungen der FHH per 31.12.2007

Rückstellungsbetrag
in Mio. Euro



Zinsfuß	Rückstellungsbetrag
4,0%	21.114 Mio. Euro
4,5%	19.649 Mio. Euro
5,0%	18.359 Mio. Euro
5,5%	17.218 Mio. Euro
6,0%	16.202 Mio. Euro

Finanzbehörde begrenzt. So darf der Anteil der variabel verzinslichen Positionen 25 % der Schulden aus Kreditmarktmitteln nicht übersteigen. Bei einer 1-prozentigen Zinserhöhung darf die Kostenmehrbelastung nicht über 7,5 % des Haushaltsansatzes für die Zinsausgaben hinausgehen. Das Zinsänderungsrisiko unterliegt einer ständigen Kontrolle. Im Jahr 2007 wurden beide Begrenzungen jederzeit eingehalten.

Die Verbindlichkeiten aus derivativ beeinflussten Kreditgeschäften betragen 1.714 Mio. Euro. Hierbei sind Kündigungs- oder Wandlungsoptionen in die Kreditvereinbarungen integriert.

Risikomanagement

Entsprechend den Regelungen nach § 91 Abs. 2 AktG haben Aktiengesellschaften bzw. über die Ausstrahlungswirkung auch andere Unternehmen ein Risikofrüherkennungssystem einzurichten. Ob und in welchem Umfang die Geschäftsführungen der öffentlichen Unternehmen der FHH ein Risikomanagementsystem implementiert haben, entscheidet sich nach Eigenart und Größe des Unternehmens und der Komplexität der Struktur.

Die Einrichtung einer mit dem Risikomanagement des Beteiligungsbereiches der FHH verzahnten Risikosteuerung einschließlich der Darstellung von möglichen Schadenshöhen und Eintrittswahrscheinlichkeiten erfolgt in Anlehnung an die für die Beteiligungen der FHH geltende Berichterstattung nach § 53 Haushaltsgrundsatzgesetz. Ein Ausbau des Risikofrüherkennungssystems ist im Rahmen der Modernisierung des Hamburger Haushaltswesens vorgesehen.

Darüber hinaus plant die Finanzbehörde, das Regelwerk interner Kontrollen zu sichten und daraus ein modernisiertes internes Kontrollsystem zu entwickeln. Die dazu erforderlichen Arbeiten laufen im Jahr 2008 an; Ergebnisse werden für 2009/2010 erwartet.

Zu weiteren Risiken, insbesondere aus Steuerschätzung, Länderfinanzausgleich und langfristigen strukturellen Haushaltsrisiken, wird auf den vom Senat vorgelegten Finanzbericht 2009/2010 verwiesen.

Chancen

Gesamtwirtschaftliche Chancen

Hamburg ist durch seine herausragende geografische Lage historisch begünstigt. Die politischen Umwälzungen mit der Öffnung der Grenzen zum Osten haben diese Situation nochmals verbessert. Durch den kontinuierlichen, den jeweiligen Erfordernissen angepassten Ausbau seiner Infrastruktur wurde die Erreichbarkeit Hamburgs auf dem Land-, Luft- und Wasserweg erleichtert und begründet heute seine Position als ein bedeutender Umschlagplatz für den europäischen Handel: Im West-Ost-Verkehr, vor allem zwischen China und Europa, hält Hamburg eine Spitzenposition als einer der größten Containerumschlaghäfen der Welt inne. Seine Position

Ausbau des Risikofrüherkennungssystems im Rahmen der Modernisierung des Hamburger Haushaltswesens

Hamburg mit geografisch begünstigter Lage

Gute Bedingungen für weiteres langfristiges Wachstum und steigendes Steueraufkommen

wird insbesondere durch den Intermodalverkehr zwischen den Verkehrsträgern zu Wasser sowie auf Schienen und Straßen gefördert. Im Nord-Süd-Verkehr gewinnt Hamburg durch die Zunahme des Wirtschaftsaufkommens in Skandinavien und im Ostseeraum zunehmend an Bedeutung und trifft hier auf ein wachsendes wirtschaftliches Interesse.

Damit verfügt Hamburg über die idealen Voraussetzungen, die den Status als Handelsmetropole nachhaltig sichern werden. Im Zusammenspiel mit der guten Entwicklung im Dienstleistungssektor, in der Luftfahrt und in anderen innovativen Branchen verfügt Hamburg über beste Bedingungen für weiteres langfristiges Wachstum und ein steigendes Steueraufkommen.

Strategische Chancen

Hamburg begegnet den langfristigen, strukturellen und konjunkturabhängigen Risiken mit einer aktiven Wachstumspolitik im Rahmen des Leitbilds »Metropole Hamburg – Wachsende Stadt«. Ziele des 2002 beschlossenen Leitbilds sind unter anderem die stetige Zunahme der Hamburger Bevölkerung und ein im Vergleich überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum sowie die Entwicklung zur »lebenswerten Stadt« und zur Talentstadt. Auch im Jahr 2007 hat Hamburg seine Position als internationales und wettbewerbsfähiges Wirtschaftszentrum gefestigt und weiter ausgebaut. Selbst bei einer abgesenkten Konjunkturprognose für die kommenden Jahre sind die Stadt und ihre Wirtschaft im Wettbewerb gut aufgestellt. Zusätzliche Einwohner und der Zuzug von Familien und jungen Arbeitnehmern sind in signifikanten Größenordnungen messbar – die Stadt wächst.

Bevölkerungszunahme, Wirtschaftswachstum, »Lebenswerte Stadt«, Talentstadt

Prognosebericht

Auch in den Folgejahren steht der Konzern Hamburg vor großen Herausforderungen und muss sich externen wie internen Veränderungen stellen.

Bilanzrechtsmodernisierung

Am 21.05.2008 wurde der Regierungsentwurf zum Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) verabschiedet. Die parlamentarische Entscheidung wird Ende 2008 erwartet. Mit der größten Reform des Handelsrechts seit vielen Jahren verfolgt der Gesetzgeber das Ziel, das HGB-Bilanzrecht zu einer dauerhaften und im Verhältnis zu den internationalen Rechnungslegungsstandards vollwertigen, aber kostengünstigeren und einfacheren Alternative fortzuentwickeln.

Ausgehend vom Regierungsentwurf sind bilanzielle und erfolgswirksame Auswirkungen bereits für die Unternehmensplanungen und die Bilanzierung des Jahres 2009 zu erwarten. Diese betreffen z.B. die Bewertung von Rückstellungen, die Akti-

Auswirkungen aus BilMoG bereits 2009 zu erwarten

vierung immaterieller Vermögensgegenstände, die Behandlung vorhandener Aufwandsrückstellungen und den Ausweis latenter Steuern bei Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz.

Aus Konzernsicht sollten wirtschaftliche Grundannahmen und der Umgang mit Übergangsfristen einheitlich erfolgen. Entsprechende Vorgaben wurden von der Finanzbehörde erarbeitet und dem Beteiligungsmanagement der Fachbehörden zeitnah zur Verfügung gestellt.

Steuergesetzesänderungen

Für die Auswirkungen auf die Steuerbelastung der vom Konzernabschluss einbezogenen Organisationen lässt sich zurzeit keine genaue Aussage treffen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die im Unternehmensteuerreformgesetz 2008 enthaltenen Maßnahmen gegenläufige (Steuersatzsenkungen einerseits, Gegenfinanzierungsmaßnahmen andererseits) und höchst individuelle Auswirkungen entfalten. So ist z. B. nicht auszuschließen, dass einige Unternehmen der FHH trotz der deutlichen Steuersatzsenkungen im Ergebnis eine höhere absolute Steuerlast zu tragen haben werden, weil sie in besonderem Maße von der neu eingeführten Zinsschranke oder der Neuregelung der gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen betroffen sein werden, während andere ganz erheblich von der Steuersatzsenkung profitieren werden.

Ausblick

Wegen der andauernden Finanzmarktkrise und den sich hieraus ergebenden Risiken auf die Realwirtschaft wird ein gesichertes Urteil über die künftige Steuerentwicklung und damit der wichtigsten staatlichen Einnahmeposition zunehmend erschwert.

Für das Jahr 2008 und das Jahr 2009 erwarten Experten im Zuge der andauernden Finanzmarktkrise ein stark verlangsamtes Weltwirtschaftswachstum. So prognostiziert der IWF, dass die Weltwirtschaft, die im vergangenen Jahr um rd. 5% wuchs, deutlich an Schwung verlieren und in diesem Jahr nur noch 3,9% zulegen wird. Für das kommende Jahr werden lediglich 3,0% prognostiziert, das geringste Wachstum seit 2002.

Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Unternehmen investieren und schaffen neue Arbeitsplätze. Die Bundesregierung erwartet für das Jahr 2008 ein Wachstum des BIP um 1,7%. Im Jahr 2009 ist jedoch von einer Absenkung der Konjunkturprognose auszugehen. Nach Ansicht der Bundesregierung und zahlreicher Forschungsinstitute wird das BIP in Deutschland nur noch um 0,2% steigen. Diese Prognosen werden weiterhin kurzfristig zu aktualisieren sein.

Der nach wie vor hohe Abschreibungsbedarf in Bankbilanzen belastet Märkte und Unternehmen. Wegen des hohen Internationalisierungsgrades wirken sich die Entwicklungen auch belastend auf Hamburg aus, so z. B. auf die HSH Nordbank

Keine gesicherte Aussage zu Auswirkungen auf die Steuerbelastung der vom Konzernabschluss erfassten Betriebe

Erschwerte Abschätzung der Steuerentwicklung

Erwartung eines stark verlangsamten Weltwirtschaftswachstums 2008 und 2009 aufgrund der andauernden Finanzmarktkrise

Finanzmarktstabilisierungsgesetz

AG. Dem soll das von Bundestag und Bundesrat am 17.10.2008 verabschiedete Gesetz zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilisierungsgesetz) Rechnung tragen und einen nachhaltigen Beitrag zur Konsolidierung der Banken und Regeneration der Märkte liefern.

**Verantwortungsbewusste Finanzpolitik für
Hamburg als eine der attraktivsten Metropolen
Europas mit guter Wettbewerbsposition**

Hamburg hat alle Chancen, sich auch unter den Bedingungen eines abgeschwächten Wirtschaftsklimas zu behaupten. Die Stadt zählt zu den attraktivsten Metropolen Europas und ist im Wettbewerb der Regionen gut aufgestellt. Um die Risiken zu meistern, sind ein einheitlicher Politikansatz und das Zusammenwirken aller Ressorts erforderlich. Daraus leitet sich die verantwortungsbewusste Finanzpolitik ab, die Aufwands- und Ertragsseite in Einklang bringt. Dazu gehören ein Ausgleich zwischen der Stärkung der Wachstumskräfte und der notwendigen Konsolidierung des Haushalts, die Absenkung der Neuverschuldung auf null sowie die Beendigung des Substanzverzehrs.

Hamburg, im Oktober 2008

KONZERN- ABSCHLUSS 2007

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

Konzernbilanz	48
Konzern-Ergebnisrechnung	52
Konzern-Anlagenspiegel	54
Anhang zum Konzernabschluss	58
1 Allgemeine Angaben zum Konzernabschluss	58
2 Konsolidierung	61
3 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	67
4 Erläuterungen zur Bilanz 2007	69
5 Erläuterungen zur Ergebnisrechnung 2007	78
6 Sonstige Angaben	84
Beteiligungsübersicht 2007	138
Hinweis zur Erstellung des Jahres- und Konzernabschlusses	153

Summen und Zwischensummen können Rundungsdifferenzen aufweisen.

KONZERNBILANZ (AKTIVA)

PER 31. DEZEMBER 2007

AKTIVA	EB 01.01.2007 in Tsd. Euro	31.12.2007 in Tsd. Euro
A. ANLAGEVERMÖGEN	56.417.980	55.083.481
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5.776.756	5.483.758
1. Geleistete Investitionszuschüsse	2.388.486	2.226.726
2. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	75.510	60.524
3. Geschäfts- oder Firmenwerte	3.119.898	2.830.027
4. Geleistete Anzahlungen	192.862	366.481
II. Sachanlagen	45.705.947	45.730.245
1. Grundstücke und Bauten	36.366.022	35.977.566
2. Technische Anlagen und Maschinen	3.992.589	3.973.717
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	807.150	822.011
4. Kunstgegenstände, Denkmäler und museale Sammlungen	3.311.513	3.312.063
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.228.673	1.644.888
III. Finanzanlagen	4.935.277	3.869.478
1. Anteile an verbundenen nicht vollkonsolidierten Organisationen	347.376	406.328
2. Ausleihungen an verbundene nicht vollkonsolidierte Organisationen	9.901	6.783
3. Beteiligungen an assoziierten Organisationen	3.012.627	2.862.018
4. Sonstige Beteiligungen	1.160.867	153.610
5. Ausleihungen an assoziierte Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	37.834	33.508
6. Wertpapiere des Anlagevermögens	310.960	350.665
7. Sonstige Ausleihungen	55.712	56.566
B. UMLAUFVERMÖGEN	8.022.200	10.436.682
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	252.515	150.805
II. Vorräte	277.681	363.797
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	53.919	57.455
2. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	195.579	284.712
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	144	742
4. Geleistete Anzahlungen für Vorräte	28.039	20.888

AKTIVA	EB 01.01.2007 in Tsd. Euro	31.12.2007 in Tsd. Euro
III. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.719.670	7.688.038
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.513.543	5.221.630
2. Forderungen gegen verbundene nicht vollkonsolidierte Organisationen und gegen Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	146.310	226.454
3. Sonstige Vermögensgegenstände	1.007.351	2.230.624
4. Forderungen gegen Gesellschafter außerhalb des Konsolidierungskreises	52.466	9.330
IV. Wertpapiere des Umlaufvermögens	452.199	196
V. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.320.135	2.233.846
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	308.691	306.369
I. Disagio	26.516	24.709
II. Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten	282.175	281.660
D. AKTIVE STEUERABGRENZUNG	106	0
BILANZSUMME	64.748.977	65.826.532

KONZERNBILANZ (PASSIVA)

PER 31. DEZEMBER 2007

PASSIVA	EB 01. 01. 2007 in Tsd. Euro	31. 12. 2007 in Tsd. Euro
A. EIGENKAPITAL	2.700.083	3.772.747
I. Nettoposition	2.854.076	2.854.076
II. Allgemeine Rücklage (Gewinn- / Kapitalrücklage)	1.006.353	1.973.024
III. Zweckgebundene Rücklagen	5.070	34.870
IV. Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	- 315.487	- 193.088
V. Konzern-Bilanzergebnis	- 849.929	- 896.135
B. SONDERPOSTEN	2.202.103	2.060.997
I. Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.938.482	1.802.360
II. Sonderposten für Beiträge und Gebühren	242.717	229.836
III. Sonstige Sonderposten	20.904	28.801
C. RÜCKSTELLUNGEN	22.753.104	22.982.980
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	20.920.502	20.015.595
II. Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen	58.049	59.296
III. Sonstige Rückstellungen	1.774.553	2.908.089

PASSIVA	EB 01.01.2007 in Tsd. Euro	31.12.2007 in Tsd. Euro
D. VERBINDLICHKEITEN	36.989.038	36.911.611
I. Anleihen und Obligationen	7.581.509	7.342.529
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	25.143.946	24.424.820
III. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	720.205	811.041
IV. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.487.033	1.766.016
V. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen nicht vollkonsolidierten Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	46.109	273.244
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	1.616.181	1.894.076
VII. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	394.055	399.885
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	104.649	98.197
BILANZSUMME	64.748.977	65.826.532

KONZERN-ERGEBNISRECHNUNG 2007

	2007 in Tsd. Euro
1. Steuererträge und steuerähnliche Erträge	8.474.139
2. Erträge aus Transferleistungen	811.835
3. Erträge aus Betriebsmittelzuschüssen	3.683
4. Umsatzerlöse	3.311.693
5. Gebühren und ähnliche Erträge	960.224
6. Aktivierte Eigenleistungen	42.133
7. Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	33.152
8. Erträge aus Mieten und Pachten	175.475
9. Sonstige Erträge	5.085.073
a) Erträge aus Anlagenabgang	1.097.649
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2.817.852
c) Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse	193.811
d) Übrige sonstige Erträge	975.761
10. Materialaufwendungen	1.207.014
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	424.399
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	782.615
11. Personalaufwendungen	6.086.090
a) Löhne, Gehälter und Bezüge	3.256.681
b) Sozial- und Versorgungsleistungen für Altersversorgung	1.221.531
c) Sonstige Sozial- und Versorgungsleistungen	1.607.878
12. Aufwendungen für Transferleistungen	3.434.617
13. Aufwendungen für Betriebsmittelzuschüsse	117.406
14. Aufwendungen für den Länderfinanzausgleich	367.249
15. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.274.074
16. Aufwendungen aus Mieten und Pachten	698.692

	2007 in Tsd. Euro
17. Sonstige Aufwendungen	3.684.153
a) Aufwendungen aus Anlagenabgang	201.805
b) Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeiten	422.621
c) Aufwendungen aus der Zuführung zum Sonderposten für Investitionszuschüsse	20.711
d) Übrige sonstige Aufwendungen	3.039.016
18. ERGEBNIS DER LAUFENDEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	2.028.112
19. Ergebnis aus Beteiligungen	295.010
20. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	4.914
21. Zinsen und ähnliche Erträge	166.135
22. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	289.262
23. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.323.916
24. FINANZERGEBNIS	-1.147.119
25. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	880.993
26. Außerordentliche Erträge	36.632
27. Außerordentliche Aufwendungen	7.166
28. AUSSERORDENTLICHES ERGEBNIS	29.466
29. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	95.333
30. Sonstige Steuern	17.590
31. JAHRESÜBERSCHUSS	797.536
32. Verlustvortrag aus Vorjahren	861.954
33. Einstellungen in Rücklagen	792.699
34. Anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn	40.760
35. Auf andere Gesellschafter entfallender Verlust	1.742
36. KONZERN-BILANZERGEBNIS	-896.135

KONZERN-ANLAGENSPIEGEL

PER 31. DEZEMBER 2007

ANSCHAFFUNGSKOSTEN							
	01.01.2007	Änderungen des	Zugänge	Zuschreibungen	Umbuchungen/ Umgliederungen	Abgänge	31.12.2007
	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro
I. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. Geleistete Investitionszuschüsse	6.130.125	0	197.255	457	-86.074	12.085	6.229.678
2. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	287.199	340	13.282	27	3.219	13.064	291.004
3. Geschäfts- oder Firmenwert	3.284.103	0	3.245	0	0	142.996	3.144.352
4. Geleistete Anzahlungen	192.862	0	169.743	0	3.880	0	366.484
	9.894.289	340	383.525	484	-78.975	168.145	10.031.518
II. Sachanlagen							
1. Grundstücke und Bauten	50.346.447	25	179.576	44.116	205.211	499.377	50.275.999
2. Technische Anlagen und Maschinen	6.451.739	522	131.070	0	128.624	107.321	6.604.634
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.993.230	12.497	149.380	1.447	14.074	217.156	2.953.473
4. Kunstgegenstände, Denkmäler und museale Sammlungen	3.311.569	0	26	614	0	70	3.312.139
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.232.119	566	886.826	0	-444.322	30.049	1.645.141
	64.335.104	13.610	1.346.878	46.177	-96.413	853.973	64.791.386

WERTBERICHTIGUNGEN							RESTBUCHWERTE		
01.01.2007	Änderungen des Konsolidierungs- kreises	Zugänge	Zuschreibungen	Umbuchungen/ Umgliederungen	Abgänge	31.12.2007	EB 01.01.2007	31.12.2007	
in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	
3.741.639	0	261.528	4	11	230	4.002.952	2.388.486	2.226.726	
211.689	0	31.537	0	-1	12.746	230.480	75.510	60.524	
164.205	0	164.316	0	0	14.197	314.324	3.119.898	2.830.027	
0	0	0	0	4	0	4	192.862	366.481	
4.117.533	0	457.381	4	14	27.173	4.547.760	5.776.756	5.483.758	
13.980.425	0	486.293	-1.449	-12.197	154.640	14.298.433	36.366.022	35.977.566	
2.459.150	0	195.396	0	16.440	40.069	2.630.917	3.992.589	3.973.717	
2.186.080	0	134.646	581	-1.061	188.785	2.131.461	807.150	822.011	
56	0	22	0	0	2	76	3.311.513	3.312.063	
3.447	0	335	0	-3.196	333	252	1.228.673	1.644.888	
18.629.158	0	816.692	-868	-14	383.829	19.061.139	45.705.947	45.730.245	

KONZERN-ANLAGENSPIEGEL (Fs.)

PER 31. DEZEMBER 2007

ANSCHAFFUNGSKOSTEN							
	01.01.2007	Änderungen des	Zugänge	Zuschreibungen	Umbuchungen/ Umgliederungen	Abgänge	31.12.2007
	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro
III. Finanzanlagen							
1. Anteile an verbundenen nicht vollkonsolidierten Organisationen	356.200	7	68.526	0	-8.807	2.313	413.613
2. Ausleihungen an verbundene nicht vollkonsolidierte Organisationen	9.951	0	502	0	0	620	9.833
3. Beteiligungen an assoziierten Organisationen	3.012.627	-5.123	585.211	0	0	475.642	3.117.074
4. Sonstige Beteiligungen	1.161.504	0	155.495	0	-278	1.140.773	175.949
5. Ausleihungen an assoziierte Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	37.957	0	650	0	0	5.054	33.553
6. Wertpapiere des Anlagevermögens	311.520	0	47.628	0	0	7.922	351.226
7. Sonstige Ausleihungen	55.712	45	1.565	0	39	795	56.566
	4.945.471	-5.071	859.577	0	-9.046	1.633.119	4.157.814
ANLAGEVERMÖGEN INSGESAMT	79.174.864	8.879	2.589.980	46.661	-184.434	2.655.237	78.980.718

WERTBERICHTIGUNGEN							RESTBUCHWERTE		
01.01.2007	Änderungen des Konsolidierungs- kreises	Zugänge	Zuschreibungen	Umbuchungen/ Umgliederungen	Abgänge	31.12.2007	EB 01.01.2007	31.12.2007	
in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	
8.825	0	400	0	0	1.940	7.285	347.376	406.328	
50	0	3.000	0	0	0	3.050	9.901	6.783	
0	0	255.055	0	0	0	255.055	3.012.627	2.862.018	
637	0	22.052	0	0	350	22.339	1.160.867	153.610	
123	0	0	0	0	78	45	37.834	33.508	
560	0	49	-34	0	14	562	310.960	350.665	
0	0	0	0	0	0	0	55.712	56.566	
10.195	0	280.556	-34	0	2.382	288.336	4.935.277	3.869.478	
22.756.886	0	1.554.629	-898	0	413.384	23.897.235	56.417.980	55.083.481	

ANHANG ZUM KONZERNABSCHLUSS PER 31. DEZEMBER 2007

1 Allgemeine Angaben zum Konzernabschluss

Die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) legt hiermit die Konzernöffnungsbilanz per 01.01.2007 und den ersten Konzernabschluss per 31.12.2007 vor. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr. Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte in sinngemäßer Anwendung der Regelungen des deutschen Handelsrechts sowie nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung (GoB).

Ein verbindlicher Standard für das Konzernrechnungswesen im öffentlichen Bereich liegt derzeit noch nicht vor. Die Bilanzierung und Bewertung orientiert sich daher an den anerkannten Standards kaufmännischer Buchführung. Hierzu gehören neben dem Handelsgesetzbuch (HGB) die zurzeit im Bund-Länder-Arbeitskreis »Kosten-Leistungsrechnung/Doppik« der Finanzministerkonferenz entwickelten Standards für die staatliche doppelte Buchführung und Konzernrechnungslegung auf staatlicher Ebene. Die Vorschriften des HGB sind zurzeit auch für die Mehrzahl der Beteiligungsunternehmen/-organisationen der FHH maßgeblich.

Durch die Ausgliederung von Aufgaben der Gebietskörperschaft auf zum Teil rechtlich selbstständige Organisationen werden einerseits mehr Flexibilität, Effizienz und Wirtschaftlichkeit erreicht. Andererseits werden jedoch z.B. die Verbindlichkeiten ausgelagerter Aufgabenbereiche im kameraleen Haushalt bisher nicht dargestellt. Das zentrale Ziel des Konzernrechnungswesens im staatlichen Bereich ist es daher, eine transparente Darstellung über das Gesamtvermögen und die Gesamtverbindlichkeiten (Verbindlichkeiten und Rückstellungen) sowie den gesamten Ressourcenverbrauch auf konsolidierter Basis über den gesamten Bereich der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung des »Konzerns« Hamburg zu erlangen. Diese Darstellung macht die Einbeziehung aller Bereiche, die mit der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben der FHH betraut sind, unabhängig von ihrer Rechts- oder Organisationsform, in der die Aufgabenwahrnehmung erfolgt (Kernverwaltung, privatrechtliche Tochterorganisationen etc.), notwendig.

Der Konzernabschluss Hamburgs wird für den Konsolidierungskreis aufgestellt. Dieser umfasst neben der Kernverwaltung die wirtschaftlich selbstständigen Tochterorganisationen und assoziierte Beteiligungen der FHH. Konzernmutter und zentrale Organisationseinheit ist die Kernverwaltung der FHH. Der Jahresabschluss der Kernverwaltung und die für diesen Abschluss definierten Ansatz-, Bewertungs- und Darstellungsgrundsätze bilden den Ausgangspunkt für die erweiterte Konzerngesamtdarstellung. Die zum Teil auf Basis abweichender Bewertungs- und Darstellungsgrundsätze entstandenen Einzelabschlüsse der Konzerntöchter (mit unterschiedlichen Organisations- und Rechtsformen) müssen im Sinne der Standards des staatlichen Jahresabschlusses umgeformt und anschließend zu einer Gesamtsicht zusammengeführt werden.

Der Konzernabschluss stellt keine bloße Addition der Daten der einbezogenen Konzerneinheiten dar, sondern fasst die Rechnungswesendaten unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den einzelnen rechtlich selbstständigen Einheiten zur Konzernsicht zusammen. Für die Konzernöffnungsbilanz und den ersten Konzernabschluss wurde gemäß den Standards für die staatliche Doppik festgelegt, dass zunächst nicht alle Bewertungs- und Bilanzierungsmaßstäbe im Konzern vollständig nach den Grundsätzen des Jahresabschlusses der Kernverwaltung vereinheitlicht werden. In einer Übergangszeit werden die Ansatz-, Bewertungs- und Darstellungsgrundsätze im Konzernverbund harmonisiert.

Die Besonderheiten der Bewertungs- und Bilanzierungsmethoden für den staatlichen Konzernabschluss sind in der Konzernrichtlinie der FHH detailliert festgelegt und erläutert worden. Abweichungen gegenüber dem HGB werden im Abschnitt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden näher erläutert.

Der Konzernabschluss der FHH besteht aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Anhang und Lagebericht. Eine konsolidierte Kapitalflussrechnung und eine Darstellung nach Segmenten wurden nicht erstellt.

Um die Klarheit der Darstellung in der Ergebnisrechnung sowie in der Bilanz zu verbessern, werden einzelne Posten zusammengefasst. Diese Posten werden im Anhang gesondert ausgewiesen und erläutert. Leerposten werden nicht ausgewiesen.

Die Bilanz orientiert sich am Gliederungsschema nach § 266 HGB, ist aber an die spezifischen Besonderheiten staatlichen Handelns angepasst (im Sinne des § 265 Abs. 1 und 5 HGB). Die Ergebnisrechnung wird entsprechend § 275 Abs. 2 HGB nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Mit dem Begriff »Ergebnisrechnung« statt »Gewinn- und Verlustrechnung« wird berücksichtigt, dass bei einer Gebietskörperschaft keine Gewinnerzielungsabsicht besteht, sondern öffentliche Aufgaben zum Wohl der Allgemeinheit wahrgenommen werden. Insofern wird mit dem Abschluss über das Ergebnis des Wirtschaftens der öffentlichen Gebietskörperschaft Hamburg in 2007 berichtet. Für Sachverhalte von untergeordneter Bedeutung gelten vereinfachte Verfahren und Wertgrenzen zur Ermittlung der Bilanzansätze.

Der Konzernabschluss der FHH erfolgt wie auch der kaufmännische Jahresab-

schluss für die Kernverwaltung der Stadt freiwillig und zusätzlich zur kameralen Rechnungslegung. Die Aufstellung des Konzernabschlusses durch die FHH entfaltet keine steuerlichen Wirkungen für die Tochterorganisationen, die bereits einen Konzernabschluss aufstellen. Insbesondere werden sie nicht von der Pflicht entbunden, ihrerseits einen befreienden Konzernabschluss aufzustellen.

Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und der Grundsatz der Wesentlichkeit in Anlehnung an das HGB sind berücksichtigt. Die GoB entsprechen den Anforderungen, die an die Buchführung einer öffentlichen Gebietskörperschaft mit einem führenden kameralen Buchungssystem zu stellen sind.

Der Konzernabschluss wird in Euro aufgestellt. Sofern nichts anderes angegeben ist, werden sämtliche Werte auf Millionen Euro (Mio. Euro) gerundet.

2 Konsolidierung

2.1 Konsolidierungskreis

Der für die Konzernrechnungslegung verwendete Konsolidierungskreis umfasst den Bilanzierungskreis der Kernverwaltung (Kernbilanzierungskreis), d.h. die wirtschaftliche Einheit der FHH dargestellt im Jahresabschluss der Kernverwaltung und die wirtschaftlich verselbstständigten Einheiten der FHH (hier als Tochterorganisationen, andere Beteiligungen und Anteile bezeichnet).

Konzernstruktur der FHH

KONZERN FREIE UND HANSESTADT HAMBURG			
KERNBILANZIERUNGSKREIS		TOCHTERORGANISATIONEN, ANDERE BETEILIGUNGEN UND ANTEILE	
Behörden und Ämter <ul style="list-style-type: none"> ▪ Fachbehörden ▪ Senatsämter ▪ Bezirksämter 	Sonderbereiche <ul style="list-style-type: none"> ▪ Selbstbewirtschaftungsfonds ▪ Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO 	Öffentlich-rechtliche Organisationseinheiten <ul style="list-style-type: none"> ▪ Landeseinrichtungen nach § 15 LHO ▪ Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO ▪ Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO (allgemeine Sondervermögen und Rücklagen) ▪ Körperschaften des öffentlichen Rechts ▪ Anstalten des öffentlichen Rechts ▪ Stiftungen des öffentlichen Rechts 	Privatrechtliche Organisationseinheiten <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kapitalgesellschaften ▪ Personengesellschaften

Da auch Landesbetriebe, Landeseinrichtungen, öffentlich-rechtliche Stiftungen, Anstalten des öffentlichen Rechts, Körperschaften des öffentlichen Rechts und Sondervermögen, die keine Unternehmen sind, in den Konzernabschluss einbezogen werden, wird nicht von verbundenen »Unternehmen«, sondern von »Organisationen« gesprochen.

Dem *Kernbilanzierungskreis* (KBK) werden diejenigen Organisationsbereiche zugeordnet, die mit der FHH verbunden sind, aber

- wirtschaftlich unselbstständig sind,
- über kein eigenständiges kaufmännisches Rechnungswesen oder
- über keine selbstständig entscheidungsbefugte Leitung verfügen.

Zur weiteren Information wird auf den Anhang zum Jahresabschluss der Kernverwaltung (Abschnitt 3.5) verwiesen.

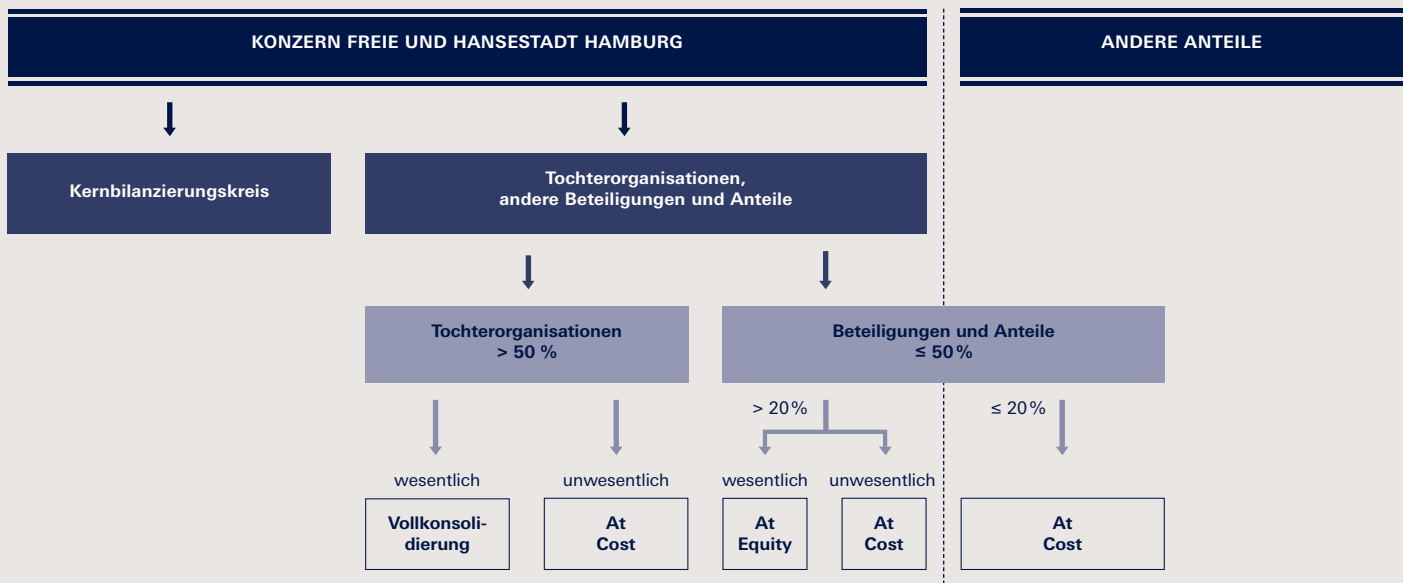
Tochterorganisationen gehören nicht zum KBK, dienen aber dauerhaft den Zielen der FHH. Außerdem besteht ein beherrschender Einfluss, da der FHH als Gesellschafterin die Mehrheit der Stimmrechte zusteht. Die durchgerechnete Beteiligungsquote beträgt regelmäßig über 50 %.

In Abgrenzung zum KBK sind die Tochterorganisationen und die anderen Beteiligungen mit der FHH verbundene, wirtschaftlich eigenständig operierende Organisationseinheiten. Einige Einheiten wie die Hochschulen werden in Abhängigkeit vom Grad der Umstellung von der Kameralistik zur Doppik einbezogen, sofern die Qualität der kaufmännischen Daten dies zulässt.

Die Bilanzsumme der noch führend kameral buchenden Organisationen, die aufgrund der kameralen Ausrichtung ihres Rechnungswesens 2007 nicht vollkonsolidiert wurden, betrug ca. 577 Mio. Euro.

Beteiligungen im Sinne von Gemeinschaftsorganisationen und assoziierten Organisationen sind Konzerneinheiten, auf die die FHH einen maßgeblichen, aber keinen beherrschenden Einfluss ausüben kann. Das Kriterium dafür ist regelmäßig ein durchgerechneter Anteil von 20 % bis 50 %. Beteiligungen im Sinne von Gemeinschaftsorganisationen werden im Konzernabschluss der FHH nicht gesondert, sondern analog zu Beteiligungen an assoziierten Organisationen behandelt.

Grafische Darstellung der Einbeziehungsarten



Organisationen, die außerhalb des Konzerns stehen und an denen die FHH durchgerechnet bis zu 20 % der Anteile hält, werden unter Andere Anteile berücksichtigt. Sie werden entsprechend der Ziele des Engagements der Stadt entweder im Anlage- oder Umlaufvermögen ausgewiesen.

In den Konzernabschluss 2007 sind unter Berücksichtigung von Einbeziehungswahlrechten 390 Tochterorganisationen, andere Beteiligungen und Anteile einbezogen worden. Von den 390 Beteiligungen und Anteilen sind 98 im direkten Anteilsbesitz der FHH. 70 Töchter wurden vollkonsolidiert. Der Konsolidierungskreis wurde auf Basis der Vorjahresabschlüsse unter Berücksichtigung von Wesentlichkeitsgrenzen definiert. Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer sowie die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) wurden in 2007 neu in den Konsolidierungskreis aufgenommen.

Zur Eröffnungsbilanz wurden zwölf Organisationen at equity einbezogen. Hier von sind drei im Jahr 2007 aus dem Konsolidierungskreis ausgeschieden: die Elbe Werkstätten GmbH, die Hamburger Werkstatt GmbH und der Landesbetrieb Winterhuder Werkstätten. Der Landesbetrieb Winterhuder Werkstätten wurde in die Winterhuder Werkstätten GmbH eingebracht, welche neben der Pier Pro Integration Entwicklung und Rehabilitation Holding GmbH 2007 erstmalig at equity einbezogen wurde.

Per 31.12.2007 wurden somit elf Tochterorganisationen at equity konsolidiert. Die Aufstellung des Anteilbesitzes sowie Details zur Einbeziehung der Tochterorganisationen per 31.12.2007 (§§ 287, 313 Abs. 4 HGB) ergeben sich aus der Beteiligungsübersicht. In der Beteiligungsübersicht sind 331 von 390 Beteiligungen aufgeführt. Nicht genannt sind die indirekten Beteiligungen, an denen Hamburg bis zu 20 % hält.

2.2 Konsolidierungsgrundsätze und -methoden

Für den Konzernabschluss der FHH wurden keine Teilkonzernabschlüsse in die Konsolidierung einbezogen. Gründe dafür sind:

- Eine eindeutige Zuordnung der Tochterorganisationen zu den einzelnen Fachbehörden und Ämtern ist derzeit aus systemtechnischen Gründen nicht möglich (z. B. sind Töchter der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH unterschiedlichen Fachbehörden zuzuordnen).
- Für die Zwecke des Konzernabschlusses der FHH liegen die Teilkonzernabschlüsse in der Regel zu spät vor.
- Die Teilkonzernabschlüsse basieren auf unterschiedlichen Erstkonsolidierungszeitpunkten.

Tochterorganisationen

Verbundene Organisationen wurden grundsätzlich vollkonsolidiert. Wurden Konsolidierungswahlrechte ausgeübt, erfolgte eine Einbeziehung at cost (zu Anschaffungskosten).

Organisationen wurden vollkonsolidiert, wenn der Jahresabschluss, der für die Definition des Konsolidierungskreises herangezogen wurde, entweder einen Umsatz größer 15 Mio. Euro oder eine Bilanzsumme größer 20 Mio. Euro auswies. Ausnahmen von dieser Regel waren:

- Einheiten, die sich in der Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik befinden. Sie wurden nur einbezogen, sofern die Qualität der kaufmännischen Daten dies zuließ.
- Ausländische Organisationen wurden im ersten Konzernabschluss nicht einbezogen.
- Tochterorganisationen, deren Mütter als verbunden, jedoch unwesentlich gelten, wurden generell at cost einbezogen.
- Tochterorganisationen, die bei einer direkten Mutter als at Equity- oder at Cost-Gesellschaft einbezogen werden. Diese wurden im Abschluss der FHH generell at cost einbezogen.

Beteiligungen im Sinne von assoziierten Organisationen

Wird eine Beteiligung nicht gemeinschaftlich geführt, besteht aber dennoch ein Einfluss auf die Geschäfts- und Finanzpolitik der Organisation, handelt es sich um eine assoziierte Organisation. Diese wurden nach der Equity-Methode einbezogen, wenn nicht Grundsätze der Wesentlichkeit und Wirtschaftlichkeit dem entgegenstanden. In diesen Fällen wurden sie zu Anschaffungskosten bzw. at cost bewertet.

Sonstige Beteiligungen

Lag kein maßgeblicher Einfluss vor, wurde die Beteiligung zu fortgeführten Anschaffungskosten (at cost) bewertet.

Bestimmung des Erstkonsolidierungszeitpunktes

Als »Zeitpunkt des Erwerbs« wird bilanzrechtlich grundsätzlich der Zeitpunkt angesehen, zu dem das wirtschaftliche Eigentum an den Anteilen auf die FHH übergegangen ist. Dieser Zeitpunkt liegt regelhaft mehrere Jahre, unter Umständen Dekaden zurück. Die Erfassung und Prüfung dieser Daten war daher nicht möglich.

Die zu konsolidierenden Finanzanlagen im Einzelabschluss der FHH wurden zum Zeitpunkt der erstmaligen Aufstellung des Konzernabschlusses der FHH neu bewertet, so dass keine Unterschiedsbeträge aus der erstmaligen Kapitalkonsolidierung auftraten. Als Erstkonsolidierungszeitpunkt wurde der 01.01.2006 festgelegt.

Die erstmalige Erstellung des Konzernabschlusses erfolgte auf den 31.12.2007.

Kapitalkonsolidierung

Bei der Kapitalkonsolidierung wurde die Buchwertmethode angewendet. Dabei wurden die Beteiligungsbuchwerte der in den Konzernabschluss der FHH einbezogenen Tochterorganisationen gegen das anteilige Eigenkapital verrechnet. Die Vermögensgegenstände und Schulden wurden zu Buchwerten übernommen. Verbleibende Unterschiedsbeträge wurden im Rahmen der Konsolidierungsrechnung auf ihre Ursachen hin untersucht.

Equity-Konsolidierung

Mit der Equity-Konsolidierung werden Beteiligungen im Konzernabschluss abgebildet, auf die lediglich ein maßgeblicher Einfluss besteht. Im Unterschied zur Vollkonsolidierung werden keine einzelnen Vermögensgegenstände, Schulden, Erträge und Aufwendungen in den Konzernabschluss übernommen.

Die Equity-Methode ist dadurch charakterisiert, dass der Wertansatz der Beteiligung, ausgehend von den historischen Anschaffungskosten, in den Folgejahren entsprechend der Entwicklung des anteiligen bilanziellen Eigenkapitals fortgeschrieben wird. Entstehende Unterschiedsbeträge zwischen den Anschaffungskosten der Beteiligung und dem hierauf anteilig entfallenden Eigenkapital der Tochterorganisation werden dagegen wie bei der Vollkonsolidierung auch bei der Equity-Methode ermittelt. Die Erstkonsolidierung der at equity einbezogenen Organisationen erfolgte zum 01.01.2006 nach der Buchwertmethode.

Schuldenkonsolidierung

Da eine Organisation keine Forderungen und Verbindlichkeiten gegen sich selbst ausweisen kann, werden im Sinne der Einheitstheorie konzerninterne Forderungen, Rückstellungen und Verbindlichkeiten eliminiert.

Unechte Aufrechnungsdifferenzen entstehen aus Sicht des Konzerns aufgrund von buchungstechnischen Unterschieden. Mögliche Ursachen sind z.B. Überweisungslaufzeiten oder Warensendungen, die am Abschlussstichtag noch nicht eingegangen sind und somit in den Bilanzen der Geschäftspartner unterschiedlich behandelt wurden.

Echte Aufrechnungsdifferenzen entstehen durch die ungleiche Behandlung von Schuldbeziehungen bei den beteiligten Geschäftspartnern aufgrund des Realisations- und Imparitätsprinzips des HGB, z.B. wenn eine Tochterorganisation Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber einer anderen Tochterorganisation einbuht oder eine Forderung abschreibt, die bei dem Geschäftspartner weiterhin als Verbindlichkeit in der Bilanz bestehen bleibt.

Stichtagsbedingte Aufrechnungsdifferenzen können entstehen, wenn Tochterorganisationen mit abweichendem Abschlussstichtag einbezogen werden, ohne dass ein Zwischenabschluss aufgestellt wird und zwischen den Stichtagen eine Schuldbeziehung entsteht oder beglichen wird.

Im Konzern der FHH wurden Positionen mit einem Volumen von über 1 Mio. Euro pro Bilanzseite und Partner untereinander abgestimmt.

Bei Differenzen

- wurden Sachverhalte aus den Intercompany-Abstimmungen gemäß den Erklärungen beider Partner gebucht (geklärte Differenzen aus Sachverhalten über 1 Mio. Euro mit einem Differenzvolumen von mehr als 250.000 Euro).
- aus der Schuldenkonsolidierung zwischen Tochterorganisationen sowie dem KBK und Tochterorganisationen wurde ergebniswirksam (mit Auswirkung auf das Eigenkapital) gebucht.

Zum 31.12.2007 wurden Eliminierungen i.H.v. 4.556 Mio. Euro vorgenommen.

In 2007 ergaben sich saldierte Aufrechnungsdifferenzen i.H.v. insgesamt 22 Mio. Euro, die in voller Höhe ergebniswirksam als Ertrag erfasst wurden (siehe Erläuterungen unter sonstige Erträge).

Aufwands- und Ertragskonsolidierung

Die Aufwands- und Ertragskonsolidierung hat das Ziel, eine aggregierte Ergebnisrechnung des Konzerns zu ermitteln. Transaktionen zwischen den Konzerngesellschaften sind aus Konzernsicht Innenlieferungen, die im Konzernabschluss nicht abgebildet werden dürfen. Sie wurden analog zu § 305 HGB miteinander verrechnet, soweit sie nicht als Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen oder als andere aktivierte Eigenleistungen ausgewiesen wurden.

Differenzen aus der Aufwands- und Ertragseliminierung wurden ergebniswirksam behandelt, sofern die Beziehung zwei Tochterorganisationen betraf. Handelte es sich um einen Geschäftsvorfall zwischen dem KBK und einer Tochterorganisation, wurde im KBK der Differenzbetrag aus Aufwendungen bzw. Erträgen gegenüber Dritten auf die entsprechende Tochterorganisation umgebucht.

Im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung wurden konzerninterne Lieferungs- und Leistungsbeziehungen i.H.v. 1.798 Mio. Euro eliminiert.

Bei der Aufwands- und Ertragskonsolidierung wurden saldierte Differenzen i.H.v. 5 Mio. Euro als Ertrag ausgebucht.

Zwischenergebniseliminierung

Eine Zwischenergebniseliminierung per 31.12.2007 wurde nicht durchgeführt.

3 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

3.1 Konzernbilanz und Ergebnisrechnung

Für die Konzernöffnungsbilanz und den ersten Konzernabschluss wurde gemäß den Standards für die staatliche Doppik festgelegt, dass eine Vereinheitlichung aller bedeutenden Bewertungs- und Bilanzierungsmethoden nach den Regelungen des staatlichen Einzelabschlusses im Konzern FHH in einem gestuften Prozess angestrebt wird. In der ersten Stufe wurden daher Vereinfachungsregeln für die Vereinheitlichung der Maßstäbe sowie die Ausübung von Bilanzierungswahlrechten angewendet.

Dem Konzernabschluss 2007 lagen folgende wesentliche Festlegungen zugrunde:

- Auf Vorgaben zur Vereinheitlichung der Abschreibungsmethoden und der Nutzungsdauern wurde verzichtet.
- Die im Konzernabschluss ausgewiesenen Geschäfts- und Firmenwerte aus der Kapitalkonsolidierung werden linear über eine Nutzungsdauer von 20 Jahren abgeschrieben.
- Vorgaben zur Bildung latenter Steuern aus der Konsolidierung wurden nicht berücksichtigt, da die FHH als Gebietskörperschaft keiner Steuerpflicht unterliegt.
- Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses wurden zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung die nicht mehr ansetzbaren steuerlichen Sonderposten (§ 6b EStG) unverändert beibehalten. Eine Zuführung in die Gewinnrücklagen unter Berücksichtigung passiver latenter Steuern erfolgte nicht. Die im Berichtsjahr auf der Ebene der einbezogenen Unternehmen gebildeten bzw. aufgelösten Sonderposten wurden unverändert in den Konzernabschluss übernommen.

Das gewählte Verfahren zu den Bewertungs- und Bilanzierungsmethoden dient dem Ziel, mit vertretbarem zeitlichen Aufwand einen Konzernabschluss vorzulegen, der Transparenz über die tatsächliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der gesamten öffentlichen Gebietskörperschaft herstellt. Die am Grundsatz der Wesentlichkeit orientierte Verfahrensweise steht einer realistischen Darstellung der Lage nicht entgegen, da alle wesentlichen Geschäftsvorfälle berücksichtigt wurden.

Im Konzern FHH wurden von den einbezogenen Tochterorganisationen im Geschäftsjahr grundsätzlich folgende wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgte zu Anschaffungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer.

Das Sachanlagevermögen ist zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet worden.

Dem Werteverzehr des abnutzbaren Anlagevermögens wurde durch planmäßige Abschreibungen nach Maßgabe der steuerlichen Abschreibungstabellen Rechnung getragen.

Die Anteile an verbundenen Organisationen, Beteiligungen und Wertpapiere des Anlagevermögens wurden zu den Anschaffungskosten bewertet. Soweit steuerlich zulässig bzw. soweit ihnen ein geringerer Wert beizumessen war, wurden gebotene Abschreibungen vorgenommen. Das Wertaufholungsgebot wurde beachtet.

Ausleihungen wurden mit dem Nennwert bilanziert bzw., soweit erforderlich, auf den Bilanzstichtag abgezinst.

Zum Verkauf bestimmte Grundstücke wurden mit den Anschaffungskosten bewertet.

Die Vorräte wurden zu fortgeschriebenen, durchschnittlichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten, höchstens jedoch zu den am Bilanzstichtag niedrigeren Tageswerten angesetzt. In die Herstellungskosten der Unfertigen und Fertigen Leistungen sind neben den direkt zurechenbaren Kosten anteilige Gemeinkosten einbezogen worden.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und die Sonstigen Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert angesetzt und, soweit erforderlich, abgezinst. Erkennbaren Risiken wurde durch Einzel- und Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen.

Investive Zuschüsse und Zuschüsse von Dritten wurden grundsätzlich als Sonderposten ausgewiesen. Bis 2002 empfangene Zuschüsse (insbesondere Baukostenzuschüsse) werden über einen Zeitraum von 20 Jahren, die seit 2003 empfangenen Zuschüsse mit den Abschreibungssätzen der dazugehörigen Anlagen erfolgswirksam aufgelöst.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach dem Teilwertverfahren unter Beachtung der steuerlichen Vorschriften und allgemein anerkannter Richttafeln (Generationensterbetafeln 2005 G nach Heubeck) berechnet. Die notwendigen Rückstellungsbedarfe wurden im Konzern grundsätzlich unter Verwendung eines Rechnungszinsfußes von 6 % ermittelt.

Für sogenannte Altzusagen gem. Art. 28 Abs. 1 EGHGB, die vor dem 01.01.1987 erteilt wurden, sind Verpflichtungen von insgesamt 113 Mio. Euro nicht passiviert worden.

Die Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen und die Sonstigen Rückstellungen wurden in Höhe der Beträge angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig waren.

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag ausgewiesen.

Forderungen und Verbindlichkeiten in fremder Währung wurden mit dem jeweiligen Tageskurs des Geschäftsvorfalles unter Berücksichtigung von Änderungen aus Kursabweichungen zum Bilanzstichtag bewertet.

Wegen der Besonderheiten der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Jahresabschluss der Kernverwaltung wird auf den Anhang zum Einzelabschluss der FHH verwiesen (Abschnitt 2).

3.2 Weitere Festlegungen

Die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Organisationen wurden auf den Stichtag 31.12. erstellt.

Bei Tochterorganisationen mit abweichendem Abschlussstichtag wurde auf die Aufstellung eines Zwischenabschlusses verzichtet. Grundlage für die Konsolidierung war der letzte Jahresabschluss der Tochterorganisation. Als einzige vollkonsolidierte Tochterorganisation wick die Hamburger Staatsoper mit Abschlussstichtag 31.07. ab. Vorgänge von besonderer Bedeutung zwischen den unterschiedlichen Abschlussstichtagen wurden von der Staatsoper nicht gemeldet.

Für die Bewertung von Beteiligungen des Konzerns an assoziierten Organisationen nach der Equity-Methode wurde der jeweils letzte Jahresabschluss der assoziierten Organisationen zugrunde gelegt.

4 Erläuterungen zur Bilanz 2007

4.1 Allgemeine Hinweise zum Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens im Berichtsjahr 2007 ist im Konzern-Anlagenspiegel dargestellt.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen stellten die Geschäfts- oder Firmenwerte mit 2.830 Mio. Euro (Eröffnungsbilanzwert = EB 3.120 Mio. Euro) den größten Posten dar. Als weiterer wesentlicher Posten folgten mit 2.227 Mio. Euro (EB 2.388 Mio. Euro) die geleisteten Investitionszuschüsse. Die geleisteten Anzahlungen i.H.v. 366 Mio. Euro (EB 193 Mio. Euro) beinhalteten hauptsächlich noch nicht zugeordnete Investitionszuschüsse. Die sonstigen immateriellen Vermögensgegenstände i.H.v. 61 Mio. Euro (EB 76 Mio. Euro) umfassten unter anderem Lizenzen und DV-Software. Das Gesamtvolumen i.H.v. 5.484 Mio. Euro (EB 5.777 Mio. Euro) resultierte mit 4.596 Mio. Euro (EB 4.763 Mio. Euro) aus dem KBK. Die Differenz zum Abschluss des KBK ergab sich aus Konzernanpassungsbuchungen.

Sachanlagen

Die Grundstücke und Bauten bildeten mit 35.978 Mio. Euro (EB 36.366 Mio. Euro) die größte Position im Sachanlagevermögen. Kunstgegenstände, Denkmäler und museale Sammlungen von 3.312 Mio. Euro (EB 3.312 Mio. Euro) wurden im KBK bilanziert.

Finanzanlagen

Die Finanzanlagen hatten ein Volumen von 3.869 Mio. Euro (EB 4.935 Mio. Euro).

Den mit 2.862 Mio. Euro (EB 3.013 Mio. Euro) größten Posten bildeten die Beteiligungen an assoziierten Organisationen. Die größte Veränderung im Geschäftsjahr 2007 resultierte unter anderem aus dem Abgang von Beiersdorf-Anteilen bei der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH von mehr als 1.000 Mio. Euro.

Im Geschäftsjahr wurden außerdem 278 Mio. Euro außerplanmäßige Abschreibungen auf Finanzanlagen vorgenommen. Hiervon entfielen 236 Mio. Euro auf die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH und 41 Mio. Euro auf den Hamburgischen Versorgungsfonds AöR (HVF). Die Beteiligungen an der HSH Nordbank AG wurden wegen voraussichtlich dauernder Wertminderung abgeschrieben.

Die wesentlichen Beteiligungen sind in der Beteiligungsübersicht des Geschäftsberichts aufgeführt.

4.2 Zum Verkauf bestimmte Grundstücke

Zum Verkauf bestimmte Grundstücke i.H.v. 151 Mio. Euro (EB 253 Mio. Euro) waren vor allem auf den KBK zurückzuführen.

4.3 Vorräte

BILANZPOSITION	01.01.2007 in Mio. Euro	31.12.2007 in Mio. Euro
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	54	57
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	196	285
Fertige Erzeugnisse und Waren	0	1
Geleistete Anzahlungen	28	21
GESAMT	278	364

Die unfertigen Leistungen stammten mit 171 Mio. Euro (EB 168 Mio. Euro) in erster Linie von der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg und bezogen sich unter anderem auf zur Abrechnung ausstehende Beträge für Betriebskosten.

4.4 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

BILANZPOSITION	01.01.2007 in Mio. Euro	31.12.2007 in Mio. Euro
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.877	5.778
Wertberichtigung auf Forderungen	-363	-557
Forderungen gegen verbundene nicht vollkonsolidierte Organisationen und gegen Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	146	227
Sonstige Vermögensgegenstände	1.007	2.231
<i>davon mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr</i>	<i>574</i>	<i>531</i>
Forderungen gegen Gesellschafter außerhalb des Konsolidierungskreises	52	9
<i>davon mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr</i>	<i>49</i>	<i>0</i>
GESAMT	5.719	7.688

Die in der Konzernbilanz ausgewiesenen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen basierten überwiegend auf den im Jahresabschluss der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt AöR ausgewiesenen Forderungen i.H.v. 3.627 Mio. Euro (EB 3.535 Mio. Euro) und den Forderungsbeständen des KBK i.H.v. 1.869 Mio. Euro (EB 1.060 Mio. Euro).

Von den sonstigen Vermögensgegenständen entfiel mit 1.154 Mio. Euro der höchste Betrag auf die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH, z.B. für die Gewährung von Schuldscheindarlehen. 404 Mio. Euro wurden vom KBK ausgewiesen.

4.5 Wertpapiere des Umlaufvermögens

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens betragen 0,2 Mio. Euro (EB 452 Mio. Euro).

Im Geschäftsjahr 2007 veräußerte die HGL Hamburgische Luft- und Raumfahrt Beteiligungsgesellschaft mbH ihre Anteile i.H.v. 450 Mio. Euro an der Daimler Luft- und Raumfahrt Holding.

4.6 Kassenbestände, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

Kassen- und Bankbestände hatten ein Gesamtvolumen von 2.234 Mio. Euro (EB 1.320 Mio. Euro). Hiervon entfielen 1.292 Mio. Euro (EB 818 Mio. Euro) auf den KBK. Differenzen zu den Werten im Jahresabschluss des KBK ergaben sich aus systemtechnisch bedingten Darstellungen im Konzernabschluss.

KASSEN- UND BANKBESTÄNDE	01.01.2007 in Mio. Euro	31.12.2007 in Mio. Euro
Hamburgischer Versorgungsfonds AöR	263	397
HHLA Hamburger Hafen- und Logistik-Aktiengesellschaft	8	199
Stadtreinigung Hamburg AöR	21	74
HGV – Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH	0	73
Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt AöR	106	55

4.7 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betragen 306 Mio. Euro (EB 309 Mio. Euro). Davon entfielen 278 Mio. Euro (EB 283 Mio. Euro) auf den KBK und beinhalten Disagien aus Kreditaufnahmen i.H.v. 25 Mio. Euro (EB 27 Mio. Euro).

4.8 Eigenkapital

Das Eigenkapital des Konzerns betrug per 31.12.2007 3.773 Mio. Euro (EB 2.700 Mio. Euro).

Nettoposition

Die Nettoposition hatte ein Volumen von 2.854 Mio. Euro (EB 2.854 Mio. Euro) und resultierte in vollem Umfang aus dem KBK.

Allgemeine Rücklage (Gewinn- / Kapitalrücklage)

Die Allgemeine Rücklage zum Bilanzstichtag betrug 1.973 Mio. Euro (EB 1.006 Mio. Euro) und hatte sich damit gegenüber der Eröffnungsbilanz um 967 Mio. Euro erhöht. Hauptgründe hierfür waren eine Netto-Rücklagenzuführung bei der HHLA Hamburger Hafen- und Logistik-Aktiengesellschaft i.H.v. 72 Mio. Euro und bei der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH i.H.v. 738 Mio. Euro – maßgeblich bedingt durch die Verkaufserlöse von Anteilen an der HHLA Hamburger Hafen- und Logistik-Aktiengesellschaft.

Zweckgebundene Rücklage

Die Zweckgebundene Rücklage i.H.v. 35 Mio. Euro (EB 5 Mio. Euro) wurde bei der Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten gGmbH um 9 Mio. Euro und bei der GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH um 16 Mio. Euro erhöht.

Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter

Der Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter i.H.v. –193 Mio. Euro

(EB –315 Mio. Euro) enthielt zur Eröffnungsbilanz im Wesentlichen die Hebung stiller Reserven bei der Flughafen Hamburg GmbH (FHG), die zu 51 % im Besitz der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH ist.

Der Wert des Ausgleichspostens war im Zuge des Teilbörsengangs der HHLA Hamburger Hafen- und Logistik-Aktiengesellschaft um 126 Mio. Euro gestiegen.

Konzern-Bilanzergebnis

Zur Eröffnungsbilanz wurde ein Konzernergebnis von –850 Mio. Euro ausgewiesen. Ursächlich hierfür waren das Ergebnis des KBK aus dem Vorjahr sowie Konzernbuchungen und Konsolidierungseffekte. Trotz eines hohen Konzernjahresüberschusses von 798 Mio. Euro war das Konzern-Bilanzergebnis per 31. 12. 2007 negativ und betrug –896 Mio. Euro. Ursächlich dafür waren vor allem Einstellungen in die Rücklagen insbesondere durch die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH (–755 Mio. Euro), die GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH (–16 Mio. Euro) und die SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg (–46 Mio. Euro) sowie Vorgänge im Zusammenhang mit der HHLA Hamburger Hafen- und Logistik-Aktiengesellschaft.

4.9 Sonderposten

Die Sonderposten von insgesamt 2.061 Mio. Euro (EB 2.202 Mio. Euro) umfassten erhaltene Investitionszuschüsse i.H.v. 1.802 Mio. Euro (EB 1.938 Mio. Euro), Sonderposten aus Beiträgen i.H.v. 230 Mio. Euro (EB 243 Mio. Euro) sowie sonstige Sonderposten i.H.v. 29 Mio. Euro (EB 21 Mio. Euro).

Die Sonderposten für Investitionszuschüsse waren i.H.v. 1.543 Mio. Euro (EB 1.678 Mio. Euro) und für Beiträge i.H.v. 230 Mio. Euro (EB 243 Mio. Euro) auf den KBK zurückzuführen. Die Sonderposten für Beiträge umfassten insbesondere Beiträge für allgemeinen Wegebau, Siel- und Sielanschlussbau sowie Straßenausbau.

Bei allen Posten wurden anteilige ertragswirksame Auflösungen berücksichtigt.

4.10 Rückstellungen

Die Rückstellungen entwickelten sich im Geschäftsjahr 2007 wie folgt:

Rückstellungsspiegel

RÜCKSTELLUNGEN	Stand 01.01.2007 in Mio. Euro	Zugang Konso- lidierungskreis in Mio. Euro	Umgliederung/ Umbuchung in Mio. Euro	Zuführung in Mio. Euro	Auflösung/ Verbrauch in Mio. Euro	Stand 31.12.2007 in Mio. Euro
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	20.921	0	-18	1.336	2.222	20.016
Steuerrückstellungen	47	0	0	23	28	42
Sonstige Personalarückstellungen	255	5	125	68	78	375
Rückstellungen für Urlaubsverpflichtungen	19	0	0	19	18	20
Rückstellungen für ausstehende Rechnungen	59	0	1	82	44	99
Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	49	0	1	41	22	68
Rückstellungen für konzessionsrechtliche Risiken	0	0	45	55	2	98
Übrige sonstige Rückstellungen	1.403	0	-58	1.665	746	2.265
GESAMT	22.753	5	96	3.289	3.160	22.983

Die aufgeführten Urlaubsrückstellungen enthielten lediglich Meldungen der Tochterorganisationen. Die Rückstellungen für ausstehende Rechnungen des KBK wurden unter den sonstigen Verbindlichkeitsrückstellungen ausgewiesen.

Steuerrückstellungen

Steuerrückstellungen wurden nur von Tochterorganisationen gebildet. Der höchste Betrag von 17 Mio. Euro (EB 12 Mio. Euro) entfiel auf die Hamburg Port Authority AöR (HPA).

Sonstige Rückstellungen

Der wesentliche Teil der sonstigen Rückstellungen war mit 1.860 Mio. Euro (EB 913 Mio. Euro) dem KBK zuzuordnen.

SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN	01.01.2007 in Mio. Euro	31.12.2007 in Mio. Euro
Hamburgischer Versorgungsfonds AöR	112	70
HSE Hamburger Stadtentwässerung AöR	73	43
Stadtreinigung Hamburg AöR	65	39
Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein Aktiengesellschaft	15	27
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – KöR	61	25

4.11 Verbindlichkeiten

Der überwiegende Anteil an den Verbindlichkeiten von insgesamt 36.912 Mio. Euro (EB 36.989 Mio. Euro) ergab sich mit 31.767 Mio. Euro (EB 32.725 Mio. Euro) aus Anleihen und Obligationen sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Verbindlichkeiten per 31.12.2007 wurden mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert. Ausgenommen hiervon waren Verbindlichkeiten aus Leasingverträgen, die noch über mehrere Jahre laufen. Im Abschluss des KBK wurden diese Verbindlichkeiten mit einem Zinssatz von 4,25 % bzw. dem vertraglich vereinbarten Satz abgezinst.

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten wurde auf den Ausweis der Davon-Vermerke »aus Steuern« und »im Rahmen der sozialen Sicherheit« aufgrund der öffentlichen Besonderheiten verzichtet.

Verbindlichkeitspiegel

ART DER VERBINDLICHKEIT	Gesamt EB 01.01.2007 in Mio. Euro	Gesamt 31.12.2007 in Mio. Euro	Davon mit RLZ < 1 Jahr in Mio. Euro	Davon mit RLZ 1 bis 5 Jahre in Mio. Euro	Davon mit RLZ > 5 Jahre in Mio. Euro
Anleihen und Obligationen	7.582	7.343	970	4.442	1.931
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	25.144	24.425	2.260	7.666	14.499
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	720	811	810	1	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.487	1.766	1.486	8	272
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen nicht vollkonsolidierten Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	46	273	51	43	179
Sonstige Verbindlichkeiten	1.616	1.894	1.086	141	667
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	394	400	400	0	0
GESAMT	36.989	36.912	7.063	12.301	17.548

4.12 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten betragen 98 Mio. Euro (EB 105 Mio. Euro) und beinhalteten unter anderem:

PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	01.01.2007 in Mio. Euro	31.12.2007 in Mio. Euro
Hamburg Messe und Congress GmbH	36	35
Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft	22	21
Hamburger Friedhöfe AöR	8	8

4.13 Angaben zu sonstigen finanziellen Verpflichtungen und Haftungsverhältnissen

SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN	31.12.2007 in Mio. Euro
Bestellobligo	643
Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverhältnissen bis 1 Jahr	31
Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverhältnissen 1 bis 5 Jahre	55
Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverhältnissen über 5 Jahre	68
Andere finanzielle Verpflichtungen	221
GESAMT	1.018

Die Angaben wurden nur von den Tochterorganisationen gemeldet.

Die Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverhältnissen wurden mit den Nominalwerten ausgewiesen. Als einziger Bank unter den Tochterorganisationen kam der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt AöR eine besondere Rolle zu, da besondere Vorschriften für die Rechnungslegung von Kreditinstituten gelten. Im vorliegenden Konzernabschluss wurden durch die FHH zugesicherte Zuschüsse i.H.v. 1.251 Mio. Euro, Eventualverbindlichkeiten aus Rückbürgschaften i.H.v. 113 Mio. Euro und unwiderrufliche Kreditzusagen i.H.v. 665 Mio. Euro aufgeführt. Weitere Ausführungen enthält der Abschluss der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt.

Haftungsverhältnisse

Die Gesamtsumme der Haftungsverhältnisse des Konzerns betrug per 31.12.2007 9.943 Mio. Euro.

HAFTUNGSVERHÄLTNISSE	31.12.2007 in Mio. Euro
Aus Bürgschaften (selbstschuldnerisch)	9.451
Verpflichtung aus Gewährleistungsverträgen	360
Gewährte Pfandrechte	31
Sonstige Sicherheiten	101
GESAMT	9.943

Die Bürgschaften resultierten mit 9.363 Mio. Euro aus dem KBK (siehe Anhang des Einzelabschlusses 3.16). Davon entfielen 32 Mio. Euro auf Tochterorganisationen, die nicht vollkonsolidiert wurden.

Verpflichtungen aus Gewährleistungsverträgen, Pfandrechte sowie sonstige Sicherheiten waren ausschließlich den Tochterorganisationen zuzurechnen.

4.14 Derivative Finanzinstrumente

Um den Zinsänderungsrisiken der FHH entgegenzuwirken und die Kreditkonditionen zu optimieren, wurden derivative Finanzinstrumente am Geld- und Kapitalmarkt eingesetzt. Derivate wurden ausschließlich zur Steuerung vorhandener Zinsänderungsrisiken genutzt. Spekulationsgeschäfte sind grundsätzlich verboten.

Per 31.12.2007 belief sich das Nominalvolumen der Derivatgeschäfte (Swaps, Swaptions und Caps) auf insgesamt 4.903 Mio. Euro. Davon entfielen 3.539 Mio. Euro auf den KBK. Die Derivate wurden nicht bilanziert, da es sich um schwebende Geschäfte handelt.

Die Verbindlichkeiten aus derivativ abgesicherten Kreditgeschäften betragen 2.320 Mio. Euro. Davon entfielen 1.714 Mio. Euro auf den KBK. Hierbei sind teilweise Kündigungs- oder Wandlungsoptionen in die Kreditvereinbarungen integriert.

Weitere Informationen enthält der Anhang des Einzelabschlusses (Abschnitt 3.17).

5 Erläuterungen zur Ergebnisrechnung 2007

Der Konzernabschluss der FHH wurde erstmalig für das Geschäftsjahr 2007 aufgestellt, somit enthält die Ergebnisrechnung 2007 keine Vergleichswerte.

5.1 Erträge

Ausgewiesen wurden *Steuererträge* und *steuerähnliche Erträge* der FHH i.H.v. 8.474 Mio. Euro.

Im Konzernabschluss der FHH ergibt sich im Vergleich zu einem privaten Konzern die Besonderheit, dass nicht nur Steueraufwendungen, sondern auch Steuererträge auftreten. Einige der Steuern, die von einbezogenen Tochterorganisationen zu zahlen sind, fließen direkt oder anteilig über Umlagen an die Konzernmutter. Diese Steuereinnahmen sind kein negativer Steueraufwand, sondern werden als Steuererträge ausgewiesen. Aus Sicht des Konzerns als einer einheitlichen Organisation handelt es sich hierbei um Aufwendungen bzw. Erträge, die nicht realisiert und daher grundsätzlich zu eliminieren sind. Aufgrund des hoheitlichen Charakters der Steuererhebung wird im Konzernabschluss der FHH in Modifizierung der Einheitstheorie der Bruttoausweis festgelegt und von einer Verrechnung der korrespondierenden Posten aus diesen Vorgängen abgesehen. Erträge aus der Stellung als Steuergläubiger werden daher auch im Konzernabschluss gezeigt und nicht mit den Steueraufwendungen verrechnet.

Die *Erträge aus Transferleistungen* betragen 812 Mio. Euro und wurden ausschließlich vom KBK übernommen. Hierbei handelte es sich vorwiegend um Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich.

Umsatzerlöse, Gebühren und ähnliche Erträge betragen im Geschäftsjahr 3.312 Mio. Euro. Die Gebühren und ähnlichen Erträge summierten sich auf 960 Mio. Euro. Die Umsatzerlöse enthielten wegen der unterschiedlichen Geschäftsfelder der Tochterorganisationen u.a. Mieterträge, abgerechnete Leistungen für Containerumschlag, Erlöse für Personenbeförderung, Abfallgebühren und Krankenhausleistungen.

UMSATZERLÖSE	2007 in Mio. Euro
SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg	530
Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft	272
Stadtreinigung Hamburg AöR	260
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – KÖR	254

Die *Erträge aus Mieten und Pachten* beliefen sich im Geschäftsjahr auf 175 Mio. Euro. Davon entfielen 47 Mio. Euro auf den KBK, 44 Mio. Euro auf die Hamburg Port Authority AöR (HPA) und 43 Mio. Euro auf die Flughafen Hamburg GmbH (FHG).

Folgende Positionen waren in den *Sonstigen Erträgen* enthalten:

SONSTIGE ERTRÄGE	2007 in Mio. Euro
Erträge aus Anlagenabgang	1.098
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2.818
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse	194
Erträge aus der Schuldenkonsolidierung	22
Erträge aus der Aufwands- und Ertragskonsolidierung	6
Erträge aus Voll- oder Teilabgang aus dem Konsolidierungskreis	17
Übrige sonstige Erträge	930
GESAMT	5.085

In den Erträgen aus Anlagenabgang spiegelte sich mit 868 Mio. Euro der Erlös aus dem Teilbörsengang der HHLA wider. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen stammten mit 2.731 Mio. Euro vom KBK sowie mit 36 Mio. Euro von der Hamburgischer Versorgungsfonds AöR. Unter den Übrigen sonstigen Erträgen wurden darüber hinaus eine Reihe von Konsolidierungsvorgängen (u.a. Erträge aus der Aufwands-, Ertrags- sowie Schuldenkonsolidierung, Erträge aus Voll- oder Teilabgängen aus dem Konsolidierungskreis) gebucht. Die Übrigen sonstigen Erträge umfassten insbesondere 291 Mio. Euro vom Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – KÖR.

5.2 Aufwendungen

Die *Materialaufwendungen* setzten sich aus Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren i.H.v. 424 Mio. Euro sowie Aufwendungen für bezogene Leistungen i.H.v. 783 Mio. Euro zusammen. 79 Mio. Euro der Gesamtsumme i.H.v. 1.207 Mio. Euro entfiel auf den KBK.

MATERIALAUFWENDUNGEN	2007 in Mio. Euro
Stadtreinigung Hamburg AöR	163
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – KöR	143
Hamburg Port Authority AöR (HPA)	96
Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft	93
Flughafen Hamburg GmbH	60

Die *Personalaufwendungen* betragen insgesamt 6.086 Mio. Euro. Hiervon stellten 3.257 Mio. Euro Löhne, Gehälter und Beamtenbezüge dar. Sozial- und Versorgungsaufwendungen sind i.H.v. 2.829 Mio. Euro entstanden, davon 1.222 Mio. Euro für die Altersvorsorge.

PERSONALAUFWENDUNGEN	2007 in Mio. Euro
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – KöR	309
HHLA Hamburger Hafen- und Logistik-Aktiengesellschaft	223
Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft	185
Stadtreinigung Hamburg AöR	133
Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten gGmbH	132

Die *Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen* enthielten im Wesentlichen folgende Positionen:

Aus dem Werteverzehr des immateriellen und des Sachanlagevermögens ergaben sich Abschreibungen i.H.v. 1.274 Mio. Euro. Davon entfielen 164 Mio. Euro auf Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte. Abschreibungen aus Sonstigen Immateriellen Vermögensgegenständen inklusive geleisteter Investitionszuschüsse betragen 293 Mio. Euro, Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen 817 Mio. Euro. Bei den Abschreibungen auf das Anlagevermögen handelte es sich um planmäßige Abschreibungen. Der überwiegende Teil des Abschreibungsvolumens war mit 678 Mio. Euro dem KBK zuzuordnen.

Davon wurden 564 Mio. Euro direkt übernommen, weitere 114 Mio. Euro resultierten aus Konzernbuchungen.

ABSCHREIBUNGEN ANLAGEVERMÖGEN	2007 in Mio. Euro
SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg	94
HSE Hamburger Stadtentwässerung AöR	66
Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft	54
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – KöR	36
HHLA Container Terminal Altenwerder GmbH	29

Vergleiche hierzu auch den Konzern-Anlagenspiegel.

Im Geschäftsjahr wurden 22 Mio. Euro außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen ausschließlich von Tochterorganisationen vorgenommen. Abschreibungen auf Sachanlagen aufgrund steuerrechtlicher Vorschriften beliefen sich in 2007 auf 18 Mio. Euro.

Die *Aufwendungen aus Mieten und Pachten* betragen 699 Mio. Euro. Der KBK wies Aufwendungen aus Mieten und Pachten i.H.v. 365 Mio. Euro aus, der größte Wert von Seiten der Tochterorganisationen entfiel mit 268 Mio. Euro auf die SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg.

Im Bereich der *sonstigen Aufwendungen* enthielten die Aufwendungen aus Anlagenabgängen u.a. 161 Mio. Euro Verluste aus Anlagenabgang sowie 20 Mio. Euro Mindererlöse aus Anlagenabgang, die aus dem KBK stammten.

SONSTIGE AUFWENDUNGEN	2007 in Mio. Euro
Aufwendungen aus Anlagenabgang	202
Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	423
Aufwendungen aus der Zuführung zum Sonderposten für Investitionszuschüsse	21
Aufwendungen aus der Schuldenkonsolidierung	0
Aufwendungen aus der Aufwands- und Ertragskonsolidierung	2
Aufwendungen aus Voll- oder Teilabgang des Konsolidierungskreises	7
Übrige sonstige Aufwendungen	3.029
GESAMT	3.684

In den Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit waren 406 Mio. Euro dem KBK zuzuordnen.

Die übrigen sonstigen Aufwendungen i.H.v. 3.029 Mio. Euro resultierten größtenteils aus dem KBK.

ÜBRIGE SONSTIGE AUFWENDUNGEN	2007 in Mio. Euro
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – KöR	235
Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt AöR	173
Hamburg Port Authority AöR (HPA)	148

5.3 Ergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit

Das Ergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit war positiv und betrug 2.028 Mio. Euro.

5.4 Finanzergebnis

Das *Ergebnis aus Beteiligungen* setzte sich aus den Erträgen aus Beteiligungen an verbundenen, aber nicht konsolidierten Organisationen (45 Mio. Euro), den Erträgen aus assoziierten Organisationen (227 Mio. Euro), den Erträgen aus Ergebnisabführungsverträgen (26 Mio. Euro), den Erträgen aus übrigen Beteiligungen (4 Mio. Euro) und den Aufwendungen aus Verlustübernahme (7 Mio. Euro) zusammen. 38 Mio. Euro der Gesamtsumme von 295 Mio. Euro waren dem KBK zuzuordnen.

ERGEBNIS AUS BETEILIGUNGEN	2007 in Mio. Euro
HGV – Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH	120
Hamburgischer Versorgungsfonds AöR	98
HHLA Hamburger Hafen- und Logistik-Aktiengesellschaft	11

Die *Zinsen und ähnliche Erträge* beliefen sich auf 166 Mio. Euro. Davon entfielen auf den KBK 89 Mio. Euro, die wiederum mit 104 Mio. Euro direkt übernommen und um 15 Mio. Euro durch Konsolidierungsmaßnahmen angepasst wurden. In dieser Position waren keine Zinserträge der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt AöR enthalten. Diese wurden bei den Umsatzerlösen ausgewiesen.

ZINSERTRÄGE	2007 in Mio. Euro
HGV – Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH	26
Hamburgischer Versorgungsfonds AöR	17
Stadtreinigung Hamburg AöR	10

Die *Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens* beliefen sich im Geschäftsjahr 2007 auf 289 Mio. Euro. Der höchste Betrag resultierte mit 236 Mio. Euro aus der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen betragen 1.324 Mio. Euro. Diese beinhalteten 965 Mio. Euro aus dem KBK. Davon wurden 988 Mio. Euro direkt übernommen, –23 Mio. Euro basierten auf Konsolidierungsbuchungen.

ZINSAUFWENDUNGEN	2007 in Mio. Euro
HGV – Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH	91
HSE Hamburger Stadtentwässerung AöR	73
SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg	46

Das Finanzergebnis war mit –1.147 Mio. Euro negativ.

5.5 Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit war positiv und betrug 881 Mio. Euro.

5.6 Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis von 30 Mio. Euro setzte sich aus 37 Mio. Euro Erträgen und 7 Mio. Euro Aufwendungen zusammen.

Die *Steuern vom Einkommen und vom Ertrag* i.H.v. 95 Mio. Euro und die *sonstigen Steuern* i.H.v. 18 Mio. Euro (Gesamtvolumen 113 Mio. Euro) resultierten im Wesentlichen aus den Steuerlasten der folgenden Tochterorganisationen.

STEUERAUFWENDUNGEN	2007 in Mio. Euro
HHLA Hamburger Hafen- und Logistik-Aktiengesellschaft	43
HHLA Container Terminal Altenwerder GmbH	28
Hamburg Port Authority AöR (HPA)	10

5.7 Jahresüberschuss

Der Jahresüberschuss war positiv und betrug 798 Mio. Euro.

5.8 Konzern-Bilanzergebnis

Der Konzernabschluss der FHH schloss seine erste Ergebnisrechnung mit einem Verlust von –896 Mio. Euro ab. Der Wert ergab sich im Saldo aus dem Jahresüberschuss i.H.v. 798 Mio. Euro, dem Verlustvortrag aus den Vorjahren i.H.v. –862 Mio. Euro, den Einstellungen in Rücklagen i.H.v. –793 Mio. Euro und den anderen Gesellschaftern zustehenden Gewinnen oder Verlusten i.H.v. –39 Mio. Euro.

6 Sonstige Angaben

6.1 Beschäftigte

Die Anzahl der im Konzern beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betrug zum Bilanzstichtag und im Durchschnitt:

BESCHÄFTIGTE	Jahresdurchschnitt 2007	Stichtag 31.12.2007
Arbeitnehmer	50.467	50.620
Beamte	35.353	35.406
ZWISCHENSUMME	85.820	86.026
Auszubildende	3.160	3.162
GESAMT	88.980	89.188

6.2 Angaben des Einflusses steuerlicher Vorschriften auf das Konzernjahresergebnis

Für das Geschäftsjahr 2007 wurden steuerrechtliche Abschreibungen i.H.v. 18 Mio. Euro sowie Belastungen aus Sonderposten mit Rücklageanteil i.H.v. 0,5 Mio. Euro von Tochterorganisationen gemeldet. Die zukünftigen Belastungen daraus waren für die FHH unwesentlich.

6.3 Senat/Bürgerschaft

Für die Ausführungen zu diesem Teil siehe den Anhang des Einzelabschlusses (Abschnitte 5.1 und 5.2).

6.4 Angaben zu Organbezügen, Organkrediten und anderen Rechtsverhältnissen

In Bezug auf die Angaben zu Organbezügen, Organkrediten und anderen Rechtsverhältnissen wird auf den Anhang des Jahresabschlusses der Kernverwaltung bzw. auf die Einzelabschlüsse der Tochterorganisationen verwiesen.

JAHRES- ABSCHLUSS FÜR DIE KERN- VERWALTUNG 2007

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

Bilanz	88
Ergebnisrechnung	92
Anlagenspiegel	94
Anhang zum Jahresabschluss	102
1 Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss	102
2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	104
3 Erläuterungen zur Bilanz	108
4 Erläuterungen zur Ergebnisrechnung	127
5 Sonstige Pflichtangaben	134
Beteiligungsübersicht 2007	138
Hinweis zur Erstellung des Jahres- und Konzernabschlusses	153

Summen und Zwischensummen können Rundungsdifferenzen aufweisen.

BILANZ (AKTIVA)

PER 31. DEZEMBER 2007

AKTIVA	31.12.2006 in Tsd. Euro	31.12.2007 in Tsd. Euro
A. ANLAGEVERMÖGEN	46.003.949	45.831.929
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.236.967	3.327.610
1. Geleistete Investitionszuschüsse	3.017.703	2.960.931
2. Lizenzen, DV-Software	36.211	22.742
3. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	10	1.903
4. Geleistete Anzahlungen	183.043	342.034
II. Sachanlagen	31.819.886	32.150.171
1. Grundstücke für eigene Zwecke	7.717.473	7.703.644
a) Hochschulen, Schulen, Sportanlagen und kulturelle Einrichtungen	3.529.562	3.529.697
b) Innere Sicherheit	365.438	357.856
c) Sozial-, Gesundheits- und Jugendeinrichtungen	477.886	473.669
d) Sonstige Verwaltung	3.344.587	3.342.422
2. Grundstücke des Infrastrukturvermögens	11.618.756	11.638.096
a) Straßen, Wege, Plätze, Schienenwege, Flugplätze	6.731.416	6.738.624
b) Hafенflächen und Gewässerschutzflächen	333.615	333.982
c) Parks, Grünflächen, Land- und Forstwirtschaft	4.541.829	4.553.498
d) Wasserflächen	11.896	11.992
3. Bauten für eigene Zwecke	4.258.801	4.288.225
a) Hochschulen, Schulen, Sportanlagen und kulturelle Einrichtungen	3.290.093	3.344.826
b) Innere Sicherheit	286.157	278.031
c) Sozial-, Gesundheits- und Jugendeinrichtungen	136.476	131.554
d) Sonstige Verwaltung	546.075	533.814
4. Bauten des Infrastrukturvermögens	3.881.927	3.721.915
a) Straßen, Wege, Plätze, Brücken, Tunnel, Schienenwege	2.143.232	2.060.258
b) Hafenanlagen und Gewässerschutzbauten	1.022.827	1.003.208
c) Parks, Grünflächen, Land- und Forstwirtschaft	715.868	658.449
5. Anlagen zur Verkehrslenkung, Ver- und Entsorgung	260.820	260.917
6. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	246.408	224.991
7. Kunstgegenstände, Denkmäler und museale Sammlungen	3.311.514	3.312.063
8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	524.187	1.000.320

AKTIVA	31.12.2006 in Tsd. Euro	31.12.2007 in Tsd. Euro
III. Finanzanlagen	10.947.096	10.354.148
1. Anteile an verbundenen Organisationen	10.305.370	9.806.939
a) Landeseinrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO	26.593	26.593
b) Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO	109.456	110.979
c) Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO	259.199	259.199
d) Körperschaften, Anstalten und Stiftungen	2.956.715	2.956.715
e) Verbundene Unternehmen in privater Rechtsform	6.953.406	6.453.453
2. Beteiligungen	26.576	69.276
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	220.019	256.769
4. Ausleihungen	395.132	221.164
B. UMLAUFVERMÖGEN	2.798.448	3.533.777
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	188.263	150.790
II. Vorräte	5.007	4.829
III. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.639.539	2.051.431
1. Forderungen gegen Dritte (ohne den öffentlichen Bereich)	446.402	613.857
2. Forderungen gegen verbundene Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	764.305	401.606
3. Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	141.160	542.814
4. Sonstige Vermögensgegenstände	287.672	493.154
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	965.639	1.326.727
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	283.228	277.839
BILANZSUMME	49.085.625	49.643.545

BILANZ (PASSIVA)

PER 31. DEZEMBER 2007

PASSIVA	31.12.2006 in Tsd. Euro	31.12.2007 in Tsd. Euro
A. EIGENKAPITAL	2.287.316	2.389.501
I. Nettoposition	2.854.076	2.854.076
II. Ergebnisvortrag	0	-566.760
III. Jahresüberschuss/Vorjahr: Jahresfehlbetrag	-566.760	102.185
B. SONDERPOSTEN	1.920.622	1.773.656
I. Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.677.873	1.542.514
II. Sonderposten für Beiträge und Gebühren	242.716	229.836
III. Sonstige Sonderposten	33	1.306
C. RÜCKSTELLUNGEN	20.124.541	20.151.224
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	18.962.360	18.067.170
II. Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen	4.902	10.896
III. Sonstige Rückstellungen	1.157.279	2.073.158

PASSIVA	31.12.2006 in Tsd. Euro	31.12.2007 in Tsd. Euro
D. VERBINDLICHKEITEN	24.752.146	25.325.464
I. Anleihen und Obligationen	7.581.509	7.342.529
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14.081.516	14.312.601
III. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	375.356	499.626
IV. Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Dritten	1.004.403	1.085.987
a) Öffentlicher Bereich	878.043	866.449
<i>davon aus Länderfinanzausgleich</i>	<i>129.295</i>	<i>88.204</i>
b) Privatrechtlicher Bereich	126.360	219.538
<i>davon Rückzahlung von Steuern u.ä. Abgaben</i>	<i>92.327</i>	<i>188.123</i>
V. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.001.212	1.120.128
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	708.150	964.593
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	1.000	3.700
BILANZSUMME	49.085.625	49.643.545

ERGEBNISRECHNUNG 2007

	2006 in Tsd. Euro	2007 in Tsd. Euro
1. Erträge aus Verwaltungstätigkeit	9.188.179	9.347.067
a) Steuererträge und steuerähnliche Erträge	8.466.117	8.474.139
<i>davon aus Gemeinschaftssteuern</i>	<i>4.643.033</i>	<i>4.758.191</i>
<i>davon aus Landessteuern</i>	<i>730.341</i>	<i>830.532</i>
<i>davon aus Gemeindesteuern</i>	<i>3.001.664</i>	<i>2.799.457</i>
<i>davon steuerähnliche Erträge</i>	<i>91.079</i>	<i>85.959</i>
b) Erträge aus Gebühren, Beiträgen und Aufwendungsersatz	582.570	698.810
c) Erträge aus Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgeldern, Geldstrafen	52.988	55.982
d) Privatrechtliche Entgelte	86.504	118.136
2. Erträge aus Transferleistungen	681.722	812.433
<i>davon soziale Transferleistungen</i>	<i>310.957</i>	<i>281.296</i>
3. Sonstige Erträge	541.163*	3.421.957
4. Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	1.003.568	1.064.516
a) Aufwendungen für Miete, Bewirtschaftung und Unterhaltung Grundstücke	419.659	438.853
b) Aufwendungen für die Bewirtschaftung und Unterhaltung Infrastrukturvermögen	91.277	93.943
c) Aufwendungen für Verwaltungsbedarf	362.158	398.616
d) Aufwendungen für Rechtshilfe und andere bezogene Leistungen	80.980	83.655
e) Aufwendungen für Lehr- und Lernmittel	49.495	49.449
5. Personalaufwendungen	3.851.566	4.242.398
a) Löhne und Gehälter	619.609	587.974
b) Beamtenbezüge	1.507.414	1.385.552
c) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.724.543	2.268.872
<i>davon Zuführung zu Pensionsrückstellungen</i>	<i>419.519</i>	<i>907.400</i>
6. Aufwendungen für Transferleistungen	3.460.908	4.259.409
a) an Dritte (ohne öffentlichen Bereich)	2.428.053	2.553.169
b) an Tochterorganisationen	520.022	1.024.336
c) an den sonstigen öffentlichen Bereich	512.833	681.904

	2006 in Tsd. Euro	2007 in Tsd. Euro
7. Aufwendungen für den Länderfinanzausgleich	635.824	367.249
8. Abschreibungen	611.448	564.429
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	611.448	564.429
<i>davon Gebäude</i>	<i>107.562</i>	<i>109.538</i>
<i>davon Infrastrukturvermögen</i>	<i>140.334</i>	<i>137.489</i>
9. Sonstige Aufwendungen	549.093	2.152.177
10. VERWALTUNGSERGEBNIS	298.657*	931.279
11. Erträge aus Beteiligungen	31.976	38.292
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	29.411	16.027
<i>davon aus verbundenen Organisationen</i>	<i>29.411</i>	<i>16.027</i>
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19.573	104.371
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	946.377	987.784
<i>davon an verbundene Organisationen</i>	<i>11.415</i>	<i>16.240</i>
15. FINANZERGEBNIS	-865.417	-829.094
16. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	-566.760	102.185
17. JAHRESÜBERSCHUSS / VORJAHR: JAHRESFEHLBETRAG	-566.760	102.185

* inkl. kamerale Überleitung (2007: 11.789 / 2006: 102.271)

ANLAGENSPIEGEL

PER 31. DEZEMBER 2007

	Aktivierungswert 01.01.2007	Zugang	Abgang	Umbuchung	Nachaktivierung	Aktivierungswert 31.12.2007
	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Geleistete Investitionszuschüsse	6.759.341	197.255	-12.085	18.914	457	6.963.883
2. Lizenzen, DV-Software	117.173	2.279	-1.637	130	—	117.945
3. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	10	1.859	—	8	27	1.903
4. Geleistete Anzahlungen	183.043	155.194	—	3.800	—	342.037
	7.059.568	356.587	-13.721	22.851	484	7.425.769
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke für eigene Zwecke						
a) Hochschulen, Schulen, Sportanlagen und kulturelle Einrichtungen	3.630.136	6.555	-8.573	131	—	3.628.249
<i>davon Hochschulen</i>	595.324	1.433	-2.607	12.251	—	606.401
<i>Schulen</i>	2.011.602	3.967	-4.826	—	—	2.010.742
<i>Sportanlagen</i>	818.344	26	-10	-12.120	—	806.239
<i>Kulturelle Einrichtungen</i>	204.867	1.130	-1.130	—	—	204.867
b) Innere Sicherheit	386.660	—	-1.366	226	—	385.519
c) Sozial-, Gesundheits- und Jugendeinrichtungen	524.297	17	-3.987	-187	—	520.140
<i>davon Sozialeinrichtungen</i>	449.625	—	-3.987	—	—	445.638
<i>Gesundheitseinrichtungen</i>	73.043	—	—	—	—	73.043
<i>Jugendeinrichtungen</i>	1.629	17	—	-187	—	1.459
d) Sonstige Verwaltung	3.693.924	11.903	-91.505	9.507	32.031	3.655.860
	8.235.017	18.476	-105.432	9.676	32.031	8.189.769

Kumulierte Abschreibungen 01.01.2007 in Tsd. Euro	Abschreibungen Geschäftsjahr in Tsd. Euro	Abschreibungen Abgang Umbuchungen in Tsd. Euro	Kumulierte Abschreibungen 31.12.2007 in Tsd. Euro	Umgliederung Umlaufvermögen 31.12.2007 in Tsd. Euro	Buchwert 31.12.2007 in Tsd. Euro	Umgliederung Umlaufvermögen 31.12.2006 in Tsd. Euro	Buchwert 01.01.2007 in Tsd. Euro
-3.741.639	-261.528	215	-4.002.952	—	2.960.931	—	3.017.703
-80.962	-15.663	1.422	-95.204	—	22.742	—	36.211
—	-1	1	—	—	1.903	—	10
—	—	-4	-4	—	342.034	—	183.043
-3.822.601	-277.192	1.634	-4.098.159	—	3.327.610	—	3.236.967
-81.709	—	—	-81.709	-16.844	3.529.697	-18.866	3.529.562
-12.563	—	—	-12.563	-68	593.770	-1.321	581.439
-26.774	—	—	-26.774	-13.189	1.970.780	-17.545	1.967.283
-41.011	—	—	-41.011	-3.588	761.641	—	777.334
-1.361	—	—	-1.361	—	203.506	—	203.506
-19.714	—	—	-19.714	-7.949	357.856	-1.507	365.438
-28.528	—	—	-28.528	-17.943	473.669	-17.883	477.886
-11.915	—	—	-11.915	-17.943	415.781	-17.883	419.827
-16.614	—	—	-16.614	—	56.430	—	56.430
—	—	—	—	—	1.459	—	1.629
-238.194	—	448	-237.746	-75.692	3.342.422	-111.143	3.344.587
-368.144	—	448	-367.697	-118.428	7.703.644	-149.400	7.717.473

ANLAGENSPIEGEL (Fs.)

PER 31. DEZEMBER 2007

	Aktivierungswert 01.01.2007	Zugang	Abgang	Umbuchung	Nachaktivierung	Aktivierungswert 31.12.2007
	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro
2. Grundstücke des Infrastrukturvermögens						
a) Straßen, Wege, Plätze, Schienenwege, Flugplätze	7.112.749	4.117	-4.713	1.488	8.062	7.121.703
<i>davon Straßen, Wege, Plätze</i>	6.340.721	4.117	-4.713	1.479	7.981	6.349.586
<i>Schienenwege</i>	152.373	—	—	9	—	152.383
<i>Flugplätze</i>	619.655	—	—	—	80	619.735
b) Hafенflächen und Gewässerschutzflächen	366.669	251	—	158	449	367.527
<i>davon Hafенflächen</i>	23.338	—	—	—	—	23.338
<i>Gewässerschutzflächen</i>	343.332	251	—	158	449	344.189
c) Parks, Grünflächen, Land- und Forstwirtschaft	4.701.809	2.429	-2.764	207	3.047	4.704.728
<i>davon Parks, Spielplätze, Grünanlagen</i>	4.065.766	2.374	-2.419	30	3.044	4.068.796
<i>Land- und Forstwirtschaft</i>	636.043	55	-345	177	3	635.932
d) Wasserflächen	12.017	—	—	11	85	12.113
	12.193.244	6.797	-7.477	1.864	11.643	12.206.072
3. Bauten für eigene Zwecke						
a) Hochschulen, Schulen, Sportanlagen und kulturelle Einrichtungen	6.168.478	30.869	-11.754	214.382	—	6.401.976
<i>davon Hochschulen</i>	1.474.949	—	-5.083	426	—	1.470.292
<i>Schulen</i>	3.775.007	22.096	-3.483	55.987	—	3.849.607
<i>Sportanlagen</i>	588.894	4.672	—	157.969	—	751.535
<i>Kulturelle Einrichtungen</i>	329.628	4.101	-3.188	—	—	330.542
b) Innere Sicherheit	451.573	—	-4.449	591	—	447.715
c) Sozial-, Gesundheits- und Jugendeinrichtungen	304.648	325	-2.626	343	—	302.689
<i>davon Sozialeinrichtungen</i>	89.534	21	-509	4	—	89.050
<i>Gesundheitseinrichtungen</i>	39.973	—	-2.072	—	—	37.901
<i>Jugendeinrichtungen</i>	175.140	304	-45	338	—	175.738
d) sonstige Verwaltung	1.321.950	9.318	-8.317	409	222	1.323.583
	8.246.649	40.512	-27.145	215.725	222	8.475.963

Kumulierte Abschreibungen 01.01.2007 in Tsd. Euro	Abschreibungen Geschäftsjahr in Tsd. Euro	Abschreibungen Abgang Umbuchungen in Tsd. Euro	Kumulierte Abschreibungen 31.12.2007 in Tsd. Euro	Umgliederung Umlaufvermögen 31.12.2007 in Tsd. Euro	Buchwert 31.12.2007 in Tsd. Euro	Umgliederung Umlaufvermögen 31.12.2006 in Tsd. Euro	Buchwert 01.01.2007 in Tsd. Euro
-371.296	—	-9	-371.304	-11.775	6.738.624	-10.037	6.731.416
-173.139	—	-9	-173.147	-11.775	6.164.663	-10.037	6.157.544
-8.109	—	—	-8.109	—	144.274	—	144.265
-190.048	—	—	-190.048	—	429.687	—	429.607
-32.822	—	14	-32.808	-737	333.982	-232	333.615
-1.518	—	—	-1.518	-737	21.083	-232	21.588
-31.305	—	14	-31.290	—	312.899	—	312.027
-131.387	—	6	-131.381	-19.850	4.553.498	-28.593	4.541.829
-124.646	—	—	-124.646	-19.850	3.924.300	-28.593	3.912.528
-6.741	—	6	-6.735	—	629.197	—	629.301
-120	—	—	-120	-1	11.992	-1	11.895
-535.626	—	12	-535.613	-32.363	11.638.096	-38.863	11.618.756
-2.878.385	-81.321	-97.443	-3.057.150	—	3.344.826	—	3.290.093
-645.696	-18.602	3.247	-661.050	—	809.242	—	829.253
-1.815.338	-48.795	556	-1.863.577	—	1.986.030	—	1.959.669
-260.321	-8.492	-101.247	-370.060	—	381.476	—	328.573
-157.031	-5.432	—	-162.462	—	168.079	—	172.597
-165.416	-5.639	1.370	-169.685	—	278.031	—	286.157
-168.171	-4.626	1.662	-171.136	—	131.553	—	136.476
-50.531	-1.847	328	-52.051	—	37.000	—	39.002
-25.733	-474	1.334	-24.873	—	13.028	—	14.240
-91.907	-2.306	—	-94.213	—	81.525	—	83.233
-775.875	-17.953	4.059	-789.769	—	533.814	—	546.075
-3.987.847	-109.538	-90.353	-4.187.738	—	4.288.225	—	4.258.802

ANLAGENSPIEGEL (Fs.)

PER 31. DEZEMBER 2007

	Aktivierungswert 01.01.2007	Zugang	Abgang	Umbuchung	Nachaktivierung	Aktivierungswert 31.12.2007
	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro
4. Bauten des Infrastrukturvermögens						
a) Straßen, Wege, Plätze, Brücken, Tunnel	4.939.758	4.905	-13.648	5.995	100	4.937.109
<i>davon Straßen, Wege, Plätze</i>	3.873.781	4.902	-13.648	5.931	—	3.870.966
<i>Brücken, Tunnel</i>	1.065.977	3	—	64	100	1.066.143
b) Hafenanlagen und Gewässerschutzbauten	2.966.127	229	—	124	84	2.966.564
<i>davon Hafenanlagen</i>	5.103	215	—	10	—	5.329
<i>Gewässerschutzbauten</i>	2.961.024	14	—	114	84	2.961.235
c) Parks, Grünflächen, Land- und Forstwirtschaft	1.306.816	1.976	-698	-138.787	—	1.169.308
<i>davon Parks, Grünflächen</i>	1.293.043	1.805	-698	-138.839	—	1.155.312
<i>Land- und Forstwirtschaft</i>	13.773	171	—	52	—	13.996
	9.212.701	7.110	-14.346	-132.669	184	9.072.981
5. Anlagen zur Verkehrslenkung	269.227	1.285	—	—	—	270.512
<i>davon Verkehrslenkung</i>	138.299	1.175	—	—	—	139.474
<i>Ver- und Entsorgung</i>	130.928	110	—	—	—	131.038
6. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	985.924	40.900	-156.529	1.554	762	872.610
<i>davon Fahrzeuge</i>	171.039	8.695	-10.232	1.123	50	170.674
<i>Information und Kommunikationsausstattung</i>	134.118	13.704	-9.303	84	34	138.637
<i>Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung</i>	680.767	18.501	-136.994	346	678	563.299
7. Kunstgegenstände, Denkmäler und museale Sammlungen	3.311.569	26	-70	—	614	3.312.139
8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	524.187	602.160	-6.985	-119.040	—	1.000.322
	42.978.518	717.266	-317.984	-22.890	45.456	43.400.368

Kumulierte Abschreibungen 01.01.2007 in Tsd. Euro	Abschreibungen Geschäftsjahr in Tsd. Euro	Abschreibungen Abgang Umbuchungen in Tsd. Euro	Kumulierte Abschreibungen 31.12.2007 in Tsd. Euro	Umgliederung Umlaufvermögen 31.12.2007 in Tsd. Euro	Buchwert 31.12.2007 in Tsd. Euro	Umgliederung Umlaufvermögen 31.12.2006 in Tsd. Euro	Buchwert 01.01.2007 in Tsd. Euro
-2.796.526	-94.397	14.072	-2.876.852	—	2.060.258	—	2.143.232
-2.300.834	-82.036	14.072	-2.368.798	—	1.502.168	—	1.572.948
-495.692	-12.361	—	-508.054	—	558.090	—	570.284
-1.943.300	-20.054	-2	-1.963.355	—	1.003.208	—	1.022.827
-3.550	-69	—	-3.618	—	1.710	—	1.553
-1.939.750	-19.985	-2	-1.959.737	—	1.001.498	—	1.021.274
-590.948	-21.852	101.941	-510.859	—	658.449	—	715.868
-582.620	-21.660	101.941	-502.339	—	652.973	—	710.423
-8.328	-192	—	-8.520	—	5.476	—	5.445
-5.330.774	-136.302	116.011	-5.351.066	—	3.721.915	—	3.881.927
-8.407	-1.187	—	-9.594	—	260.917	—	260.820
-5.029	-841	—	-5.870	—	133.604	—	133.270
-3.378	-347	—	-3.725	—	127.313	—	127.550
-739.516	-40.185	132.082	-647.619	—	224.991	—	246.408
-98.839	-12.171	9.530	-101.480	—	69.194	—	72.200
-95.656	-12.476	5.318	-102.814	—	35.823	—	38.461
-545.021	-15.538	117.233	-443.325	—	119.974	—	135.746
-56	-22	2	-76	—	3.312.063	—	3.311.514
—	-1	—	-2	—	1.000.320	—	524.187
-10.970.370	-287.235	158.202	-11.099.405	-150.790	32.150.171	-188.263	31.819.886

ANLAGENSPIEGEL (Fs.)

PER 31. DEZEMBER 2007

	Aktivierungswert 01.01.2007	Zugang	Abgang	Umbuchung	Nachaktivierung	Aktivierungswert 31.12.2007
	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Organisationen	10.305.370	1.652	-500.083	—	—	9.806.939
a) Landeseinrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO	26.593	—	—	—	—	26.593
b) Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO	109.456	1.523	—	—	—	110.979
c) Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO	259.199	—	—	—	—	259.199
d) Körperschaften, Anstalten und Stiftungen	2.956.716	—	—	—	—	2.956.716
e) Unternehmen in privater Rechtsform	6.953.406	129	-500.083	—	—	6.453.453
2. Beteiligungen	26.576	42.700	—	—	—	69.276
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	220.019	39.000	-2.250	—	—	256.769
4. Ausleihungen	395.131	763	-174.770	39	—	221.164
	10.947.096	84.115	-677.103	39	—	10.354.148
ANLAGEVERMÖGEN INSGESAMT	60.985.183	1.157.968	-1.008.807	—	45.940	61.180.284

Kumulierte Abschreibungen 01.01.2007 in Tsd. Euro	Abschreibungen Geschäftsjahr in Tsd. Euro	Abschreibungen Abgang Umbuchungen in Tsd. Euro	Kumulierte Abschreibungen 31.12.2007 in Tsd. Euro	Umgliederung Umlaufvermögen 31.12.2007 in Tsd. Euro	Buchwert 31.12.2007 in Tsd. Euro	Umgliederung Umlaufvermögen 31.12.2006 in Tsd. Euro	Buchwert 01.01.2007 in Tsd. Euro
—	—	—	—	—	9.806.939	—	10.305.370
—	—	—	—	—	26.593	—	26.593
—	—	—	—	—	110.979	—	109.456
—	—	—	—	—	259.199	—	259.199
—	—	—	—	—	2.956.715	—	2.956.715
—	—	—	—	—	6.453.453	—	6.953.406
—	—	—	—	—	69.276	—	26.576
—	—	—	—	—	256.769	—	220.019
—	—	—	—	—	221.164	—	395.132
—	—	—	—	—	10.354.148	—	10.947.096
-14.792.971	-564.429	159.835	-15.197.565	-150.790	45.831.929	-188.263	46.003.949

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS PER 31. DEZEMBER 2007

1 Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) legt hiermit per 31.12.2007 die zweite Schlussbilanz und die zweite Ergebnisrechnung vor. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr. Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte in sinngemäßer Anwendung der Regelungen des deutschen Handelsrechts sowie nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Ein verbindlicher Standard für das kaufmännische Rechnungswesen im öffentlichen Bereich liegt derzeit noch nicht vor. Die Bilanzierung und Bewertung orientierte sich daher an den anerkannten Standards kaufmännischer Buchführung. Hierzu gehörten neben dem Handelsgesetzbuch (HGB) der Entwurf des IDW (Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.) zur Rechnungslegung öffentlicher Verwaltung nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung (IDW ERS ÖFA 1) und die zurzeit im Bund-Länder-Arbeitskreis »Kosten-Leistungsrechnung/Doppik« der Finanzministerkonferenz entwickelten Standards für die staatliche doppelte Buchführung (staatliche Doppik).

Die FHH nimmt staatliche und gemeindliche Aufgaben durch Behörden, Ämter sowie durch juristische Personen des öffentlichen Rechts und durch privatrechtlich organisierte Tochterorganisationen wahr. Der Jahresabschluss wurde für den Bilanzierungskreis der Kernverwaltung (Kernbilanzierungskreis) aufgestellt. Dieser umfasste neben den genannten Behörden und Ämtern auch die Selbstbewirtschaftungsfonds nach § 15 Abs. 3 der Landeshaushaltsordnung (LHO), Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO und nettoveranschlagte Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO, die zum Stichtag über kein eigenständiges kaufmännisches Rechnungswesen verfügten.

Die Aufgaben der FHH (z.B. Bildung, Betreuung von Kindern und Jugendlichen, soziale Transferleistungen, Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ord-

nung durch Polizei, Justiz und Feuerwehr) unterscheiden sich wesentlich von den Aufgaben privatwirtschaftlicher Unternehmen. Hieraus leiten sich besondere Anforderungen an die Bewertungs- und Bilanzierungsmethoden für den öffentlichen Bereich ab. Diese sind im betriebswirtschaftlichen Fachkonzept zur Einführung der Doppik und zur Erstabibilanzierung in Hamburg detailliert festgelegt und erläutert worden. Für die Folgebilanzierung gilt die Bilanzierungsrichtlinie der FHH. Abweichungen gegenüber dem HGB wurden im Abschnitt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden näher erläutert.

Um die Übersichtlichkeit der Darstellung zu verbessern, wurden in der Bilanz und in der Ergebnisrechnung einzelne Posten zusammengefasst und im Anhang gesondert erläutert. Leerposten wurden nicht ausgewiesen. Von den nach dem Handelsrecht bestehenden Wahlrechten hinsichtlich der Bilanzierungshilfen, wie insbesondere zu Ingangsetzungsaufwendungen, wurde kein Gebrauch gemacht.

Die Bilanz orientierte sich am Gliederungsschema nach § 266 HGB, wurde aber an die spezifischen Besonderheiten staatlichen Handelns angepasst (im Sinne des § 265 Abs. 1 und 5 HGB). Das Vermögen wurde nach Politikfeldern gegliedert, für die das Vermögen jeweils genutzt wird. Dies lässt Rückschlüsse auf den Grad der Bindung des Vermögens für öffentliche Zwecke bzw. auf die Verwertungsmöglichkeiten zu.

Die Ergebnisrechnung wurde entsprechend § 275 Abs. 2 HGB nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Mit dem Begriff »Ergebnisrechnung« statt »Gewinn- und Verlustrechnung« wurde dem Aspekt Rechnung getragen, dass bei einer Gebietskörperschaft keine Gewinnerzielungsabsicht besteht. Auch in der Ergebnisrechnung wurde die Gliederung (vor allem bei den Umsatzerlösen) so angepasst, dass die Inhalte des staatlichen Handelns erkennbar werden.

Für Sachverhalte von untergeordneter Bedeutung gelten vereinfachte Verfahren und Wertgrenzen zur Ermittlung der Bilanzansätze. Abweichungen sind als wesentlich anzusehen, wenn sie

- das Jahresergebnis insgesamt um mindestens 10 % und außerdem um mindestens 0,25 % der Bilanzsumme oder
- die Bilanzsumme um mindestens 5 % oder
- besonders wichtige Einzelposten des Jahresabschlusses um mindestens 10 % verändern.

Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) und der Grundsatz der Wesentlichkeit in Anlehnung an HGB und IAS/IFRS wurden berücksichtigt. Die GoB entsprechen den Anforderungen, die an die Buchführung einer öffentlichen Gebietskörperschaft mit einem führenden kameralem Buchungssystem zu stellen sind.

Da die Leistungen einer juristischen Person des öffentlichen Rechts grundsätzlich nicht der Umsatzsteuerpflicht unterliegen und die FHH in der Regel nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, wurden Beträge grundsätzlich einschließlich Umsatzsteuer ausgewiesen. Die Bilanz und die Ergebnisrechnung wurden in Tausend Euro aufgestellt.

2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

2.1 Aktiva

Die Bewertung des Vermögens der FHH erfolgte zum 01.01.2006 (Zeitpunkt der erstmaligen Aufstellung der Eröffnungsbilanz) zu vorsichtig geschätzten Zeitwerten. In der laufenden Bilanzierung wird das Vermögen zu Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet. Die handelsrechtlichen Ansatzwahlrechte nach § 255 Abs. 2 HGB wurden nicht vollständig in die Ermittlung der Herstellungskosten einbezogen. Der fertigungsbedingte Werteverzehr von Anlagevermögen sowie die Kosten der allgemeinen Verwaltung wurden nicht berücksichtigt. Für bewegliche und immaterielle Vermögensgegenstände wurde eine Aktivierungsgrenze von 5.000 Euro brutto zugrunde gelegt.

Hamburg stellt Dritten Mittel für investive Zwecke zur Verfügung, wenn an der Wahrnehmung von Aufgaben außerhalb der Verwaltung ein erhebliches öffentliches Interesse besteht. Diese Investitionszuschüsse, mit denen Dritte bilanzierungsfähiges Anlagevermögen schaffen, wurden als immaterielle Vermögensgegenstände aktiviert. Der Geförderte verpflichtet sich in der Regel zu einer Gegenleistung. Die FHH bilanziert das hieraus entstehende Recht. Die Zuschüsse werden grundsätzlich über die Bindungszeit abgeschrieben. Die Nutzungsdauer beträgt in der Regel 25 Jahre. Abweichungen können aus den zugrunde liegenden Zuwendungsbescheiden resultieren oder aus bestimmten Einzelfällen (z.B. bei Pauschalförderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) und dem Hamburgischen Krankenhausgesetz (HmbKHG), hier beträgt die Nutzungsdauer zehn Jahre).

Standardbürosoftware wurde als Bestandteil der IuK-Hardware unter dem Bilanzposten »Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung« ausgewiesen.

Die Verkehrsinfrastrukturbauten (Straßenkörper), Deiche und Deichverteidigungsstraßen wurden je nach Typ in verschiedenen Sammelanlagen ausgewiesen. Gleiches gilt für Infrastrukturbauten in Parkanlagen und Grünflächen. Für Straßenbäume und für Anlagen zur Verkehrslenkung (z.B. Lichtsignalanlagen und Parkscheinautomaten) wurden Festwerte gebildet.

Im Posten »Kunstgegenstände, Denkmäler und museale Sammlungen« wurden die musealen Sammlungen in aussagekräftige Bewertungseinheiten (»Cluster«) aufgeteilt und Festwerte mit vorsichtig geschätzten Zeitwerten gebildet.

Bei den Anlagen im Bau wurden nur Fremdleistungen aktiviert.

Beim beweglichen Anlagevermögen wurden für die Bereiche Standardbüroausstattung, Sammlungen und Bibliotheken Festwerte gebildet.

Die Bewertung der verbundenen Organisationen und Beteiligungen wurde zur Eröffnungsbilanz grundsätzlich anhand der Eigenkapital-Spiegelbildmethode vorgenommen. Soweit diese Bewertung auf Grund wesentlicher stiller Reserven (über 250 Mio. Euro) zu bedeutenden Abweichungen zum Zeitwert führten, wurden die Unternehmenswerte durch Gutachten ermittelt. Diese Wertansätze werden in den

Folgebilanzen als Anschaffungskosten für das Finanzanlagevermögen fortgeführt. Sie unterliegen keiner planmäßigen Abschreibung.

Wertpapiere des Anlagevermögens und Ausleihungen wurden mit ihren Anschaffungskosten bzw. zu Marktpreisen bilanziert. Es fand keine laufende Anpassung an Veränderungen des Eigenkapitals der Finanzanlagen statt.

Die Ausgründung von Vermögen bzw. von Organisationseinheiten der FHH erfolgte in Anlehnung an die handelsrechtlichen Vorschriften (Umwandlungsgesetz, UmwG) vom 28.10.1994, wobei die ausgegliederte Organisation grundsätzlich das eingebrachte Vermögen mit dem Buchwert der FHH zum Zeitpunkt der Ausgründung bilanziert.

Die planmäßige Abschreibung von Vermögensgegenständen erfolgte linear. Für die Festlegung der jeweiligen Nutzungsdauer galt die an das Steuerrecht angelehnte Abschreibungstabelle der FHH.

Aus Gründen der Wesentlichkeit galt bei den Vorräten eine Aktivierungsgrenze für Lagerbestände von mindestens 50.000 Euro je Vorratsgut oder ein Gesamtwert des Lagers von mindestens 500.000 Euro. Im Jahresverlauf wurde ein vollständiger Verbrauch der bevorrateten Güter unterstellt. Die Bewertung erfolgte vereinfachend zu Anschaffungs- und Herstellungskosten bzw. zu Durchschnittspreisen. Es wurden keine unfertigen Erzeugnisse/Leistungen ausgewiesen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden mit ihrem Nennbetrag aktiviert. Soweit Wertberichtigungsbedarf besteht, wird dieser auf getrennten Konten gezeigt. Bei den Forderungen und Verbindlichkeiten sind auch die Geschäftskonten der verbundenen Organisationen enthalten. Die Organisationen haben jeweils mehrere Konten.

Bei ausstehenden Gemeinschaftssteuern wurde nur der Anteil Hamburgs als Forderung bilanziert.

Rechnungsabgrenzungsposten wurden grundsätzlich unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit erst ab einer Wertgrenze von 10 Mio. Euro bilanziert. Auf die Abgrenzung von Mietaufwendungen und Steuervorauszahlungen wurde daher zunächst verzichtet. Das Wahlrecht nach § 250 Abs. 3 HGB zur Aktivierung von Disagien wurde dahingehend ausgeübt, dass Disagien immer abgegrenzt werden.

2.2 Passiva

Investive Zuschüsse und Zuwendungen von Dritten werden in der Bilanz im Bruttoverfahren als Sonderposten ausgewiesen und über den gleichen Zeitraum wie die bezuschusste Anlage abgeschrieben.

Die Sonderposten für Beiträge und Gebühren beinhalten u.a. allgemeine Wegebau-, Sielbau- und Sielanschluss- und Straßenausbaubeiträge. Eine exakte Koppelung an die damit finanzierten Anlagen, z.B. Straßen, ist nicht möglich. Daher wurden vereinfachend Jahressummen gebildet, die über eine durchschnittliche Nutzungsdauer von 25 Jahren aufgelöst werden.

Hinsichtlich der Pensionsrückstellungen wurde das Wahlrecht des Art. 28 Abs. 1 Satz 1 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) einheitlich dahingehend ausgeübt, dass auch Altzusagen (Ansprüche, die vor dem 01.01.1987 erworben wurden) passiviert werden. Die Rückstellungen wurden anhand der anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik auf Basis eines Rechnungszinsfußes von 6% (vgl. § 6a Abs. 3 Satz 3 Einkommensteuergesetz) berechnet.

Die öffentliche Verwaltung ist verpflichtet, Beamten, Richtern, Bürgermeistern, Senatoren und den mit Sonderarbeitsvertrag nach beamtenrechtlichen Grundsätzen Beschäftigten auch nach Eintritt in den Ruhestand Beihilfen im Krankheitsfall zu gewähren. Die entsprechende Rückstellung wurde anhand von Vorjahreswerten als prozentualer Anteil an den Pensionsrückstellungen ermittelt.

Für Rückzahlungsverpflichtungen aus Steuereinnahmen, der Steuererlegung und vergleichbaren Finanzbeziehungen wie dem Länderfinanzausgleich wurden Rückstellungen gebildet. Unter Beachtung der Wesentlichkeit galt bei den Steuereinnahmen eine Wertgrenze von 50 Mio. Euro je Einzelfall.

Für Instandhaltung, Drohverluste und die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen wurden keine Rückstellungen passiviert. Auf die Bildung von Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub und geleistete Überstunden wurde wegen des erheblichen dezentralen Erhebungsaufwandes bis zur Einführung eines zentralen Zeitwirtschaftssystems in der FHH verzichtet.

Für Altlastensanierung sowie Schadstoff- und Gefahrgutentsorgung wurden nur bei anstehenden Sanierungen Rückstellungen gebildet. Bei den sonstigen Rückstellungen (insbesondere für Prozesskosten, Schadensersatz, Ausgleichsmaßnahmen und allgemeine Aufwands- und Verbindlichkeitsrückstellungen) galt aus Gründen der Wesentlichkeit eine Wertgrenze von 100.000 Euro je Einzelfall.

Für Rückbauverpflichtungen wurden nur Rückstellungen bilanziert, wenn eine hinreichende Eintrittswahrscheinlichkeit bestand. Dies war bei vielen Mietverträgen absehbar nicht gegeben. Sofern Rückstellungen für Rückbauten ausgewiesen wurden, wurden diese nicht ratierlich über die Nutzungsdauer, sondern direkt in voller Höhe der zu erwartenden Aufwendungen berechnet. Auch hier betrug die Wertgrenze 100.000 Euro je Einzelfall.

Für die Inanspruchnahme der Altersteilzeit im Blockmodell und Sabbatjahre wurden Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten gebildet. Es erfolgte keine Abzinsung. Rückstellungen für mögliche, aber noch nicht in Anspruch genommene Altersteilzeiten wurden nicht gebildet.

Die sonstigen Rückstellungen wurden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ermittelt.

Im Zusammenhang mit den langfristig aufgenommenen Krediten und Anleihen werden Zinsswapgeschäfte getätigt. Diese Derivatgeschäfte beziehen sich in Höhe und Laufzeit auf die zugrunde liegenden Kreditgeschäfte. Wegen der somit gegebenen Konnexität wurden diese Derivate nicht aktiviert. Es wurden nur die daraus

resultierenden Erträge und Aufwendungen in der Ergebnisrechnung berücksichtigt.

Verbindlichkeiten wurden mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert, sofern es sich nicht um verzinsliche Leasingverbindlichkeiten handelt.

Systemimmanent traten Abweichungen zwischen dem Ergebnis laut Bilanz und Ergebnisrechnung auf. Die Abweichungen waren auf Unterschiede zwischen dem kameralen und dem kaufmännischen Rechnungswesen und den daraus resultierenden unterschiedlichen Buchungen zurückzuführen. Die Ergebnisrechnung und die Nettoposition der Bilanz wurden daher um den Posten »Kamerale Überleitung« ergänzt. Die Abweichungen wurden unter »Sonstige Erträge« ausgewiesen.

Zur Eröffnungsbilanz wurden Umgliederungen am Kontenplan der FHH vorgenommen.

2.3 Ergebnisrechnung

Abweichend vom handelsrechtlichen Begriff der Umsatzerlöse wurde bei den Erträgen der FHH zwischen Erträgen aus Verwaltungstätigkeit (insbesondere Steuererträgen) und Erträgen aus Transferleistungen unterschieden.

Zu den Erträgen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben zählten die Einnahmen aus Gemeinschaftssteuern, Landes- und Gemeindesteuern. Zu den Gemeinschaftssteuern gehören Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer. Das Aufkommen wird in den Ländern vereinnahmt, steht aber Bund und Ländern nach Art. 106 Abs. 3 Satz 1 Grundgesetz gemeinsam zu. In der Ergebnisrechnung wurde nur der Hamburg zustehende Anteil ausgewiesen.

Bei Steuern, die ohne Zahlungsbescheide vereinnahmt werden (Quellensteuern), gilt der Zeitpunkt der Vereinnahmung als Ertragszeitpunkt. Bei den Steuererträgen wurden auch die Rückerstattungsverpflichtungen der FHH gebucht.

Aufwendungen für selbst erstellte Vermögenswerte wurden nur als Eigenleistungen aktiviert, wenn sie in einem EDV-gestützten Verfahren verbucht wurden und nachgewiesen werden konnten.

Anhand der Beitreibungsquoten der Kasse.Hamburg, der Steuerkasse und der Justizkasse wurden bei den Forderungen gegen Dritte Pauschalwertberichtigungen vorgenommen. Diese wurden unter »Sonstige Aufwendungen« gezeigt. Mit den Quoten soll den unterschiedlich hohen Forderungsausfällen in den verschiedenen Bereichen Rechnung getragen werden.

Im Zusammenhang mit Kreditaufnahmen der FHH wurden Zinssicherungsgeschäfte getätigt. Die hieraus resultierenden Zinserträge und Zinsaufwendungen eines Geschäfts wurden zusammengefasst ausgewiesen.

3 Erläuterungen zur Bilanz

3.1 Allgemeine Hinweise

Für den Ausweis einiger Bilanzposten (insbesondere für Rückstellungen) waren manuelle Erhebungen und Abfragen bei den Fachbehörden und Ämtern erforderlich.

Die Prüfung der Eröffnungsbilanz und des Jahresabschlusses per 31.12.2006 durch den Rechnungshof der FHH führte zu Korrekturen (vgl. hierzu im Einzelnen den Jahresbericht des Rechnungshofs der FHH vom 03.01.2008). Im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten 2007 wurde darüber hinaus weiterer Korrekturbedarf ermittelt. Die Eröffnungsbilanz und der Jahresabschluss 2006 wurden im Geschäftsjahr 2007 berichtigt.

a) Korrekturen zur Eröffnungsbilanz per 01. 01. 2006

Übersicht der Korrekturen zur Eröffnungsbilanz (EB) per 01. 01. 2006

	Veröffentlichte Werte in Mio. Euro	Korrigierte Werte in Mio. Euro	Veränderungen in Mio. Euro	Anmerkungen
AKTIVA				
A. ANLAGEVERMÖGEN	46.595	46.714	119	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.163	3.163	0	
II. Sachanlagen	32.826	31.833	-993	<i>Insbesondere Wertanpassung der Hafengrundstücke; Anpassungen im Bereich Bauten für eigene Zwecke</i>
III. Finanzanlagen	10.606	11.718	1.112	<i>Nachaktivierung des Sondervermögens »Stadt und Hafen«; Korrektur des Beteiligungsansatzes der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteili- gungsmanagement mbH</i>
B. UMLAUFVERMÖGEN	2.649	2.043	-606	
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	129	129	0	
II. Vorräte	1	1	0	
III. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.589	1.704	115	<i>Anpassung gestundeter und ausgesetzter Steuer- forderungen; Korrektur der Darlehensforderungen und weiterer Forderungsbestände</i>
IV. Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	
V. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben und Schecks	930	209	-721	<i>Anpassung der Bankbestände</i>
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	244	244	0	
	49.488	49.001	-487	
PASSIVA				
A. EIGENKAPITAL	3.302	3.024	-278	<i>u. a. Umgliederung des Kontenplans der FHH</i>
B. SONDERPOSTEN	2.087	2.087	0	
C. RÜCKSTELLUNGEN	20.262	20.260	-2	<i>Anpassung der Gewährleistungsrückstellungen und der Personalverpflichtungen ggü. der Hamburg Port Authority AöR (HPA)</i>
D. VERBINDLICHKEITEN	23.836	23.629	-207	<i>Anpassung der Verbindlichkeiten für die Kindertages- stättenbetreuung, Kassenkredite, Bundesbankverbind- lichkeiten</i>
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	1	1	0	
	49.488	49.001	-487	

b) Korrekturen zum Jahresabschluss per 31. 12. 2006

Übersicht der Korrekturen zur Bilanz per 31. 12. 2006

	Ver- öffentliche Werte in Mio. Euro	Korrigierte Werte in Mio. Euro	Verän- derungen in Mio. Euro	davon Ver- änderungen zur EB per 01. 01. 2006 in Mio. Euro	davon lfd. Verän- derungen 2006 in Mio. Euro	Anmerkungen
AKTIVA						
A. ANLAGEVERMÖGEN	45.957	46.004	46	119	-73	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.261	3.237	-24	0	-24	<i>u.a. Anpassungen zur Bilanzierung von Baggergut</i>
II. Sachanlagen	32.830	31.820	-1.010	-993	-17	<i>Anpassungen im Bereich der Bauten für eigene Zwecke</i>
III. Finanzanlagen	9.866	10.947	1.081	1.112	-31	<i>Anpassung der Beteiligung Hamburgischer Versorgungsfonds AöR (HVF)</i>
B. UMLAUFVERMÖGEN	3.182	2.798	-384	-606	222	
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	188	188	0	0	0	
II. Vorräte	3	5	2	0	2	<i>Anpassung der Lagerbestände</i>
III. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.030	1.639	609	115	494	<i>Anpassung der Steuerforderungen und Forderungen ggü. dem Hamburgischen Versorgungsfonds AöR (HVF)</i>
IV. Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	
V. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben und Schecks	1.960	965	-995	-721	-274	<i>Anpassung der Bankbestände</i>
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	283	283	0	0	0	
	49.423	49.085	-338	-487	149	

	Ver- öffentliche Werte in Mio. Euro	Korrigierte Werte in Mio. Euro	Verän- derungen in Mio. Euro	davon Ver- änderungen zur EB per 01.01.2006 in Mio. Euro	davon lfd. Verän- derungen 2006 in Mio. Euro	Anmerkungen
PASSIVA						
A. EIGENKAPITAL	2.741	2.287	-454	-278	-176	Saldo aus kameraler Überleitung (170 Mio. Euro) und Anpassung des Jahres- ergebnisses 2006
B. SONDERPOSTEN	1.919	1.920	1	0	1	Anpassung des Sonderpostens für Beiträge
C. RÜCKSTELLUNGEN	19.879	20.124	245	-2	247	Insbesondere Korrektur der Rückstellungen für Gewährträgerhaftung und für Beihilfen
D. VERBINDLICHKEITEN	24.882	24.752	-130	-207	77	u.a. Anpassung der Steuerverbindlichkeiten, Personalverbindlichkeiten
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	1	1	0	0	0	
	49.423	49.085	-338	-487	149	

c) Korrekturen zur Ergebnisrechnung 2006

Übersicht der Korrekturen zur Ergebnisrechnung 2006

	Veröffentlichte Werte in Mio. Euro	Korrigierte Werte in Mio. Euro	Veränderungen in Mio. Euro	Anmerkungen
1. Erträge aus Verwaltungstätigkeit	9.016	9.188	172	Anpassung der Erträge aus Steuern
2. Erträge aus Transferleistungen	682	682	0	Insbesondere Korrektur der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen; Saldo aus kameraler Überleitung (102 Mio. Euro)
3. Sonstige Erträge	443	540	97	Aufwandskorrektur bzgl. der Endabwicklung eines Veräußerungsvorganges mit der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH; Bestandsmehrung Lager (Medikamente)
4. Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit	1.014	1.004	-10	
5. Personalaufwendungen	3.823	3.851	28	Korrektur der Beihilfeaufwendungen
6. Aufwendungen für Transferleistungen	3.450	3.461	11	Anpassungen der Aufwendungen für Zuwendungen an die Hamburg Port Authority AöR (HPA), Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten gGmbH (KITA) und fördern und wohnen AöR (f & w)
7. Aufwendungen für den Länderfinanzausgleich	631	636	5	Aufwandskorrektur für die Zuführung zur Rückstellung für die Abschlusszahlung 2006
8. Abschreibungen	611	611	0	Insbesondere Aufwandskorrekturen für die Zuführung zu Gewährleistungsrückstellungen; Finanzanlage Hamburgischer Versorgungsfonds AöR (HVF); Zuschuss für die Unterbringung von Baggergut und Trockenaufhöhung an die Hamburg Port Authority AöR (HPA); Aufwand für Bauten für eigene Zwecke
9. Sonstige Aufwendungen	299	549	250	
10. VERWALTUNGSERGEBNIS	313	298	-15	Saldo
11. Erträge aus Beteiligungen	32	32	0	
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	20	29	9	Korrektur der Erträge aus der Beteiligung Hamburgischer Versorgungsfonds AöR (HVF)
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	20	20	0	
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	945	946	1	Korrektur der Zinsaufwendungen
15. FINANZERGEBNIS	-873	-865	8	Saldo
16. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT / JAHRESFEHLBETRAG	-561	-567	-6	Saldo

3.2 Allgemeine Hinweise zum Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens im Berichtsjahr 2007 ist im Anlagenspiegel dargestellt.

3.3 Immaterielle Vermögensgegenstände

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen stellten die geleisteten Investitionszuschüsse mit 2.961 Mio. Euro den größten Posten dar. Von den in 2007 aktivierten Investitionszuschüssen wurden u.a. an das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – KöR (UKE) 115 Mio. Euro, 30 Mio. Euro für Fördermittel nach § 22 HmbKHG und 10 Mio. Euro an die Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft für U-Bahn-Verkehrswege geleistet.

Die wesentlichen Veränderungen bei den geleisteten Anzahlungen betrafen mit 96 Mio. Euro den Bereich Verkehr (u.a. 48 Mio. Euro für den Bau der U-Bahn Hafen-City, 16,5 Mio. Euro für den Bau der S-Bahn zum Flughafen) sowie mit 38 Mio. Euro den Bereich Krankenhäuser (u.a. 6,6 Mio. Euro für das Marienkrankenhaus, 7,9 Mio. Euro für die Endo-Klinik, 3,8 Mio. Euro für das Diakonie-Klinikum Hamburg und 4,5 Mio. Euro für das Allgemeine Krankenhaus St. Georg). Mit einer Aktivierung dieser immateriellen Anlagen im Bau kann ab 2008 gerechnet werden.

3.4 Sachanlagen

Grundstücke und die darauf errichteten Bauten wurden für eigene Zwecke und für Infrastrukturvermögen getrennt ausgewiesen. Statt des handelsrechtlichen Bilanzpostens »Technische Anlagen und Maschinen« wurde aufgrund der besonderen Vermögensstruktur der FHH der Posten »Anlagen zur Verkehrslenkung, Ver- und Entsorgung« ausgewiesen. Darüber hinaus gibt es einen Bilanzposten »Kunstgegenstände, Denkmäler und museale Sammlungen«.

Die für Grundstücke vorgenommenen Abschreibungen auf Altlasten wurden im Anlagenspiegel ausgewiesen.

Bei den Bauten wurden auch Vermögensgegenstände aus Finanzierungsleasing bilanziert, deren wirtschaftliche Eigentümerin Hamburg ist. Der gesamte Buchwert dieser Vermögensgegenstände betrug 187 Mio. Euro. Hierzu zählten das Polizeipräsidium (94 Mio. Euro), die Fachhochschule Berliner Tor (32 Mio. Euro), das Dienstgebäude in der Billstraße 84 (60,5 Mio. Euro) sowie zwei Gebäude der Feuerwehr (0,4 Mio. Euro). Die hieraus bestehenden Leasingverbindlichkeiten wurden bei den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Der laufende Buchwert des Postens »Bauten für eigene Zwecke« erhöhte sich durch die Fertigstellung diverser Schulbauten bzw. Schulbaumaßnahmen.

Zwischen den Bauten, Parks, Grünflächen und Sportanlagen wurden Umbuchungen der Sportplätze und Sportanlagen durchgeführt, um sie der richtigen Anlagenklasse zuzuordnen.

Die Änderungen unter dem Posten »Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts-

ausstattung« beruhten im Wesentlichen auf Zugängen bei Polizei und Feuerwehr und auf Abgängen aufgrund der Ausgliederung von Verwaltungseinheiten.

Die Veränderungen bei den »Anlagen im Bau« beinhalteten 177 Mio. Euro Zuwendungen der FHH für Hafenaumaßnahmen an die Hamburg Port Authority AöR (HPA). Teilmaßnahmen werden voraussichtlich bis Ende 2008 fertiggestellt. Des Weiteren enthielt der Posten 89 Mio. Euro für den Bau des Konzertbereichs der Hamburger Elbphilharmonie. Die übrigen Investitionen verteilten sich auf verschiedene hochbauliche Maßnahmen (u.a. Erweiterungsbau des Bernhard-Nocht-Instituts, Baumaßnahmen der Universität Hamburg) und Straßenbaumaßnahmen.

3.5 Finanzanlagen

Die Finanzanlagen beliefen sich auf insgesamt 10,35 Mrd. Euro und sind in der Beteiligungsübersicht einzeln aufgeführt. Diese Übersicht enthält alle direkt- und indirekt verbundenen Tochterorganisationen und Beteiligungen.

Als Zugänge bei den direkten Beteiligungen i.H.v. 42,7 Mio. Euro wurden die Sacheinlage Grundstück Kaispeicher A sowie die Einlage des Haftkapitals für die in 2007 gegründete Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG ausgewiesen. Die Zugänge bei den Wertpapieren standen im Zusammenhang mit den Sondervermögen (»kamerale Versorgungsrücklagen«), die Hamburg zur Finanzierung zukünftiger Versorgungsverpflichtungen führt. Die Abgänge an den Anteilen an verbundenen Organisationen hatten ihre Ursache im Verkauf von Anteilen an der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg an die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH. Im Bereich der Ausleihungen ging der Abgang im Wesentlichen auf den Erlass von Trägerdarlehen und Darlehenstilgungen zurück.

Das per 01.01.2007 als Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO gegründete Hamburger Institut für Berufliche Bildung wird in der Übergangszeit bis zur Einführung eines kaufmännischen Rechnungswesens weiterhin im Kernbilanzierungskreis (KBK) geführt.

Landeseinrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO und Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO sind aufgrund ihrer wirtschaftlichen Selbstständigkeit grundsätzlich als Finanzanlagen zu klassifizieren. Sofern ihr Rechnungswesen noch in den Hamburger Haushalt integriert ist, sind sie vollständig im KBK enthalten.

Hierzu gehören folgende Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO:

- Staatlicher Hochbau der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU)
- Landesfeuerwehrschule
- Institut für Hygiene und Umwelt
- Landesbetrieb Bernhard-Nocht-Institut (Forschung)
- Wassergütestelle Elbe der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU)
- Zentrum für Aus- und Fortbildung
- Hochschule der Polizei

sowie folgende Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO:

- Zusatzversorgung der FHH
- Zusätzlicher Versorgungsfonds der FHH
- Versorgungsrücklage der FHH
- Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Abgeordneten der Bürgerschaft
- Schuldendienstrücklage
- Ausgleichsrücklage nach dem Schwerbehindertengesetz
- Allgemeine Rücklage
- Sondervermögen für Naturschutz und Landschaftspflege der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU)
- Grundstock für Grunderwerb
- Tierseuchenkasse der FHH
- Vermächtnis »Borsteler Jäger«

Die vier erstgenannten Sondervermögen (»kamerale Versorgungsrücklagen«) führt die FHH zur Finanzierung zukünftiger Versorgungsverbindlichkeiten. Diese Sondervermögen gingen über die daraus investierten Finanzanlagen bzw. den Geschäftskontobestand in die Bilanz ein. Sofern das Sondervermögen in eigene Landesobligationen (Hamburg ist zugleich Emittentin) investiert wurde, erfolgte kein Bilanzausweis. Die Sondervermögen beinhalteten folgende Beträge:

SONDERVERMÖGEN	Betrag in Mio. Euro
Zusatzversorgung der FHH	60
Zusätzlicher Versorgungsfonds der FHH	71
Versorgungsrücklage der FHH	134
Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Abgeordneten der Bürgerschaft	1

3.6 Zum Verkauf bestimmte Grundstücke

Unter diesem Posten wurden Grundstücke zur baldigen Veräußerung im Wert von 150,8 Mio. Euro bilanziert. Hierbei handelte es sich im Wesentlichen um geplante Verkäufe von Wohnungsbau- und Gewerbeflächen sowie um entbehrliche Grundstücke zur Vermögensmobilisierung.

3.7 Vorräte

Unter den Vorräten von 5 Mio. Euro wurden die Läger von Polizei und Feuerwehr in Höhe von 2,6 Mio. Euro und das Lager der Behörde für Soziales, Gesundheit, Familie und Verbraucherschutz (BSG; Medikamente) in Höhe von 2,2 Mio. Euro bilanziert.

3.8 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Bei den Forderungen wurde aufgrund der öffentlichen Besonderheiten eine vom Handelsrecht abweichende Gliederung vorgenommen. Statt Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden allgemein »Forderungen gegen Dritte (ohne den öffentlichen Bereich)« ausgewiesen.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände setzten sich wie folgt zusammen:

ART DER FORDERUNGEN	Gesamt 31.12.2006 in Mio. Euro	Gesamt 31.12.2007 in Mio. Euro	Davon mit RLZ < 1 Jahr in Mio. Euro	Davon mit RLZ > 1 Jahr in Mio. Euro
Forderungen gegen Dritte (ohne den öffentlichen Bereich)	817	1.155	1.049	106
Wertberichtigungen auf Forde- rungen gegen Dritte	-370	-541	-541	—
Forderungen gegen verbundene Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	764	401	358	43
Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	141	543	189	354
Sonstige Vermögensgegenstände	288	493	449	44
GESAMT	1.640	2.051	1.504	547

Die Forderungen gegen Dritte beinhalteten u.a. Steuerforderungen in Höhe von 780 Mio. Euro und Forderungen aufgrund von Sozialhilfedarlehen von 71 Mio. Euro.

Die Forderungen gegen verbundene Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis bestand, umfassten u.a. Salden der Geschäftskonten der öffentlichen Unternehmen in einer Gesamthöhe von 88 Mio. Euro, Drittmittel von 113 Mio. Euro sowie Versorgungsbezüge und Ruhegelder der Behörde für Soziales, Gesundheit, Familie und Verbraucherschutz (BSG) für die Tochterorganisation f & w fördern und wohnen AöR von 60 Mio. Euro.

Die Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich enthielten u.a. Forderungen nach § 107b BeamtVG von 354 Mio. Euro, Umsatzsteuer Landesanteil IV. Quartal 2007 von 19 Mio. Euro und Forderungen gegen ausgegründete Bereiche von 24 Mio. Euro.

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen wurden u.a. nicht ausgezahlte investive Zuwendungen von 213 Mio. Euro. ausgewiesen.

Auf Forderungen wurden insgesamt Wertberichtigungen in Höhe von 541 Mio. Euro vorgenommen. Davon entfielen 456 Mio. Euro auf Steuerforderungen.

3.9 Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

Der hier ausgewiesene Betrag von 1.326,7 Mio. Euro umfasste Bankguthaben in Höhe von rund 1,8 Mio. Euro, 1.322 Mio. Euro Termin- und Tagesgelder sowie einen Bestand an liquiden Mitteln bei der Kasse.Hamburg per 31.12.2007 in Höhe von 2,9 Mio. Euro.

3.10 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 277,8 Mio. Euro wurden Disagien aus Kreditaufnahmen in Höhe von 17,4 Mio. Euro sowie 181,4 Mio. Euro Beamten- und Abgeordnetenbezüge ausgewiesen. Gebucht wurden hier außerdem Vorauszahlungen für Sozialhilfe und Kindertagesstätten in Höhe von 78,9 Mio. Euro, die bereits im Dezember für das Folgejahr ausgezahlt wurden.

3.11 Eigenkapital

Das Eigenkapital der FHH entwickelte sich im Berichtsjahr wie folgt:

EIGENKAPITAL	Netto- position in Mio. Euro	Ergebnis- vortrag in Mio. Euro	Jahres- ergebnis in Mio. Euro	Summe Eigenkapital in Mio. Euro
Stand per 01.01.2007	2.855	0	0	2.855
Jahresfehlbetrag 2006	—	–567	—	–567
Jahresüberschuss 2007	—	—	102	102
Stand per 31.12.2007	2.855	–567	102	2.390

Der Jahresfehlbetrag des Abschlusses 2006 in Höhe von 567 Mio. Euro wurde als Ergebnis vorgetragen. Durch das positive Jahresergebnis 2007 in Höhe von 102 Mio. Euro ergab sich per 31.12.2007 ein Eigenkapital in Höhe von 2.390 Mio. Euro.

3.12 Sonderposten

Die Sonderposten in Höhe von 1.774 Mio. Euro (Vorjahr: 1.921 Mio. Euro) umfassten erhaltene Investitionszuschüsse von 1.543 Mio. Euro (Vorjahr: 1.678 Mio. Euro), Sonderposten aus Beiträgen von 230 Mio. Euro (Vorjahr: 243 Mio. Euro) sowie Sonderposten aus Sachspenden von 1 Mio. Euro. Bei den Sonderposten wurden anteilige ertragswirksame Auflösungen berücksichtigt. Die Sonderposten für erhaltene

Investitionszuschüsse bis 2005 und die Sonderposten aus Beiträgen werden über 25 Jahre linear aufgelöst. Die Auflösung der neugebildeten Sonderposten für Investitionszuschüsse orientiert sich seit 2006 an der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstandes.

3.13 Rückstellungen

Die Rückstellungen entwickelten sich im Berichtsjahr wie folgt:

Rückstellungsspiegel

RÜCKSTELLUNGEN	Stand 01.01.2007 in Mio. Euro	Umgliederung in Mio. Euro	Zuführung in Mio. Euro	Auflösung/ Verbrauch in Mio. Euro	Stand 31.12.2007 in Mio. Euro
Pensionsrückstellungen	17.052	23	1.175	2.002	16.202
Beihilferückstellungen	1.910	—	92	137	1.865
Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtung	5	—	6	—	11
Rückstellungen für Prozessrisiken und -kosten	44	—	55	1	98
Rückstellungen für Schadensersatz	12	—	—	12	0
Rückstellungen für Verlustübernahmeverpflichtungen	122	—	57	—	179
Rückstellungen für Bürgschaften und Gewährleistungsverpflichtungen	401	13	212	356	244
Rückstellungen für Altlastensanierungen	190	—	—	65	125
Rückstellungen für Ausgleichsmaßnahmen	22	—	—	8	14
Rückstellungen für Altersteilzeit und Sabbatjahre	124	—	6	17	113
Allgemeine Aufwandsrückstellungen	9	—	2	1	10
Verbindlichkeitsrückstellungen	234	-23	1.180	147	1.290
GESAMT	20.125	13	2.785	2.746	20.151

Zusagen für Pensionen und ähnliche Versorgungsleistungen bestanden für folgende Personengruppen:

- hamburgische Beamte sowie die mit Sonderarbeitsvertrag Beschäftigten bei Erreichen der Altersgrenze bzw. im Falle der Invalidität (§§ 4 ff. BeamtVG),
- Hinterbliebene (Witwen, Witwer und Waisen) der hamburgischen Beamten und zusätzlich für die Gewährung von Sterbegeld (§§ 16 ff. BeamtVG),
- Arbeitnehmer (hamburgisches Zusatzversorgungsgesetz),
- Bürgermeister und Senatoren sowie deren Hinterbliebene (Altersruhe- und Übergangsgeld gem. §§ 13 ff. SenatsG) sowie
- Abgeordnete der Bürgerschaft (Altersruhe- und Übergangsgeld gem. §§ 9 ff. hamburgisches Abgeordnetengesetz).

Übersicht über die gebildeten Pensionsrückstellungen:

PENSIONS-RÜCKSTELLUNGEN	Aktiv Beschäftigte		Versorgungsempfänger	
	in Mio. Euro	Anzahl	in Mio. Euro	Anzahl
Beamte	6.578	37.031	8.202	30.810
Tarifbeschäftigte	396	24.258	1.026	29.403
GESAMT	6.974	61.289	9.228	60.213

Die notwendigen Rückstellungsbedarfe wurden durch das versicherungsmathematische Gutachten vom 26.04.2008 auf Basis anerkannter Generationensterbetafeln (Richttafeln 2005 G nach Heubeck) unter Verwendung eines Rechnungszinsfußes von 6% ermittelt.

Berücksichtigt wurden die linearen Erhöhungen für die Beamten und Versorgungsempfänger in Höhe von 1,9% sowie für den Tarifbereich (nur Aktive) in Höhe von 2,9%. Die regelmäßigen Anpassungen von 1% für den Tarifbereich (Passive) sind generell enthalten.

In das Gutachten nicht aufgenommen wurden die Rückstellungsbedarfe für die Abgeordneten der Bürgerschaft. Da hier besonders komplexe Rechtsregelungen gelten, gibt es keine standardisierte versicherungsmathematische Berechnungsmethode. Der Rückstellungsbedarf in Höhe von 2,4 Mio. Euro wurde auf Grundlage der durchschnittlichen Aufwendungen der letzten drei Jahre ermittelt.

Bereiche von untergeordneter Bedeutung und Sonderregelungsfälle waren nicht Gegenstand des Gutachtens. Die Ermittlung dieser Verpflichtungen erfolgte in Anlehnung an die gutachterlichen Bewertungen.

Gruppier nach Bewertungsbereichen setzten sich die Pensionsrückstellungen wie folgt zusammen:

PENSIONS-RÜCKSTELLUNGEN NACH BEWERTUNGSBEREICHEN	Aktiv Beschäftigte in Mio. Euro	Versorgungs- empfänger in Mio. Euro
Beamte der Kernverwaltung	6.282	8.083
Tarifbeschäftigte der Kernverwaltung	354	1.020
Abgeordnete der Bürgerschaft	–	2
Altbestand der Versorgungsempfänger des Universitäts- klinikums Hamburg-Eppendorf	–	49
Bürgermeister und Senatoren	29	60
Waisen	–	14
Unverfallbare Anwartschaften der Tarifbeschäftigten	13	–
Ehemalige Tarifbeschäftigte des Landesbetriebs Krankenhäuser / Asklepios Kliniken Hamburg GmbH	28	–
Verpflichtungen nach § 107b BeamtVG	268	–
GESAMT	6.974	9.228

Der Rückgang der Pensionsrückstellungen zum Vorjahr von 850 Mio. Euro war insbesondere auf Umgliederungen im Bereich der Versorgungsverbindlichkeiten zurückzuführen. Verbindlichkeiten gegenüber Landeseinrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO (sofern eigene Pensionsrückstellungen gebildet wurden) und nach § 26 Abs. 1 LHO von 812 Mio. Euro wurden bei den Verbindlichkeitsrückstellungen berücksichtigt.

Die Rückstellung für Rückzahlungsverpflichtung betraf den Länderfinanzausgleich 2006 i.H.v. 5 Mio. Euro und 2007 i.H.v. 6 Mio. Euro. Die Bewertung der Rückstellung für 2007 erfolgte im Rahmen einer qualifizierten Schätzung anhand der Spitzabrechnungen der vorangegangenen drei Jahre.

Die Zuführung bei den Prozesskostenrückstellungen von 55 Mio. Euro bezog sich auf diverse Gerichtsprozesse ab einem Prozesskostenvolumen von über 100.000 Euro. Sofern ein Prozess bereits anhängig oder mit hinreichender Wahrscheinlichkeit mit einer Klageerhebung zu rechnen war, wurden die vollen Prozesskosten angesetzt.

Die Rückstellung für Verlustübernahmeverpflichtungen erhöhte sich im Wesentlichen durch die Anpassung der Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Tochterorganisationen von 57 Mio. Euro.

Bei den Rückstellungen für Bürgerschaften und Gewährleistungsverpflichtungen wurden 20 Mio. Euro zur Inanspruchnahme von Bürgerschaften und 224 Mio. Euro

für negative Eigenkapitalwerte von Tochterorganisationen bilanziert. Da einige Abschlüsse von Tochterorganisationen zum Bilanzstichtag nicht vorlagen, wurde analog zum Vorjahr eine Rückstellung für negative Eigenkapitalwerte gebildet. Die Rückstellung für das negative Eigenkapital von f & w fördern und wohnen AöR über 356 Mio. Euro wurde aufgelöst, da die Tochterorganisation in 2007 ein positives Kapital auswies. 13 Mio. Euro von der Hamburg Port Authority AöR (HPA) übernommene Personalrückstellungen wurden zu den Verbindlichkeiten umgegliedert.

Für künftige Kosten der Sicherung und Sanierung von Altlasten wurden Rückstellungen auf der Grundlage einer Barwertermittlung passiviert. Der für die Barwertermittlung herangezogene Zinssatz orientierte sich am steuerlichen Bewertungsgesetz.

Die Rückstellungen für Ausgleichsmaßnahmen enthielten u.a. Beträge für Ausgleichsabgaben von 14,7 Mio. Euro. Diese wurden durch das »Sondervermögen für Naturschutz und Landschaftspflege« bereits vereinnahmt. Die Ausgleichsmaßnahmen bzw. Ersatzmaßnahmen stehen jedoch noch aus.

Für die Inanspruchnahme von Altersteilzeit wurde eine Rückstellung von 100 Mio. Euro und für die Inanspruchnahme des Sabbatjahrs eine Rückstellung von 13 Mio. Euro gebildet. Die Beträge werden jährlich angepasst.

Bei den sonstigen Verbindlichkeitsrückstellungen wurde u.a. eine Rückstellung über 101 Mio. Euro für den FHH-Anteil am Krankenhausneubau Barmbek ausgewiesen, ferner eine Rückstellung für sonstige Versorgungsverpflichtungen von 250 Mio. Euro. Die Versorgungsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Mitarbeitern, deren Arbeits- bzw. Dienstverhältnisse auf einen Landesbetrieb übergegangen sind, wurden bisher unter den Pensions- bzw. Beihilferückstellungen geführt. In 2007 erfolgte der Ausweis für Pensionen mit 812 Mio. Euro und für Beihilfeleistungen mit 86 Mio. Euro unter den sonstigen Verbindlichkeitsrückstellungen. Der Rückstellungsbedarf für die Landesbetriebe erhöhte sich zum Vorjahr vornehmlich durch die Ausgliederung des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung (625 Mio. Euro) und des Landesbetriebes Straßen, Brücken und Gewässer (31 Mio. Euro). Versorgungsverpflichtungen gegenüber verbundenen Organisationen von 125 Mio. Euro werden seit 2007 bei den Verbindlichkeiten ausgewiesen.

3.14 Verbindlichkeiten

Bei den Verbindlichkeiten wurde eine vom Handelsrecht abweichende Gliederung vorgenommen. Statt »Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen« wurden allgemein »Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Dritten« dargestellt. Bei den sonstigen Verbindlichkeiten wurde auf den Ausweis der Davon-Vermerke (»aus Steuern« und »im Rahmen der sozialen Sicherung«) aufgrund der öffentlichen Besonderheiten verzichtet.

Verbindlichkeiten per 31.12.2007 wurden mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert. Ausgenommen hiervon waren Verbindlichkeiten aus Leasingverträgen, die

noch über mehrere Jahre laufen. Diese Verbindlichkeiten wurden mit einem Zinssatz von 4,25 % bzw. dem vertraglich vereinbarten Satz abgezinst.

Verbindlichkeitspiegel

ART DER VERBINDLICHKEIT	Gesamt 31.12.2006 in Mio. Euro	Gesamt 31.12.2007 in Mio. Euro	Davon mit RLZ < 1 Jahr in Mio. Euro	Davon mit RLZ 1 bis 5 Jahre in Mio. Euro	Davon mit RLZ > 5 Jahre in Mio. Euro
Anleihen und Obligationen	7.582	7.342	969	4.442	1.931
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14.082	14.313	1.244	3.999	9.070
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	375	500	500	—	—
Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Dritten	1.004	1.086	814	—	272
<i>davon a) öffentlicher Bereich</i>	878	866	597	—	269
<i>davon b) privatrechtlicher Bereich</i>	126	220	217	—	3
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.001	1.120	626	90	404
Sonstige Verbindlichkeiten	708	964	868	45	51
GESAMT	24.752	25.325	5.021	8.576	11.728

Bei den Anleihen und Obligationen handelte es sich im Wesentlichen um Landesobligationen in Höhe von 7.342 Mio. Euro.

Unter Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden neben den allgemeinen Krediten in Höhe von 14,29 Mrd. Euro ein Kredit der Behörde für Inneres von 0,6 Mio. Euro für Polizeiuniformen sowie ein kurzfristiger Kassenkredit bei der HSH Nordbank AG von 20 Mio. Euro passiviert.

Die erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen von 500 Mio. Euro enthielten unter anderem 280 Mio. Euro aus Grundstücks- und weiteren Anlagenverkäufen, bei denen der Kaufpreis bereits gezahlt wurde, der Eigentumsübergang aber noch nicht stattfand.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und dem öffentlichen Bereich wurden im Wesentlichen Steuerverbindlichkeiten für das IV. Quartal 2007 aus der Zerlegung in Höhe von 460 Mio. Euro, Verbindlichkeiten aus dem Länderfinanzausgleich von 88 Mio. Euro sowie 303 Mio. Euro Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund für Wohnungsbaumaßnahmen bilanziert.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Organisationen und Organisationen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis bestand, beinhalteten im Wesentlichen Salden der Geschäftskonten der öffentlichen Unternehmen in einer Gesamthöhe von 309 Mio. Euro und 269 Mio. Euro aus Zuwendungen. Davon entfielen 98,4 Mio.

Euro auf diverse Infrastrukturmaßnahmen im Hafen, 69 Mio. Euro auf den Bau der Elbphilharmonie sowie 404 Mio. Euro auf Gewährleistungsverpflichtungen aus pensionsähnlichen Ansprüchen gegenüber Landesbetrieben.

Zu den sonstigen Verbindlichkeiten zählten 468 Mio. Euro für Zinsaufwendungen aus 2007, die erst im Folgejahr fällig waren, sowie 100 Mio. Euro debitorische Kreditoren, 96 Mio. Euro Zuwendungen gegenüber Dritten, die per 31.12.2007 erstmals erhoben wurden, und 94 Mio. Euro aus Finanzierungsleasing (davon 51 Mio. Euro mit einer Laufzeit von über fünf Jahren; vgl. Erläuterungen im Sachanlagevermögen unter Ziffer 3.4).

3.15 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Es wurden passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von 3,7 Mio. Euro (Vorjahr: 1 Mio. Euro) ausgewiesen. Dieser Posten enthielt 1,5 Mio. Euro BAFöG-Darlehensanteil bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau und Agien aus Darlehensaufnahmen von 2,2 Mio. Euro.

3.16 Haftungsverhältnisse

Neben den direkten Pensionsverpflichtungen hat Hamburg im Zuge der Ausgliederungen der Tochterorganisationen selbstschuldnerische Bürgschaften für ausgegliederte Einrichtungen für den Fall übernommen, dass diese nicht in der Lage sein sollten, ihre Verpflichtungen (u.a.) aus einer Zusage zur betrieblichen Altersversorgung zu erfüllen.

Anstalten öffentlichen Rechts (AöR) sind nach hamburgischem Recht insolvenzunfähig. Dementsprechend sehen die jeweiligen Errichtungsgesetze die sog. »Gewährträgerhaftung« vor, nach der die FHH neben dem Vermögen der AöR für deren Verbindlichkeiten unbeschränkt haftet, wenn und insoweit diese Ansprüche nicht aus dem Vermögen der AöR gedeckt werden können.

Darüber hinaus gibt Hamburg implizite Garantiezusagen gegenüber den nettoveranschlagten Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO und den Landesbetrieben nach § 26 Abs. 1 LHO, die rechtlich Teil der FHH sind und deshalb keiner förmlichen Bürgschaft bedürfen. Aus diesen Verpflichtungen lassen sich keine konkreten finanziellen Auswirkungen für Hamburg ableiten. Soweit diese Einrichtungen keine Pensionsrückstellungen gebildet haben, wurden die sich daraus ergebenden Ansprüche beim Ausweis der Rückstellungen berücksichtigt.

Außerdem gehen die einzelnen Fachbehörden der Stadt Bürgschaften gegenüber Dritten ein, die im Bürgschaftsregister geführt werden. Für die zu erwartende Inanspruchnahme der FHH wurde nach Auswertung der Einzelfälle eine Rückstellung in Höhe von 20,1 Mio. Euro gebildet. Die Gesamtsumme der Bürgschaften betrug per 31.12.2007 9.689 Mio. Euro. Die Sicherheitsleistungen im Bürgschaftsregister 2007 unterteilten sich in 1.601 Mio. Euro Garantien und 8.088 Mio. Euro Bürgschaften.

Übersicht zu Bürgschaften und weiteren finanziellen Verpflichtungen, für die keine Rückstellungen gebildet wurden:

FINANZIELLE VERPFLICHTUNG	Gesamt	Davon für verbundene Organisationen
Verpflichtung aus Bürgschaften	9.689 Mio. Euro	9.278 Mio. Euro
Verpflichtung aus Gewährträgerhaftung	unbegrenzt	vollständig
Patronatzusagen	—	—
Garantiezusagen ggü. Landesbetrieben nach § 26 Abs. 1 LHO	unbegrenzt	vollständig

Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl an Freihalte- und Garantieerklärungen. Hierzu wird auf die jeweiligen Haushaltsbeschlüsse verwiesen.

3.17 Derivative Finanzinstrumente

Entsprechend der Ermächtigung im Haushaltsbeschluss dürfen seit 1994 zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken sowie zur Optimierung von Kreditkonditionen bestimmte derivative Instrumente am Geld- und Kapitalmarkt (z.B. Zinsswaps, Zinsbegrenzungsgeschäfte) eingesetzt werden.

Derivate werden ausschließlich zur Steuerung vorhandener Zinsänderungsrisiken genutzt.

Per 31.12.2007 belief sich das Nominalvolumen der Derivatgeschäfte auf insgesamt 3.539 Mio. Euro, die nicht zu bilanzieren waren, da es sich um schwebende Geschäfte handelte:

ZINSDERIVATE	31.12.2007 in Mio. Euro
Zinsswaps ohne Kündigungs- oder Wandlungsoptionen	2.023 Mio. Euro
Zinsswaps mit Kündigungs- oder Wandlungsoptionen	1.465 Mio. Euro
Zinsbegrenzungsgeschäfte: Swaptions	51 Mio. Euro
GESAMT	3.539 Mio. Euro

Übersicht über das Derivatgeschäft im Berichtsjahr:

ZINSDERIVATE	31.12.2007 in Mio. Euro
FHH zahlt fest / erhält variabel	1.446
<i>davon: ohne Optionen</i>	<i>1.006</i>
<i>mit Optionen</i>	<i>440</i>
FHH zahlt fest / erhält fest	250
<i>davon: ohne Optionen</i>	<i>0</i>
<i>mit Optionen</i>	<i>250</i>
FHH zahlt variabel / erhält fest	1.492
<i>davon: ohne Optionen</i>	<i>867</i>
<i>mit Optionen</i>	<i>625</i>
FHH zahlt variabel / erhält variabel	300
<i>davon: ohne Optionen</i>	<i>150</i>
<i>mit Optionen</i>	<i>150</i>
Summe Swaps	3.488
<i>davon: ohne Optionen</i>	<i>2.023</i>
<i>mit Optionen</i>	<i>1.465</i>
Swaptions	51
GESAMT	3.539

Die Verbindlichkeiten aus derivativ beeinflussten Kreditgeschäften betragen 1.714 Mio. Euro. Hierbei sind Kündigungs- oder Wandlungsoptionen in den Kreditvereinbarungen integriert.

STRUKTURIERTE DARLEHEN	31.12.2007 in Mio. Euro
Festsatzdarlehen mit Gläubigerwandlungsrecht	100
Festsatzdarlehen mit Gläubigerkündigungsrecht	666
Festsatzdarlehen mit Schuldnerkündigungsrecht	0
Zinsphase variabel / variabel	475
Zinsphase fest / variabel	198
<i>davon: variabel verzinslich</i>	<i>75</i>
<i>festverzinslich</i>	<i>123</i>
Variabel / fest mit Gläubigerwandlungsrecht	100
Variabel mit Schuldnerkündigungsrecht	75
Variabel / fest mit Gläubigerkündigungsrecht	100
GESAMT	1.714

4 Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

4.1 Erträge

Die wesentlichen *Erträge aus Verwaltungstätigkeit* resultierten aus den Steuererträgen. Diese betragen insgesamt 8.474 Mio. Euro. Zu den Erträgen aus Verwaltungstätigkeit gehörten außerdem Erträge aus Gebühren, Beiträgen und Aufwendungsersatz (Auslagen) in Höhe von 699 Mio. Euro. Die Erträge aus Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgeldern sowie die privatrechtlichen Entgelte (vorwiegend aus Mieten und Pachten) machten insgesamt einen Betrag von 174 Mio. Euro aus.

Die Erträge aus Verwaltungstätigkeit gliederten sich wie folgt:

ERTRÄGE AUS VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	2006 in Mio. Euro	2007 in Mio. Euro
Steuererträge und steuerähnliche Erträge	8.466	8.474
<i>davon Gemeinschaftssteuern</i>	4.643	4.758
<i>davon Landessteuern</i>	730	831
<i>davon Gemeindesteuern</i>	3.002	2.799
<i>davon steuerähnliche Erträge</i>	91	86
Gebühren, Beiträge und Aufwendungsersatz	582	699
Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder, Geldstrafen	53	56
Privatrechtliche Entgelte	87	118
GESAMT	9.188	9.347

Die Steuererträge setzten sich zusammen aus 4.758 Mio. Euro Gemeinschaftssteuern, 831 Mio. Euro Landessteuern, 2.799 Mio. Euro Gemeindesteuern sowie 86 Mio. Euro steuerähnlichen Erträgen.

Die Steuererträge und steuerähnlichen Erträge gliederten sich nach Steuerarten wie folgt:

STEUERERTRÄGE UND STEUERÄHNLICHE ERTRÄGE	2006 in Mio. Euro	2007 in Mio. Euro
Lohnsteuer und veranlagte Einkommensteuer	3.100	3.218
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	382	734
Gewerbsteuer	1.994	1.719
Umsatzsteuer	1.259	1.447
Körperschaftsteuer	767	323
Grunderwerbsteuer	304	331
Grundsteuer	386	332
Sonstige Steuern und steuerähnliche Erträge	274	370
GESAMT	8.466	8.474

Die Erträge aus Lohnsteuer, als der betragsmäßig bedeutendsten Steuerart, legten im Vorjahresvergleich infolge der moderaten Tarifentwicklung nur in geringem Maße zu.

Das gegenüber dem Vorjahr rückläufige Ergebnis bei den Gemeinschaftssteuern ist insbesondere auf einen Einnahmerückgang bei der Körperschaftsteuer zurückzuführen.

Bei den Landessteuern wurde der Anstieg gegenüber dem Vorjahr durch Einnahmezuwächse bei der Erbschaftsteuer sowie bei der Grunderwerbsteuer verursacht. Die Einnahmesteigerung bei der Grunderwerbsteuer stand in Zusammenhang mit der Entwicklung des Immobilienmarktes in Hamburg.

Differenzen zwischen den kameralen Steuereinnahmen und den doppischen Steuererträgen sind systembedingt und ergeben sich insbesondere aus den Periodisierungseffekten durch Abgrenzung von Forderungen und Verbindlichkeiten.

Die *Erträge aus Transferleistungen* beliefen sich auf 812 Mio. Euro (Vorjahr: 682 Mio. Euro). Hierbei handelte es sich vorwiegend um Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich einschließlich Bund. Größter Posten hierbei waren die zweckgebundenen Zuweisungen des Bundes in Höhe von 394 Mio. Euro. Außerdem flossen in diese Position 281 Mio. Euro Transferleistungen für Soziales ein.

Die *sonstigen Erträge* beinhalteten insbesondere:

SONSTIGE ERTRÄGE	2006 in Mio. Euro	2007 in Mio. Euro
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	31	2.731
Erträge aus Versorgungsbezügen nach § 107b BeamtVG	0	87
Bestandsveränderungen	0	260
Erträge aus Nachaktivierung	15	85
Erlöse aus Anlagenabgängen	151	23
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und Investitionszuschüssen	172	167
Kamerale Überleitung	102	12
Übrige sonstige Erträge	70	57
GESAMT	541	3.422

Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen resultierten hauptsächlich aus der buchungskreisgenauen Anpassung der Pensionsrückstellungen, einer Neuordnung der Versorgungsverpflichtungen gegenüber Landesbetrieben zu den Verbindlichkeitsrückstellungen und gegenüber verbundenen Tochterorganisationen zu den Verbindlichkeiten. Entsprechende Zuführungsbeträge wurden bei den sonstigen Aufwendungen ausgewiesen.

Zusätzlich wurde eine Gewährleistungsrückstellung für das negative Eigenkapital von f & w fördern und wohnen AöR von 356 Mio. Euro sowie eine Rückstellung für einen Vertrauensschaden aufgrund eines gewonnenen Prozesses in Höhe von 11 Mio. Euro aufgelöst.

Bei den Bestandsveränderungen handelte es sich im Wesentlichen um Wertberichtigungen aus Steuerforderungen von 260 Mio. Euro.

Die Erträge aus Nachaktivierungen zeigen u. a. die Sacheinlage des Grundstücks Kaispeicher A von 38 Mio. Euro sowie diverse andere Nachaktivierungen von Grundstücken in Höhe von 47 Mio. Euro.

Die Erlöse aus Anlagenabgängen betrafen Grundstücksgeschäfte; insbesondere diverse Grundstücksverkäufe.

Bei den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten und Investitionszuschüssen handelte es sich im Wesentlichen um die Auflösung von Sonderposten für Beiträge von 24 Mio. Euro und 142 Mio. Euro Auflösung für Zuschüsse.

Tarifbeschäftigte haben Beiträge in Höhe von 1,25% vom steuerpflichtigen Brutto zu den Versorgungsausgaben zu leisten. Beitragspflichtig sind alle rentenversicherungspflichtigen und bestimmte rentenversicherungsfreie Beschäftigte auf

Grundlage des Hamburgischen Zusatzversorgungsgesetzes (HmbZVG). Die Beiträge wurden vom Nettobezug jedes Mitarbeiters einbehalten und beliefen sich in 2007 auf 8,5 Mio. Euro (Vorjahr: 10 Mio. Euro). Sie sind bei den übrigen sonstigen Erträgen enthalten.

Aus kameraler Überleitung ergaben sich systemimmanent bedingt Erträge von 12 Mio. Euro, die unter den sonstigen Erträgen ausgewiesen wurden.

4.2 Aufwendungen

Die *Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit* betragen insgesamt 1.064,5 Mio. Euro (Vorjahr: 1.004 Mio. Euro). Hiervon wurden 533 Mio. Euro für Miete, Bewirtschaftung und Unterhaltung von Gebäuden und Infrastrukturvermögen aufgewendet, weitere 399 Mio. Euro entfielen auf Verwaltungsbedarf, insbesondere EDV-Kosten.

Die Aufwendungen für Rechtshilfe und andere bezogene Leistungen betragen im Berichtsjahr rd. 84 Mio. Euro und für Lehr- und Lernmittel 49 Mio. Euro.

Im Geschäftsjahr 2007 ergaben sich *Personalaufwendungen* von insgesamt 4.242 Mio. Euro:

PERSONALAUFWENDUNGEN	2006 in Mio. Euro	2007 in Mio. Euro
Löhne und Gehälter	620	588
Beamtenbezüge	1.507	1.385
Sozial- und Versorgungsleistungen	1.725	2.269
<i>davon Zuführung zu Pensionsrückstellungen</i>	420	907
GESAMT	3.852	4.242

Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter sanken in 2007 im Vergleich zu 2006 um rd. 32 Mio. Euro.

Der Betrag ergab sich im Wesentlichen aus den folgenden Faktoren:

- –25 Mio. Euro aufgrund der Ausgliederung des Wirtschaftsplanes Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB),
- –13,5 Mio. Euro aufgrund der Ausgliederung des Wirtschaftsplanes des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG),
- –4,5 Mio. Euro aufgrund des Wegfalls des Urlaubsgeldes für die Tarifbeschäftigten gem. Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L),
- +8 Mio. Euro aufgrund der in 2007 gewährten Einmalzahlungen für die Tarifbeschäftigten gem. TV-L.

Die Aufwendungen für die Beamtenbezüge gingen in 2007 im Vergleich zu 2006 um rd. 122 Mio. Euro zurück.

Ursächlich dafür waren insbesondere:

- –127,5 Mio. Euro aufgrund der Ausgliederung des Wirtschaftsplanes Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB),
- –5,5 Mio. Euro aufgrund der Ausgliederung des Wirtschaftsplanes Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG),
- + 17,5 Mio. Euro aufgrund von Einmalzahlungen für die Beamten.

Die Aufwendungen für Sozial- und Versorgungsleistungen (ohne Zuführung zu Pensionsrückstellungen) stiegen in 2007 im Vergleich zu 2006 um rd. 85 Mio. Euro.

Dies ist hauptsächlich auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- + 44 Mio. Euro Zuführungen zu Versorgungsrücklagen/Versorgungsfonds,
- + 14 Mio. Euro erhöhte Aufwendungen für die Beihilfen der Versorgungsempfänger,
- + 6 Mio. Euro aufgrund einer Anforderung zur Erstattung an Rentenversicherungsträger aus dem Jahr 2006 (3 Mio. Euro), die wegen einer notwendigen Nachprüfung erst im Jahr 2007 zur Auszahlung kam.

Die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen stiegen 2007 im Vergleich zum Vorjahr um 487 Mio. Euro.

Für *Transferleistungen* wurden im Berichtsjahr 4.259 Mio. Euro (Vorjahr: 3.461 Mio. Euro) aufgewendet: davon wurden 1.024 Mio. Euro an Tochterorganisationen, 682 Mio. an den sonstigen öffentlichen Bereich und 2.553 Mio. Euro an Dritte (hier insbesondere 370 Mio. Euro an Kindertageseinrichtungen und 2.183 Mio. Euro für sonstige soziale Zwecke) geleistet.

Hamburg zählt zu den Geberländern im *Länderfinanzausgleich*. Dafür entstanden abgegrenzte Aufwendungen in Höhe von 367 Mio. Euro (Vorjahr: 636 Mio. Euro). Es erfolgten keine Rückzahlungen aus Vorjahren. Die Verminderungen der Ausgleichsbeiträge und -zuweisungen im Länderfinanzausgleich sind auf Veränderungen bei den relevanten Steuereinnahmen insgesamt und deren Verteilung auf die Bundesländer zurückzuführen.

In den Aufwendungen waren Zuführungen zu den Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen in Höhe von 6 Mio. Euro enthalten. Die endgültige Abrechnung für 2007 erfolgt in der Spitzabrechnung im Frühjahr 2009.

Die *Abschreibungen* auf das Anlagevermögen wurden als planmäßige lineare Abschreibungen vorgenommen. Die Restbuchwerte abgängiger Wirtschaftsgüter wurden ausgebucht. Aus dem Werteverzehr des immateriellen und des Sachanlagevermögens resultierten Abschreibungen in Höhe von 564 Mio. Euro (Vorjahr: 611 Mio. Euro). Der Rückgang ist im Besonderen darauf zurückzuführen, dass der Abschreibungszeitraum für Betriebs- und Geschäftsausstattung im Bereich der Behörde für Bildung und Sport (BBS) in 2006 endete. Hierdurch verringerten sich die Abschreibungen im Berichtsjahr um 37 Mio. Euro.

Die *sonstigen Aufwendungen* betragen im Berichtsjahr 2.152 Mio. Euro. Sie beinhalteten nachfolgende Positionen:

SONSTIGE AUFWENDUNGEN	2006 in Mio. Euro	2007 in Mio. Euro
Wertberichtigungen und Abschreibungen auf Forderungen	15	431
Zuführungen zu Rückstellungen für Prozessrisiken und -kosten	2	55
Zuführungen zu Rückstellungen für Verlustübernahmeverpflichtungen	0	57
Zuführungen zu Rückstellungen für Bürgschaften und Gewährleistungsverpflichtungen	222	212
Zuführungen Allgemeine Verbindlichkeitsrückstellungen	12	1.158
Verluste aus Anlagenabgang ohne Erlös	177	161
Weitere Aufwendungen	121	78
GESAMT	549	2.152

Die Wertberichtigungen und Abschreibungen auf Forderungen betrafen insbesondere die Steuerforderungen gegen Dritte. Die Differenz zum Vorjahr ergab sich aus der Modifizierung der Berechnungsmethode hin zu einer noch vorsichtigeren Bewertung.

Die Zuführung zu den Rückstellungen für Prozessrisiken und -kosten umfasste mit 40 Mio. Euro im Wesentlichen Risiken bzgl. eines Prozesses zur Erhebung der Spielgerätesteuern. Der VII. Senat des Finanzgerichts Hamburg hält die pauschale Erhebung der Spielgerätesteuern in Hamburg wegen Verstoßes gegen den Gleichheitssatz (Artikel 3 Grundgesetz) für verfassungswidrig. Er hat diese Rechtsfrage mit einem Beschluss dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorgelegt.

Für Risiken bzgl. der Verlustübernahmeverpflichtungen gegenüber verbundenen Organisationen wurden insgesamt 57 Mio. Euro zu den Rückstellungen zugeführt.

Die Zuführungen zu den Rückstellungen für Bürgschaften von 212 Mio. Euro waren im Vergleich zum Vorjahr (222 Mio. Euro) unwesentlich geringer und beinhalteten im Wesentlichen Aufwendungen aufgrund der Eigenkapitalentwicklung bei verbundenen Organisationen.

Die Zuführungen zu den Allgemeinen Verbindlichkeitsrückstellungen beliefen sich auf 1.158 Mio. Euro und waren im Wesentlichen in der Umgliederung von Versorgungs- und Beihilfeverpflichtungen gegenüber den Landesbetrieben und weiteren Unwägbarkeiten i.H.v. 1.128 Mio. Euro begründet. Die korrespondierenden Auflösungen der Pensions- und Beihilferückstellungen wurden bei den sonstigen Erträgen ausgewiesen.

4.3 Verwaltungsergebnis

Das Verwaltungsergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit wies einen Überschuss von 931 Mio. Euro aus (Vorjahr: 299 Mio. Euro). Dies bedeutete eine Steigerung von 632 Mio. Euro.

4.4 Finanzergebnis

Das Finanzergebnis ergab sich als Saldo aus Erträgen aus Beteiligungen (38 Mio. Euro), anderen Wertpapieren (16 Mio. Euro), Zinsen (104 Mio. Euro) und Zinsaufwendungen. Die Zinserträge beinhalteten u. a. Derivateinnahmen von 35 Mio. Euro und Zinsen aus Kassenmitteln von 43 Mio. Euro. Die Zinsaufwendungen beliefen sich auf 987 Mio. Euro (Vorjahr: 946 Mio. Euro). Der Anstieg der Zinsausgaben um 41 Mio. Euro ist im Wesentlichen auf den allgemeinen Zinsanstieg bei den Umschuldungen mit einem Finanzvolumen von 2.541 Mio. Euro zurückzuführen. Der Leitzins der Europäischen Zentralbank stieg von Januar 2006 bis Dezember 2007 von 2,25% auf 4,25%.

4.5 Jahresergebnis

In 2007 wurde ein positives Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit von 102 Mio. Euro ausgewiesen. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen fielen im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht an, so dass der Jahresüberschuss ebenfalls 102 Mio. Euro betrug.

5 Sonstige Pflichtangaben

5.1 Senat per 31.12.2007

In der FHH bilden der Erste Bürgermeister und die Senatorinnen und Senatoren den Senat. Der Senat ist die Landesregierung. Er führt und beaufsichtigt die Verwaltung.

Senatsmitglieder:

- Ole von Beust (CDU), *Präsident des Senats und Erster Bürgermeister*
- Birgit Schnieber-Jastram (CDU), *Behörde für Soziales, Gesundheit, Familie und Verbraucherschutz und Zweite Bürgermeisterin*
- Gunnar Uldall (CDU), *Behörde für Wirtschaft und Arbeit*
- Jörg Dräger, Ph. D. (parteilos), *Behörde für Wissenschaft und Forschung*
- Prof. Dr. Karin v. Welck (parteilos), *Kulturbehörde*
- Udo Nagel (parteilos), *Behörde für Inneres*
- Alexandra Dinges-Dierig (CDU), *Behörde für Bildung und Sport*
- Dr. Michael Freytag (CDU), *Finanzbehörde*
- Carsten-Ludwig Lüdemann (CDU), *Justizbehörde*
- Axel Gedaschko (CDU), *Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt;*
bis 17. 01. 2007: Dr. Michael Freytag (CDU)

Die Summe der Amtsbezüge der Mitglieder des Senats beträgt im Jahr 2007 1,7 Mio. Euro.

5.2 Bürgerschaft per 31.12.2007

Die Bürgerschaft umfasst 121 Mitglieder aus drei Fraktionen.

CDU-Fraktion (63 Mitglieder):

Ahrns, Barbara; Beuß, Wolfgang; Bliebenich, Bettina; Böttcher, Niels; Böttger, Olaf; Capeletti, Bernd; Claußen, Bruno; Dietrich, Lars; Eggert, Karin; Ehlers, Inge; Engels, Hartmut; Finck, Henning; Fischer, Lydia; Frankenberg, Egbert von; Freistedt, Marino; Frommann, Jörn; Fuchs, Michael; Gienow, Hanna; Goldberg, Thies; Grapengeter, Jens; Hamann, Jörg; Harlinghausen, Rolf; Hecht, Heiko; Heinemann, Robert; Heintze, Roland; Hesse, Klaus-Peter; Hochheim, Dr. Natalie; Hoth, Dietrich; Jäger, Dr. Manfred; Jensen, Hans Heinrich; Jürs, Vera Antonia; Kempfert, Dr. Angelika (seit 01.11.2007); Kleibauer, Thilo; Koop, Karen; Kraxner, Stefan (bis 31.10.2007); Krüger, Harald; Kruse, Rüdiger; Lafrenz, Hans; Langhein, Dr. A. W. Heinrich; Lemke, Dittmar; Machaczek, Bettina; Martens, Brigitta; Mattner, Dr. Andreas; Meyer-Kainer, Marita; Müller-Kallweit, Wolfgang; Niedmers, Ralf; Ohlsen, Olaf; Ploog, Wolfhard; Reinert, Bernd; Röder, Berndt; Roock, Hans-Detlef; Rusche, Dietrich; Sardina, Alexander-Martin; Schira, Frank; Spethmann, Viviane; Stehr, Dr. Diethelm; Strasburger, Stefanie; Thomas, Elke; Trepoll, André; Voet van Vormizeele, Kai; Wankum, Andreas C.; Warnholz, Karl-Heinz; Wersich, Ekkehart; Winter, Herbert

SPD-Fraktion (41 Mitglieder):

Bestmann, Tanja; Boeddinghaus, Sabine; Böwer, Thomas; Brinkmann, Petra; Brüning, Dr. Barbara; Buss, Wilfried; Cords, Ingrid; Dees, Hans-Christoff; Dobritz, Werner; Dräger, Gesine; Dressel, Dr. Andreas; Duden, Barbara; Egloff, Ingo; Ernst, Britta; Fiedler, Luisa; Frank, Günter; Grund, Uwe; Hilges, Dr. Andrea (bis 30.09.2007); Kienscherf, Dirk; Kloß, Rolf-Dieter; Kretschmann-Johannsen, Lutz; Lein, Gerhard; Mandel, Doris; Marx, Wolfgang; Neumann, Michael; Özoguz, Aydan; Petersen, Dr. Mathias; Pumm, Erhard; Quast, Jan; Riecken, Jan Peter; Rogalski-Beeck, Karin; Rosenfeldt, Jenspeter; Schaal, Dr. Monika; Schäfer, Dr. Martin; Schmidt, Jürgen; Schüssler, Jürgen (seit 01.10.2007); Schulz, Rüdiger; Stapelfeldt, Dr. Dorothee; Timmermann, Karin; Veit, Carola; Vogt-Deppe, Silke; Zuckerer, Walter

GAL-Fraktion (17 Mitglieder):

Blömeke, Christiane; Goetsch, Christa; Gregersen, Martina; Güçlü, Nebahat; Husen, Katja; Kerstan, Jens; Köncke, Gudrun; Lappe, Dr. Verena; Lieven, Claudius; Lühmann, Jörg; Maaß, Christian; Maier, Dr. Willfried; Möller, Antje; Müller, Farid; Opitz, Dr. Heike; Sarrazin, Manuel; Steffen, Dr. Till

5.3 Beschäftigte*Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter*

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER	Beamte		Arbeitnehmer		Gesamt	
	Stichtag	Jahres-	Stichtag	Jahres-	Stichtag	Jahres-
	31.12.2007	durchschnitt 2007	31.12.2007	durchschnitt 2007	31.12.2007	durchschnitt 2007
Kernbilanzierungskreis						
Anzahl aller Beschäftigten	37.648	37.660	20.117	20.063	57.765	57.723
abzüglich Auszubildende	-1.360	-1.462	-915	-847	-2.275	-2.308
abzüglich Beurlaubte	-1.680	-1.645	-842	-882	-2.522	-2.527
abzüglich Beschäftigte in der Freistellungsphase Altersteilzeit	-179	-189	-488	-468	-667	-658
abzüglich Beschäftigte in der Freistellungsphase des Sabbatmodells	-125	-106	-8	-11	-133	-118
GESAMT	34.304	34.258	17.864	17.855	52.168	52.113

Für weitere Angaben bezüglich der Anzahl und Struktur der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hamburgischen Verwaltung wird auf die Berichterstattung des Senats im jährlich erscheinenden Personalstrukturbericht verwiesen.

**WEITERE
INFORMATIONEN
FREIE UND
HANSESTADT
HAMBURG**

Beteiligungsübersicht 2007	138
Hinweis zur Erstellung des Jahres- und Konzernabschlusses	153
Glossar – Ausgewählte Begriffe auf einen Blick	154
Impressum	156

BETEILIGUNGSÜBERSICHT 2007

Aufstellung des Anteilsbesitzes der Freien und Hansestadt Hamburg per 31.12.2007 (§§ 287, 313 Abs. 4 HGB)

BETEILIGUNGSÜBERSICHT PER 31.12.2007	Rechts- form	Sitz	Durchg. BetQuote in Prozent 31.12.2007	EK gesamt in Tsd. Euro 31.12.2007	Jahres- ergebnis in Tsd. Euro 2007	Erläute- rungen
Vollkonsolidierte Organisationen						
Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW)	§ 15 (2) LHO	Hamburg	100,00	11.950	1.407	3)
Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	20.394	-933	3)
Landesbetrieb Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	30.883	1.048	2), 3), 5)
Landesbetrieb Hamburgische Münze	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	13.916	465	2), 3)
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	-8.666	-10.503	3), 5)
Landesbetrieb Verkehr	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	10.012	1.774	3)
Sondervermögen Hamburgisches Telekommunikationsnetz	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	78.026	0	3)
f & w fördern und wohnen AöR	AöR	Hamburg	100,00	27.312	34.092	3)
Hamburg Port Authority Anstalt des öffentlichen Rechts (HPA)	AöR	Hamburg	100,00	563.378	104	3)
Hamburger Friedhöfe AöR	AöR	Hamburg	100,00	9.090	243	3), 5)
»Hamburgischer Versorgungsfonds« (HVF) AöR	AöR	Hamburg	100,00	513.352	1.365	3), 5)
Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt AöR	AöR	Hamburg	100,00	750.766	1.100	3)
HSE Hamburger Stadtentwässerung AöR	AöR	Hamburg	100,00	947.967	33.136	3)
Stadtreinigung Hamburg AöR (SRH)	AöR	Hamburg	100,00	65.027	5.505	3)
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf – Körperschaft des öffentlichen Rechts (UKE)	KöR	Hamburg	100,00	42.853	-7.752	3)

BETEILIGUNGSÜBERSICHT PER 31.12.2007 (Fs.)	Rechts- form	Sitz	Durchg. BetQuote in Prozent 31.12.2007	EK gesamt in Tsd. Euro 31.12.2007	Jahres- ergebnis in Tsd. Euro 2007	Erläute- rungen
Vollkonsolidierte Organisationen (Fs.)						
Innovationsstiftung Hamburg	Stiftung des öR	Hamburg	100,00	52.655	1.054	3)
Bäderland Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	38.093	0	1)
Berufsbildungswerk Hamburg GmbH (BBW)	GmbH	Hamburg	90,00	21.039	1.443	—
Berufsförderungswerk Hamburg GmbH (BFW)	GmbH	Hamburg	100,00	8.488	-850	3), 5)
BNM Baugesellschaft Neue Messe mbH	GmbH	Hamburg	100,00	25	0	—
combisped Hanseatische Spedition GmbH	GmbH	Lübeck	69,71	12.600	0	1)
FFG Fahrzeugwerkstätten Falkenried GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	4.100	0	1)
Fischmarkt Hamburg-Altona GmbH	GmbH	Hamburg	69,71	3.491	0	1)
Flughafen Hamburg GmbH (FHG)	GmbH	Hamburg	51,00	63.760	0	1), 5)
GHL Gesellschaft für Hafen- und Lagereimmobilien – Verwaltung Bei St. Annen mbH	GmbH	Hamburg	69,71	6.971	381	—
GHL Gesellschaft für Hafen- und Lagereimmobilien – Verwaltung Block D mbH	GmbH	Hamburg	69,71	8.184	0	1)
Grundstücksgesellschaft Polizeipräsidium mbH	GmbH	Hamburg	100,00	28	6	—
GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH	GmbH	Hamburg	100,00	244.060	16.101	—
GWG-Beteiligungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	358.663	0	1)
HAB Hamburger Arbeit Beschäftigungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	10.943	573	3)
Hamburg Messe und Congress GmbH (HMC)	GmbH	Hamburg	100,00	11.679	0	1)
Hamburger Gesellschaft für Gewerbeauf Förderung mbH (HaGG-Vermögen)	GmbH	Hamburg	60,00	3.525	4.879	3)
Hamburger Wasserwerke GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	141.679	0	1)
Hamburgische Staatsoper GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	325	-132	3), 7)
HCCR Hamburger Container- und Chassis-Reparatur- Gesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	69,71	1.909	0	1)
HGL Hamburger Gesellschaft für Luftverkehrsanlagen mbH	GmbH	Hamburg	100,00	985	0	1)
HGL Hamburgische Luft- und Raumfahrt Beteiligungs- gesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	25	0	1)
HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungs- management mbH	GmbH	Hamburg	100,00	3.319.660	788.190	3)

BETEILIGUNGSÜBERSICHT PER 31.12.2007 (Fs.)	Rechts- form	Sitz	Durchg. BetQuote in Prozent 31.12.2007	EK gesamt in Tsd. Euro 31.12.2007	Jahres- ergebnis in Tsd. Euro 2007	Erläute- rungen
Vollkonsolidierte Organisationen (Fs.)						
HHLA Container Terminal Burchardkai GmbH	GmbH	Hamburg	69,71	74.938	0	1)
HHLA Container Terminal Tollerort GmbH	GmbH	Hamburg	69,71	7.669	0	1)
HHLA Container Terminals GmbH, Hamburg (HHCT)	GmbH	Hamburg	69,71	91.410	0	1)
HHLA Container-Terminal Altenwerder GmbH	GmbH	Hamburg	52,21	118.595	55.050	–
HHLA CTA Besitzgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	52,21	5.243	2	–
HHLA Frucht- und Kühlzentrum GmbH	GmbH	Hamburg	35,54	14.187	2.053	–
HHLA Intermodal GmbH	GmbH	Hamburg	69,71	29.039	0	1)
HHLA-Beteiligungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	133.805	0	1)
HSG Hanseatische Siedlungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	8.891	–953	–
HWW-Beteiligungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	613.828	0	1)
IMPF Hamburgische Immobilien Management Gesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	25	0	1)
Pinneberger Verkehrsgesellschaft mbH (PVG)	GmbH	Schenefeld	97,06	10.939	0	1)
Reisering Hamburg RRH GmbH	GmbH	Hamburg	89,15	2.064	0	1)
SAGA Erste Immobiliengesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	7.200	0	1)
Service Center Burchardkai GmbH	GmbH	Hamburg	69,71	26	0	1)
SpriAG-Beteiligungsgesellschaft	GmbH	Hamburg	100,00	17.370	0	1)
SRH Verwaltungsgesellschaft mbH (SRHV)	GmbH	Hamburg	100,00	8.997	–3.400	–
TEREG Gebäudedienste GmbH	GmbH	Hamburg	56,00	1.731	0	1)
Unikai Hafенbetrieb GmbH	GmbH	Hamburg	69,71	3.500	0	1)
UNIKAI Lagerei- und Speditionsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	35,55	4.259	2.055	–
Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten gGmbH	GmbH	Hamburg	100,00	79.090	9.647	3), 5)
Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft (HOCHBAHN)	AG	Hamburg	100,00	141.934	0	1)
HHLA Hamburger Hafen- und Logistik-Aktiengesellschaft	AG	Hamburg	69,71	313.002	–12.137	–
SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg	AG	Hamburg	100,00	481.461	53.386	3)
SpriAG – Sprinkenhof AG	AG	Hamburg	100,00	6.486	0	1)
Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein Aktiengesellschaft (VHH)	AG	Hamburg	96,90	17.122	0	1)

BETEILIGUNGSÜBERSICHT PER 31.12.2007 (Fs.)	Rechts- form	Sitz	Durchg. BetQuote in Prozent 31.12.2007	EK gesamt in Tsd. Euro 31.12.2007	Jahres- ergebnis in Tsd. Euro 2007	Erläute- rungen
Vollkonsolidierte Organisationen (Fs.)						
GroundSTARS GmbH & Co. KG, Hamburg (GroundSTARS KG)	GmbH & Co. KG	Hamburg	51,00	356	-780	5)
HOCHBAHN Beteiligungsgesellschaft mbH & Co.KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	56.038	0	1)
HOCHBAHN Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co.KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	39.572	0	1)
Kommanditgesellschaft VHG Verwaltung Hamburgischer Gebäude GmbH & Co.	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	97.541	25.679	3)
Projektierungsgesellschaft Finkenwerder mbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	538.825	2.702	3)
FHK Flughafen Hamburg Konsortial und Service GmbH & Co. oHG	oHG	Hamburg	51,00	0	22.925	5)
At Equity						
Dataport – Anstalt öffentlichen Rechts –	AöR	Altenholz	41,67	54.036	659	3), 9)
Statistikamt Nord	AöR	Hamburg	47,50	3.231	683	3), 9)
Asklepios Kliniken Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	25,10	150.551	-13.791	9)
Gesellschaft zur Beseitigung von Sonderabfällen mbH	GmbH	Hamburg	50,00	13.710	-65	9)
Hansaport Hafenbetriebsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	34,16	5.113	0	1), 9)
Pier Pro Integration Entwicklung und Rehabilitation Holding GmbH	GmbH	Hamburg	44,03	292	-26	3), 5), 9)
Polzug Intermodal GmbH, Hamburg	GmbH	Hamburg	23,21	5.661	2.207	9)
Winterhuder Werkstätten GmbH (WW GmbH)	GmbH	Hamburg	80,19	17.529	1.869	3), 5), 11)
Eisenbahn Aktiengesellschaft (AKN)	AG	Kaltenkirchen	50,00	9.979	0	1), 3), 9)
HSH Nordbank AG	AG	Kiel und Ham.	35,36	7.369.136	531	3), 9)
Transfracht Internationale Gesellschaft für kombinierten Güterverkehr mbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Frankfurt a. M.	34,86	3.900	941	9)
Sonstige direkte Beteiligungen der FHH						
HafenCity Universität (HCU)	§ 15 (2) LHO	Hamburg	100,00	-42	k. A.	3), 6), 8)
Hochschule für bildende Künste (HfbK)	§ 15 (2) LHO	Hamburg	100,00	737	-165	3), 4), 8)
Hochschule für Musik und Theater (HfMT)	§ 15 (2) LHO	Hamburg	100,00	4.647	427	3), 8)
Kasse.Hamburg	§ 15 (2) LHO	Hamburg	100,00	855	0	3), 5), 8)

BETEILIGUNGSÜBERSICHT PER 31.12.2007 (Fs.)	Rechts- form	Sitz	Durchg. BetQuote in Prozent 31.12.2007	EK gesamt in Tsd. Euro 31.12.2007	Jahres- ergebnis in Tsd. Euro 2007	Erläute- rungen
Sonstige direkte Beteiligungen der FHH (Fs.)						
Staats- und Universitätsbibliothek (SUB)	§ 15 (2) LHO	Hamburg	100,00	3.074	577	3), 4), 5), 8)
Technische Universität Hamburg-Harburg (TUHH)	§ 15 (2) LHO	Hamburg	100,00	11.389	6.646	3), 4), 11)
Universität Hamburg (UHH)	§ 15 (2) LHO	Hamburg	100,00	12.538	7.717	3), 4), 11)
Hamburger Volkshochschule	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	1.429	-5.073	3), 8)
Laeiszhalle Musikhalle Hamburg	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	183	362	3), 8)
Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	13.842	-14.431	2), 3), 5), 8)
Landesbetrieb Philharmonisches Staatsorchester	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	370	-5.103	3), 7), 8)
Landesbetrieb Planetarium	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	9.594	-216	3), 8)
Landesbetrieb Rathaus-Service	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	1.009	103	3), 8)
Landwirtschaft der Jugend- und Frauenvollzugsanstalt Hahnöfersand	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	1.373	-41	3), 7), 8)
Zentrum für Personaldienste (ZPD)	§ 26 (1) LHO	Hamburg	100,00	2.339	-268	3), 8)
Claus-Ramm-Stiftung	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	20	0	3), 8)
Ebba-Wittke-Nachlass	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	24	1	3), 8)
Israel Samuel Bonn – Legat	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	29	k. A.	3), 8)
Ludwig-Peters-Stiftung	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	67	1	3), 8)
Luise-Gothmann Stiftung	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	8	0	3), 8)
Maria-Wolters-Stiftung	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	3	0	3), 8)
Richard-Bruns-Vermächtnis	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	5	0	3), 8)
Sondervermögen »Stadt und Hafen«	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	k. A.	-6.512	3), 5), 11)
Stiftung Harburg	§ 26 (2) LHO	Hamburg	100,00	70	1	3), 8)
Eichdirektion Nord	AöR	Kiel	30,00	2.397	0	1), 3), 9), 14)
KfW Bankengruppe	AöR	Frankfurt a. M.	0,81	12.480.500	1.392.936	3), 9), 14)
Stiftung Altonaer Museum	Stiftung des öR	Hamburg	100,00	-565	1.236	3), 5), 8)
Stiftung Hamburger Kunsthalle	Stiftung des öR	Hamburg	100,00	-1.072	3.893	3), 8)
Stiftung Helms Museum	Stiftung des öR	Hamburg	100,00	-166	175	3), 5), 8)
Stiftung Museum der Arbeit	Stiftung des öR	Hamburg	100,00	-211	455	3), 5), 8)

BETEILIGUNGSÜBERSICHT PER 31.12.2007 (Fs.)	Rechts- form	Sitz	Durchg. BetQuote in Prozent 31.12.2007	EK gesamt in Tsd. Euro 31.12.2007	Jahres- ergebnis in Tsd. Euro 2007	Erläute- rungen
Sonstige direkte Beteiligungen der FHH (Fs.)						
Stiftung Museum für Hamburgische Geschichte	Stiftung des öR	Hamburg	100,00	-532	481	3), 5), 8)
Stiftung Museum für Kunst und Gewerbe	Stiftung des öR	Hamburg	100,00	-50	2	3), 4), 8)
Stiftung Museum für Völkerkunde	Stiftung des öR	Hamburg	100,00	-940	-1.049	3), 4), 8)
Nordwestdeutsche Klassenlotterie (NKL)	Eigenbetrieb öR	Hamburg	15,87	37.098	22.605	3), 7), 9), 14)
AMI – Arzneimitteluntersuchungsinstitut Nord GmbH	GmbH	Bremen	16,67	1.158	-1.322	3), 9), 14)
Centrum für Angewandte Nanotechnologie GmbH (CAN)	GmbH	Hamburg	34,80	26	0	3), 9), 14)
Deichtorhallen Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	19	-22	3), 8)
Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH (DEGES)	GmbH	Berlin	8,93	118	5	3), 9), 14)
Deutsches Klimarechenzentrum GmbH (DKRZ)	GmbH	Hamburg	27,38	3.531	555	3), 9), 14)
European Screeningport GmbH	GmbH	Hamburg	40,85	-14	-39	3), 5), 13)
Fachinformationszentrum Karlsruhe, Ges. für wiss. techn. Information mbH (FIZ)	GmbH	Karlsruhe	2,17	48	0	3), 9), 14)
FilmFörderung Hamburg/Schleswig-Holstein GmbH (FFHSH)	GmbH	Hamburg	74,80	26	0	3), 8)
Forschungszentrum Geesthacht GmbH (GKSS)	GmbH	Geesthacht	1,25	41	0	3), 4), 9), 14)
FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gGmbH	GmbH	Grünwald	6,25	595	95	3), 9), 14)
Hamburg Marketing GmbH (HMG)	GmbH	Hamburg	55,00	100	0	3), 8)
Hamburg Media School GmbH (HMS)	GmbH	Hamburg	100,00	42.853	-7.752	3), 9), 14)
HamburgMusik gGmbH – Elbphilharmonie und Laeiszhalle Betriebsgesellschaft	GmbH	Hamburg	100,00	k. A.	k. A.	3), 6), 13)
Hamburg Tourismus GmbH (HHT)	GmbH	Hamburg	49,50	81	3	3), 9), 14)
hamburg.de Beteiligungs GmbH	GmbH	Hamburg	25,66	63	3	3), 9), 14)
Hamburger Verkehrsverbund GmbH (HVV)	GmbH	Hamburg	85,50	60	0	1), 3), 8)
Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH (HWF)	GmbH	Hamburg	42,00	51	0	3), 9), 14)
Hochschul-Informations-System GmbH (HIS)	GmbH	Hannover	4,17	760	-1.152	3), 9), 14)
Internationale Bauausstellung Hamburg 2013 (IBA) GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	25	1	3), 5), 8)
Internationale Gartenschau Hamburg (IGS) 2013 GmbH	GmbH	Hamburg	66,60	-1.571	-1.596	3), 8)

BETEILIGUNGSÜBERSICHT PER 31.12.2007 (Fs.)	Rechts- form	Sitz	Durchg. BetQuote in Prozent 31.12.2007	EK gesamt in Tsd. Euro 31.12.2007	Jahres- ergebnis in Tsd. Euro 2007	Erläute- rungen
Sonstige direkte Beteiligungen der FHH (Fs.)						
Kunst- und Ausstellungshalle der BR Deutschland GmbH	GmbH	Bonn	2,44	-2.413	-538	3), 9), 14)
MAZ level one GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	292	-81	3), 8)
Neue Schauspielhaus GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	-205	-18	3), 7), 8)
Nordwest Lotto und Toto Verwaltungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	29	2	3), 8)
Norgenta Norddeutsche Life Science Agentur GmbH	GmbH	Hamburg	50,00	50	0	3), 9), 14)
ReGe Hamburg Projekt-Realisierungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	776	134	3), 8)
Thalia-Theater GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	912	254	3), 7), 8)
TuTech Innovation GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	553	369	3), 5), 11)
TÜV Hanse GmbH	GmbH	Hamburg	10,00	-827	31	3), 9), 14)
Wissen und Medien gGmbH (IWF)	GmbH	Göttingen	10,00	51	0	3), 4), 9), 14)
Wachstumsinitiative Süderelbe AG	AG	Hamburg	8,72	513	519	3), 5), 9), 14)
Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	38.073	-60.427	3), 13)
hamburg.de GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	25,66	-2.114	-2.185	3), 9), 14)
Sonstige indirekte Beteiligungen der FHH						
1. HaGG Hamburger Verwaltungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	60,00	—	—	8)
53° Nord Agentur und Verlag GmbH	GmbH	Hamburg	41,61	—	—	9), 14)
ABG Ahrensburger Busbetriebesgesellschaft mbH	GmbH	Ahrensburg	56,20	—	—	8)
Aerotronic – Aviation Electronic Service GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	—	—	8)
AHS Hamburg Aviation Handling Services GmbH	GmbH	Hamburg	33,38	—	—	9), 14)
AIRSYS Airport Business Information Systems GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	—	—	8)
AKK Altonaer Kinderkrankenhaus gGmbH	GmbH	Hamburg	94,00	—	—	8)
Ambulanzzentrum des UKE GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	—	—	8)
Analytical Services North GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	—	—	8)
ANG Airport Networks Gesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	51,00	—	—	8)
Arbeitsstiftung Hamburg Gesellschaft für Mobilität im Arbeitsmarkt mbH	GmbH	Hamburg	45,00	—	—	9), 14)

BETEILIGUNGSÜBERSICHT PER 31.12.2007 (Fs.)	Rechts- form	Sitz	Durchg. BetQuote in Prozent 31.12.2007	EK gesamt in Tsd. Euro 31.12.2007	Jahres- ergebnis in Tsd. Euro 2007	Erläute- rungen
Sonstige indirekte Beteiligungen der FHH (Fs.)						
Asklepios Dienstleistungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	25,10	–	–	9), 14)
Asklepios MVZ Nord GmbH	GmbH	Hamburg	25,10	–	–	9), 14)
Asklepios Reha Klinik Bad Schwartau GmbH	GmbH	Bad Schwartau	25,10	–	–	9), 14)
ATG Alster-Touristik GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
BCH BüroConsult Hamburg Gesellschaft für Personal- dienstleistungen mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
BeNEX GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	12)
Berufliches Trainingszentrum Hamburg GmbH – BTZ	GmbH	Hamburg	90,89	–	–	8)
BFW Vermittlungskontor GmbH Hamburg	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Biowerk GmbH	GmbH	Hamburg	47,50	–	–	9), 14)
BTI Blohm und TEREG Industriedienstleistungen GmbH	GmbH	Hamburg	28,00	–	–	9), 14)
C.A.T.S. Verwaltungs-GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
cantus Verkehrsgesellschaft mbH	GmbH	Kassel	25,50	–	–	9), 14)
Cap San Diego Betriebsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	23,21	–	–	9), 14)
Chance Beschäftigungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Cleaning in Gesundheitsbetrieben CleaniG GmbH	GmbH	Hamburg	25,10	–	–	9), 14)
CONSULAQUA Hamburg Beratungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
CSP Commercial Services Partner GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
ctd Container-Transport-Dienst GmbH	GmbH	Hamburg	69,71	–	–	8)
CTL Container Terminal Lübeck GmbH	GmbH	Lübeck	69,71	–	–	8)
CTT Besitzgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	69,71	–	–	8)
Cuxcargo Hafenbetrieb Verwaltungs-GmbH	GmbH	Cuxhaven	34,86	–	–	9), 14)
DHU Gesellschaft für Datenverarbeitung Hamburger Umschlagsbetriebe mbH	GmbH	Hamburg	24,80	–	–	9), 14)
Diagnostic and Science GmbH (DAS)	GmbH	Schwerin	50,00	–	–	9), 14)
Elbe Werkstätten GmbH	GmbH	Hamburg	41,61	–	–	3), 4), 9)
EVG Elmshorner Verkehrsgesellschaft mbH	GmbH	Elmshorn	97,06	–	–	8)

BETEILIGUNGSÜBERSICHT PER 31.12.2007 (Fs.)	Rechts- form	Sitz	Durchg. BetQuote in Prozent 31.12.2007	EK gesamt in Tsd. Euro 31.12.2007	Jahres- ergebnis in Tsd. Euro 2007	Erläute- rungen
Sonstige indirekte Beteiligungen der FHH (Fs.)						
FBG Fulda Bus GmbH	GmbH	Fulda	51,00	–	–	8)
Filmfest Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	74,80	–	–	8)
ForEx Gutachten GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Friedrich Jasper Rund- und Gesellschaftsfahrten GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
GAC German Airport Consulting GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
GGAB Gemeinnützige Gesellschaft für Alten- und Behindertenhilfe mbH	GmbH	Hamburg	50,00	–	–	9), 14)
GHL Erste Gesellschaft für Hafen- und Lagereimmobilien-Verwaltung mbH	GmbH	Hamburg	69,71	–	–	8)
GHL Gesellschaft für Hafen- und Lagereimmobilien-Verwaltung Block T mbH	GmbH	Hamburg	69,71	–	–	8)
GHL Zweite Gesellschaft für Hafen- und Lagereimmobilien-Verwaltung mbH	GmbH	Hamburg	69,71	–	–	8)
GLOBUS 24 Gesellschaft für Leistungen zur Omnimobilität mit Bus und Schiene mbH	GmbH	Schenefeld	97,06	–	–	8)
GroundSTARS Verwaltungs-GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
Grundstücksgesellschaft Billstr. 82-84 mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Güterkraftverkehr Hamburg-Holstein GmbH	GmbH	Kaltenkirchen	50,00	–	–	9), 14)
GWG Gewerbe Gesellschaft für Kommunal- und Gewerbeimmobilien mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
HAB Service Gesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
HADAG Verkehrsdienste GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
HafenCity Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
HaGG Hamburger Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und Projektplanung mbH (HaGG-Projekt)	GmbH	Hamburg	60,00	–	–	8)
Hamburg Innovation GmbH	GmbH	Hamburg	90,00	–	–	8)
Hamburg Travel GmbH	GmbH	Hamburg	49,50	–	–	9), 14)
Hamburger Krematoriums-Transport-Gesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	80,00	–	–	8)
Hamburger Stadtentwässerung HSE Abwasser Service Gesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)

BETEILIGUNGSÜBERSICHT PER 31.12.2007 (Fs.)	Rechts- form	Sitz	Durchg. BetQuote in Prozent 31.12.2007	EK gesamt in Tsd. Euro 31.12.2007	Jahres- ergebnis in Tsd. Euro 2007	Erläute- rungen
Sonstige indirekte Beteiligungen der FHH (Fs.)						
Hamburger Verkehrsmittel-Werbung GmbH	GmbH	Hamburg	24,90	–	–	9), 14)
Hamburger Werkstatt GmbH – Werkstatt für behinderte Menschen	GmbH	Hamburg	47,01	–	–	9)
Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut gGmbH – HWWI	GmbH	Hamburg	50,00	–	–	9), 14)
Hanseatisches Schlackenkontor GmbH (HSK)	GmbH	Hamburg	20,84	–	–	9), 14)
HanseCom Gesellschaft für Informations- und Kommunikationsdienstleistungen mbH	GmbH	Hamburg	26,00	–	–	7), 9), 14)
HanseGM Gebäudemanagement GmbH	GmbH	Hamburg	28,00	–	–	9), 14)
HC Hamburg Consult Gesellschaft für Verkehrsberatung und Verkehrsmanagement mbH	GmbH	Hamburg	49,00	–	–	9), 14)
HEG Hamburger Entsorgungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	50,40	–	–	8)
HHB Hamburg-Holstein-Bus GmbH	GmbH	Hamburg	96,98	–	–	8)
HHLA Intermodal Verwaltung GmbH	GmbH	Hamburg	69,71	–	–	8)
HHLA Personal-Service GmbH	GmbH	Hamburg	69,71	–	–	8)
HHLA Rhenus Logistics Altenwerder GmbH	GmbH	Hamburg	34,19	–	–	9), 14)
HHLA Rhenus Logistics Altenwerder Verwaltungs-GmbH	GmbH	Hamburg	52,32	–	–	8)
HHLA Rhenus Logistics GmbH	GmbH	Hamburg	35,55	–	–	9), 14)
HHLA Rosshafen Terminal GmbH	GmbH	Hamburg	69,71	–	–	12)
HHW Hamburger Hochbahn-Wache GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
HNB Verwaltungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
HOCHBAHN-Verwaltungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Holsteiner Wasser GmbH	GmbH	Neumünster	50,00	–	–	9), 14)
HPC Hamburger Port Consulting GmbH	GmbH	Hamburg	69,71	–	–	8)
HPTI Hamburger Port Training Institute GmbH	GmbH	Hamburg	69,71	–	–	8)
HSE Hamburger Stadtentwässerung Verwaltungsgesellschaft	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
HSE KOM Hamburger Stadtentwässerung Kommunikationsnetze	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
HWC Hamburger Wohn Consult Gesellschaft für wohnungswirts. Beratung mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
HWWi Consult GmbH	GmbH	Hamburg	50,00	–	–	9), 14)

BETEILIGUNGSÜBERSICHT PER 31.12.2007 (Fs.)	Rechts- form	Sitz	Durchg. BetQuote in Prozent 31.12.2007	EK gesamt in Tsd. Euro 31.12.2007	Jahres- ergebnis in Tsd. Euro 2007	Erläute- rungen
Sonstige indirekte Beteiligungen der FHH (Fs.)						
hySOLUTIONS GmbH	GmbH	Hamburg	61,00	–	–	8)
International Center for Graduate Studies der Universität Hamburg GmbH (ICGS)	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Junge Werkstatt – bbw Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	90,00	–	–	8)
KFE Energie GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	13)
KFE Klinik Facility-Management Eppendorf GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	10)
KHG Konzertkasse Hauptbahnhof GmbH	GmbH	Hamburg	24,75	–	–	9), 14)
KLE Klinik Logistik Eppendorf GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Klinik Gastronomie Eppendorf GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
KME Klinik Medizintechnik Eppendorf GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
Kombi-Transeuropa Terminal Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	26,11	–	–	9), 14)
komm.pass.arbeit gGmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
KSE Klinik Service Eppendorf GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
KTE Klinik Textil Eppendorf GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
Kühne School of Logistics and Management GmbH	GmbH	Hamburg	26,00	–	–	9), 14)
KVG Kieler Verkehrsgesellschaft mbH	GmbH	Kiel	27,16	–	–	9), 14)
KVip Kreisverkehrsgesellschaft in Pinneberg GmbH	GmbH	Pinneberg	46,55	–	–	9), 14)
KVP Kraftwerk Peute Verwaltungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	9), 14)
Logisyst GmbH	GmbH	Hamburg	83,60	–	–	8)
LZU Leercontainer Zentrum Unikai GmbH	GmbH	Hamburg	45,31	–	–	9), 14)
Martini-Klinik am UKE GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Media Desk Informationsstelle für europäische Filmförderung GmbH	GmbH	Hamburg	74,80	–	–	8)
MediGate GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
METRANS Internat. Spedition und Transporte (Deutschland) GmbH	GmbH	Hamburg	34,92	–	–	9), 14)
Mobilitätszentrale Nord	GmbH	Uetersen	45,00	–	–	9), 14)
MPCH Medizinisches PräventionsCentrum Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	49,00	–	–	9), 14)

BETEILIGUNGSÜBERSICHT PER 31.12.2007 (Fs.)	Rechts- form	Sitz	Durchg. BetQuote in Prozent 31.12.2007	EK gesamt in Tsd. Euro 31.12.2007	Jahres- ergebnis in Tsd. Euro 2007	Erläute- rungen
Sonstige indirekte Beteiligungen der FHH (Fs.)						
Multimedia Kontor Hamburg GmbH (MMKH)	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
MVZ am Altonaer Kinderkrankenhaus GmbH (MVZ AKK)	GmbH	Hamburg	94,00	–	–	8)
NBB Norddeutsche Bus-Beteiligungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	55,42	–	–	8)
NBE nordbahn Eisenbahnverwaltungsgesellschaft mbH	GmbH	Kaltenkirchen	50,50	–	–	8)
NOZ Norddeutsches Zyklotron GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	13)
ODEG Ostdeutsche Eisenbahn GmbH	GmbH	Parchim	25,50	–	–	9), 14)
ODIG Ostdeutsche Instandhaltungsgesellschaft mbH	GmbH	Parchim	25,50	–	–	9), 14)
Orthmann's Reisedienst »ORD« GmbH	GmbH	Hamburg	92,06	–	–	8)
P+R-Betriebsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	95,00	–	–	8)
PGF Planungsgesellschaft Finkenwerder mbH in Liquidation	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Pier Service und Consulting GmbH	GmbH	Hamburg	44,03	–	–	9), 14)
PIER Tempo Zeitarbeit GmbH	GmbH	Hamburg	44,03	–	–	9), 13)
Polder – Seehäfen – Harburg GmbH	GmbH	Hamburg	31,27	–	–	9), 14)
Privita GmbH	GmbH	Hamburg	25,10	–	–	9), 14)
Pro Quartier Hamburg Gesell. für Sozialmanagement und Projekte mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Promedig gGmbH	GmbH	Hamburg	25,10	–	–	9), 14)
ProVivere GmbH	GmbH	Hamburg	25,10	–	–	9), 14)
RMH Real Estate Maintenance Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	11)
RMVB Ratzeburg-Möllner Verkehrsbetriebe GmbH	GmbH	Ratzeburg	73,64	–	–	8)
S.A.E.M.S. Verwaltungs-GmbH, Hamburg (SAEM Verwaltung)	GmbH	Hamburg	30,60	–	–	9), 14)
SAGA IT Services GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
SBG Süderelbe Bus GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
SCA Service Center Altenwerder GmbH	GmbH	Hamburg	52,21	–	–	11)
Schleswig-Holstein-Bahn GmbH	GmbH	Kaltenkirchen	50,00	–	–	9), 14)
School of Life Science Hamburg gGmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Schulservice Hamburg Gesellschaft für Facility Management mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	13)

BETEILIGUNGSÜBERSICHT PER 31.12.2007 (Fs.)	Rechts- form	Sitz	Durchg. BetQuote in Prozent 31.12.2007	EK gesamt in Tsd. Euro 31.12.2007	Jahres- ergebnis in Tsd. Euro 2007	Erläute- rungen
Sonstige indirekte Beteiligungen der FHH (Fs.)						
SecuServe Aviation Security and Services Hamburg GmbH (SecuServe Hamburg)	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
SecuServe Aviation Security and Services Holding International GmbH (SecuServe Holding)	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
SGG Städtische Gebäudeeigenreinigung GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
SIM Sprinkenhof Immobilien Management GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
SRH Beteiligungsgesellschaft mbH (SRHB)	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Stadtverkehr Lübeck GmbH	GmbH	Lübeck	36,92	–	–	9), 14)
STARS Verwaltungs-GmbH, Hamburg (STARS Verwaltung)	GmbH	Hamburg	26,01	–	–	9), 14)
Stilbruch Betriebsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
STR Stadtteilreinigungsgesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Textilversorgung in Gesundheitsbetrieben TexiG GmbH	GmbH	Hamburg	25,10	–	–	9), 14)
TFG Verwaltungs GmbH	GmbH	Frankfurt a. M.	34,86	–	–	9), 14)
UKE Consult und Management GmbH	GmbH	Hamburg	40,00	–	–	9), 14)
Ulrich Stein GmbH	GmbH	Hamburg	35,55	–	–	11), 14)
Uniconsult Universal Transport Consulting GmbH	GmbH	Hamburg	69,71	–	–	8)
Universitäres Herzzentrum Hamburg GmbH (UHZ)	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	10)
Universitäres Herz- und Gefäßzentrum Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	51,00	–	–	8)
Universität Hamburg Marketing GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
UTZ, Universitäres Transplantationszentrum Hamburg gGmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Vereinigung KITA Servicegesellschaft mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Vereinigung Kitas Nord gGmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Verwaltung Hamburgische Gebäude VHG GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Verwaltungsgesellschaft Finkenwerder mbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)
Verwaltungsgesellschaft MVR Müllverwertung Rugenberger Damm mbH	GmbH	Hamburg	25,00	–	–	9), 14)
VKN Vetriebsgesellschaft Kompostprodukte Nord mbH	GmbH	Hamburg	48,85	–	–	9), 14)
WERT Wertstoff-Einsammlung GmbH	GmbH	Hamburg	100,00	–	–	8)

BETEILIGUNGSÜBERSICHT PER 31.12.2007 (Fs.)	Rechts- form	Sitz	Durchg. BetQuote in Prozent 31.12.2007	EK gesamt in Tsd. Euro 31.12.2007	Jahres- ergebnis in Tsd. Euro 2007	Erläute- rungen
Sonstige indirekte Beteiligungen der FHH (Fs.)						
WSH Wohnservice Hamburg Gesellschaft für wohnungswirtschaftl. Dienste mbH	GmbH	Hamburg	100,00	—	—	8)
Zentral-Omnibus-Bahnhof »ZOB« Hamburg GmbH	GmbH	Hamburg	83,29	—	—	8)
HADAG Seetouristik und Fährdienst AG	AG	Hamburg	100,00	—	—	8)
METRANS AG, Prag/Tschechien	AG	Tschechien	34,92	—	—	9), 14)
Uetersener Eisenbahn AG	AG	Uetersen	44,16	—	—	9), 14)
1. HaGG Hamburger Immobilien Beteiligung GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	60,00	—	—	12)
Biowerk Hamburg GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	47,50	—	—	9), 14)
CATS Cleaning and Aircraft Technical Services GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	51,00	—	—	8)
HNB Hamburger Nahverkehrs-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	51,00	—	—	8)
HSE Hamburger Stadtentwässerung Immobiliengesellschaft mbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	—	—	8)
KPP Kraftwerk Peute Projektmanagement GmbH & Co.KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	—	—	8)
Molita Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Messe Hamburg KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	100,00	—	—	12)
MPCH Medizinisches PräventionsCentrum Hamburg GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	50,00	—	—	9), 14)
MVR Müllverwertung Rugenberger Damm GmbH & Co.KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	25,00	—	—	9), 14)
NBE nordbahn Eisenbahngesellschaft mbH & Co.KG	GmbH & Co. KG	Kaltenkirchen	50,50	—	—	8)
SAEMS Special Airport Equipment and Maintenance Service GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	30,60	—	—	9), 14)
STARS Special Transport and Ramp Services GmbH & Co. KG (STARS KG)	GmbH & Co. KG	Hamburg	26,01	—	—	9), 14)
WoWi Media GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Hamburg	29,35	—	—	9), 14)
Cuxcargo Hafенbetrieb GmbH & Co.KG	KG	Cuxhaven	34,86	—	—	9), 14)
Rechenzentrum der Hamburger Staatstheater (GbR)	GbR	Hamburg	100,00	—	—	8)
SC HPC Ukraina, Odessa	Ltd.	Ukraine	69,71	—	—	10)
METRANS Danube a. s., Danube/Slowakai	a. s.	Slowakai	34,92	—	—	9), 14)

BETEILIGUNGSÜBERSICHT PER 31.12.2007 (Fs.)	Rechts- form	Sitz	Durchg. BetQuote in Prozent 31.12.2007	EK gesamt in Tsd. Euro 31.12.2007	Jahres- ergebnis in Tsd. Euro 2007	Erläute- rungen
Sonstige indirekte Beteiligungen der FHH (Fs.)						
METRANS Danubia Kft., Gyor / Ungarn	Kft.	Ungarn	34,92	—	—	9), 14)
Polzug Intermodal Polska sp. z o.o., Warschau / Polen	Sp. z o.o.	Polen	23,21	—	—	9), 14)

Bei den sonstigen indirekten Beteiligungen wird auf die Angabe des Eigenkapitals und des Jahresergebnisses verzichtet. In der Beteiligungsübersicht sind 331 von 390 Beteiligungen aufgeführt. In der Aufstellung nicht enthalten sind die indirekten Beteiligungen, an denen Hamburg unter 20% hält.

- 1) Mit Ergebnisabführungs- bzw. Verlustübernahmevertrag, daher wird kein Jahresergebnis ausgewiesen
 - 2) Das Jahresergebnis wird vor Abführung an den Haushalt dargestellt
 - 3) Direkte Beteiligungen der Freien und Hansestadt Hamburg, im Jahresabschluss der Kernverwaltung unter den Finanzanlagen bilanziert
 - 4) Der Abschluss 2007 lag nicht vor. Es wurde auf den letzten verfügbaren Abschluss zurückgegriffen
 - 5) Der Abschluss ist vorläufig
 - 6) Ein Abschluss einer direkten Beteiligung liegt nicht vor
 - 7) Die Tochter hat ein abweichendes Wirtschaftsjahr
 - 8) Nicht vollkonsolidiert, da unwesentlich
 - 9) Nicht vollkonsolidiert, da durchgerechnete Beteiligung kleiner / gleich 50%
 - 10) Nicht vollkonsolidiert, da ausländische Tochter
 - 11) Nicht vollkonsolidiert, da die für die Aufstellung des Konzernabschlusses erforderlichen Angaben nicht ohne unverhältnismäßige Kosten oder Verzögerungen zu erhalten sind
 - 12) Nicht vollkonsolidiert, da direkte Mutter aufgrund von Unwesentlichkeit nicht vollkonsolidiert wird
 - 13) Nicht vollkonsolidiert bzw. at equity, da Zugang erst in 2007
 - 14) Nicht at equity einbezogen, da unwesentlich
- k. A.: Ein Wert liegt nicht vor

HINWEIS

ZUR ERSTELLUNG DES JAHRES- UND KONZERNABSCHLUSSES 2007

Der Jahres- und Konzernabschluss 2007 sowie der vorliegende Geschäftsbericht wurden von der Finanzbehörde erstellt. Zur Einführung des Konzernrechnungswesens in der Hamburger Verwaltung ist im Referat Jahres- und Konzernabschluss ein Projekt eingerichtet worden. Dieses hat die betriebswirtschaftlichen Grundlagen erarbeitet, die hamburgweiten Saldenbestätigungs- und Abstimmungsprozesse organisiert und die technischen Grundlagen für die Konzernöffnungsbilanz und den ersten Konzernabschluss geschaffen.

Die Projektarbeit zur Erstellung des Jahres- und Konzernabschlusses wurde unterstützt von:

- PricewaterhouseCoopers AG WPG (Einführung Konzernrechnungswesen)
- IDS Scheer AG (Jahresabschluss für die Kernverwaltung)

Der Rechnungshof prüft neben der kameralen Buchführung und Rechnungslegung auch die kaufmännischen Jahres- und Konzernabschlüsse der Stadt. Diese Prüfungen erfolgen im Sinne einer Qualitätssicherung und sollen die Ordnungsmäßigkeit der zusätzlichen Buchführung und Bilanzierung sicherstellen. Eines gesonderten Bestätigungsvermerks zum Jahres- und Konzernabschluss bedarf es nicht, solange die Rechnungslegung nach kaufmännischen Grundsätzen nicht zwingend vorgeschrieben ist.

Der Rechnungshof wird über das Ergebnis der Prüfung des hier vorgelegten Jahres- und Konzernabschlusses 2007 in seinem Jahresbericht 2009 berichten. Mit seinem Jahresbericht 2008 hat der Rechnungshof über die Prüfung des Jahresabschlusses auf den 31.12.2006 berichtet (vgl. dort Tzn. 22 – 29 und Anlage zum Jahresbericht).

Die Anmerkungen des Rechnungshofs wurden im Wesentlichen umgesetzt.

GLOSSAR – AUSGEWÄHLTE BEGRIFFE AUF EINEN BLICK

Abschreibungen

Abschreibungen erfassen den Werteverzehr für materielle und immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens. Mit ihrer Hilfe werden im Rechnungswesen die für diese Güter anfallenden Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten erfolgswirksam auf mehrere Rechnungsperioden aufgeteilt.

Anhang

Der Anhang ist Bestandteil des Jahresabschlusses. Aufgabe des Anhangs ist es, die in der Bilanz, der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung sowie die in den Teilrechnungen enthaltenen Informationen zu erläutern und zu ergänzen.

Anlagenspiegel

Bei dem Anlagenspiegel handelt es sich um eine Übersicht über die Entwicklung einzelner Gegenstände des Anlagevermögens innerhalb eines Geschäftsjahres.

Bilanz

In der Bilanz werden das Vermögen (Aktiva) und das Kapital (Passiva) einander wertmäßig gegenübergestellt. Die linke Seite der Bilanz gibt somit Auskunft über die Verwendung der eingesetzten finanziellen Mittel. Die rechte Bilanzseite gibt durch den Ausweis des Fremdkapitals und des Eigenkapitals Auskunft über die Mittelherkunft.

Doppelte Buchführung (»Doppik«)

Bei der doppelten Buchführung erfolgt die Buchung auf mindestens zwei Konten. Sie bedient sich dabei der sogenannten Bestandskonten (für die Erstellung einer Bilanz) und der Erfolgskonten (für die Erstellung einer Ergebnisrechnung). Für den Begriff der doppelten Buchführung hat sich auch das Kunstwort »Doppik« (= Doppelte Buchführung in Konten) etabliert.

Eigenkapital

Das Eigenkapital ist eine rechnerische Größe. In der Doppik wird darunter die Differenz zwischen dem Vermögen (Aktiva) einer Organisation und den Schulden (Verbindlichkeiten und Rückstellungen) sowie den Sonderposten verstanden. Jahresüberschüsse erhöhen, Jahresfehlbeträge mindern das Eigenkapital.

Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung weist durch Gegenüberstellung der Aufwendungen und Erträge eines Geschäftsjahres das Jahresergebnis aus. Übersteigen die Erträge eines Geschäftsjahres die Aufwendungen, entsteht als Saldo ein Jahresüberschuss; anderenfalls wird ein Jahresfehlbetrag ausgewiesen. Die Ergebnisrechnung entspricht der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung.

Finanzrechnung

Die Finanzrechnung beinhaltet alle Ein- und Auszahlungen einer Periode. Solange die Kameralistik in der Freien und Hansestadt Hamburg das führende System darstellt, erfolgt die Rechenschaftslegung über die Finanzströme im Rahmen der kamerale Haushaltsrechnung als Finanzrechnung.

Fremdkapital

Fremdkapital wird auf der Passivseite der Bilanz geführt. Es bezeichnet gegenwärtige und zukünftige Schulden (Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit Verbindlichkeitscharakter) gegenüber Dritten, die rechtlich entstanden oder wirtschaftlich verursacht sind. Fremdkapital stellt eine der Quellen der Mittelherkunft dar und gibt in Relation zum Eigenkapital den Anteil der Fremdfinanzierung des Vermögens an.

Forderungen

Werden Waren oder Dienstleistungen gegen spätere Zahlung geliefert bzw. erbracht (»auf Ziel«), so hat der Verkäufer eine Forderung (Anspruch auf Erfüllung) gegen den Käufer in Höhe des Rechnungsbetrages zum Fälligkeitsdatum.

Jahresabschluss

Ein Jahresabschluss besteht aus der Bilanz, der Ergebnisrechnung, dem Anhang und einem Lagebericht. Durch die Einführung der Doppik wird in Hamburg die kamerale Rechnungslegung (Haushaltsrechnung) durch einen Jahresabschluss ergänzt.

Lagebericht

Kapitalgesellschaften sind handelsrechtlich verpflichtet, neben dem Jahresabschluss einen Lagebericht anzufertigen. In diesem sind Interpretationen des Ergebnisses und weitere Aussagen zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage der Organisation enthalten.

Rückstellungen

Rückstellungen sind Passivposten in der Bilanz, die für ungewisse Verbindlichkeiten gebildet werden müssen. Rückstellungen sind zu bilden für Aufwendungen, die zum Bilanzstichtag zwar dem Grunde nach feststehen, nicht jedoch bezüglich ihrer Höhe oder ihrer Fälligkeit. Beispiele sind Pensionsrückstellungen, Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen.

Transferleistungen

Eine Transferleistung ist eine Geld- oder Sachleistung, die eine Person erhält, ohne dafür eine direkte Gegenleistung erbringen zu müssen. Der Begriff wird vor allem auf staatlich organisierte Leistungen angewandt. Zu den staatlichen Transferleistungen in Deutschland zählen unter anderem Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, BAföG, Elterngeld und Kindergeld.

Verbindlichkeiten

Eine Verbindlichkeit stellt eine Verpflichtung zur Leistung dar. Diese Verpflichtung kann aus einer Vereinbarung (Vertrag) oder auf anderer rechtlicher Grundlage beruhen.

IMPRESSUM

Geschäftsberichtsteam

Hans-Hinrich Coorssen (Amtsleiter Haushalt und Aufgabenplanung der Finanzbehörde) dankt

- allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Fachbehörden und Ämtern, die bei der Erstellung des Jahres- und Konzernabschlusses und des Geschäftsberichts mitgewirkt haben; im Besonderen den Anlagenbuchhalterinnen und Anlagenbuchhaltern, den Inventurbeauftragten, den IC-Verantwortlichen und Konzernansprechpartnern sowie den Kolleginnen und Kollegen der Ämter Haushalt und Aufgabenplanung sowie Vermögens- und Beteiligungsmanagement;
- allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den verbundenen Organisationen der Freien und Hansestadt Hamburg, die bei der Erstellung des ersten Konzernabschlusses maßgeblich mitgewirkt haben;
- Ulrike Lempert (Leiterin Präsidialabteilung) und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Christoph Klamp, Caroline Klawitter, Sebastian Panknin;
- Claus Rüter (Abteilungsleiter Haushalt und Grundsatz) und vor allem dem Team des Referats Jahres- und Konzernabschluss: Christian Heine, Karin Seeger, Monika Heitmann, Julia Sprei, Klaus Riebau, Bernd Anders, Helge Asbahr, Christa Bossow, Tanja Ehrlich, Elisabeth Gay, Ralf Liesberg, Werner Lux, Wolfgang Marx, Birgit Mincke, Petra Nickel, Olga Ott, Lars Pohl, Stefanie Scholz, Roswitha Schuldt, Christin Suppan, Arne Trost, Holger Voß.

Herausgeber

Freie und Hansestadt Hamburg
Finanzbehörde
Gänsemarkt 36
20354 Hamburg
www.hamburg.de/finanzbehoerde

Rückfragen

Pressesprecher der Finanzbehörde
040 / 42823 - 1662

Fotos

www.bildarchiv-hamburg.de
www.mediaserver.hamburg.de
www.hamburgfotos.de
www.hochbahn.de
www.istockphoto.com

Konzept und Gestaltung

CAT Consultants GmbH & Co., Hamburg

Eckdaten Konzern Hamburg	I
Kurzbilanz 2007	II
Ergebnisrechnung 2007/Konzernstruktur	III
VORWORT	01
HAMBURG – EINE STARKE STADT	02
LAGEBERICHT UND KONZERNLAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2007	20
Finanzpolitische Rahmenbedingungen	22
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	24
Wirtschaftswachstum	24
Demografische Entwicklung	26
Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt	28
Unternehmensgründungen	29
Staatsverschuldung	29
Forschung und Entwicklung	30
Geschäftsverlauf und Lage des Konzerns Hamburg	30
Wesentliche Ereignisse im Jahr 2007	30
Vermögens- und Finanzlage	33
Ertragslage	35
Nachtragsbericht	38
Risikobericht	38
Konjunkturabhängige Risiken	38
Strukturelle Risiken	39
Demografische Risiken	40
Sonstige Risiken	41
Risikomanagement	42
Chancen	42
Prognosebericht	43
Bilanzrechtsmodernisierung	43
Steuerschätzung und Steuergesetzesänderungen	44
Ausblick	44
KONZERNABSCHLUSS 2007	46
Konzernbilanz	48
Konzern-Ergebnisrechnung	52
Konzern-Anlagenspiegel	54
Anhang zum Konzernabschluss	58
1 Allgemeine Angaben zum Konzernabschluss	58
2 Konsolidierung	61
3 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	67
4 Erläuterungen zur Bilanz	68
5 Erläuterungen zur Ergebnisrechnung	77
6 Sonstige Angaben	85
JAHRESABSCHLUSS FÜR DIE KERNVERWALTUNG 2007	86
Bilanz	88
Ergebnisrechnung	92
Anlagenspiegel	94
Anhang zum Jahresabschluss	102
1 Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss	102
2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	104
3 Erläuterungen zur Bilanz	108
4 Erläuterungen zur Ergebnisrechnung	127
5 Sonstige Pflichtangaben	134
WEITERE INFORMATIONEN	136
Beteiligungsübersicht 2007	138
Hinweis zur Erstellung des Jahres- und Konzernabschlusses	153
Glossar	154
Impressum	156



www.hamburg.de

Freie und Hansestadt Hamburg

Finanzbehörde

Gänsemarkt 36

20354 Hamburg

Telefon: 040/42823-1662